

I. VORBEMERKUNGEN UND INHALTSVERZEICHNIS


Das laufende Jahr 2001 bietet sich an, in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern einmal mehr Bilanz zu ziehen. In der Schweiz jähren sich in diesem Jahr das Frauenstimm- und Wahlrecht zum dreissigsten Mal, der Bundesverfassungsartikel zum zwanzigsten Mal und das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann zum fünften Mal - nicht zu vergessen ist an dieser Stelle der landesweite Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991.

Diese Jubiläen, Meilensteine auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern, gaben uns den Anlass, ergänzend zu den zahlreichen und langfristig angelegten Projekten zur Förderung der Gleichstellung und im Rahmen der Wahlen vom Dezember 2000 und vom März 2001 zwei gezielte Aktionen durchzuführen.

Im Vorfeld der kommunalen Wahlen vom Dezember 2000 lancierte das Gleichstellungsbüro eine breite Umfrage bei allen Walliser Gemeinderätinnen. Ziel dieser Umfrage war es, herauszufinden, wie die Amtierenden ihr Mandat erleben, ihre allfälligen Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen aufzunehmen und letztlich weitere Frauen zu ermutigen, ihr Interesse für ein politisches Mandat zu manifestieren. Diese Umfrage realisierte das Gleichstellungsbüro in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Gleichstellungsrat.

Im Vorfeld der Grossratswahlen vom März 2001 führte das Gleichstellungsbüro eine kantonale Sensibilisierungskampagne durch. Ziel dieser Kampagne war es, Wählerinnen und Wähler auf die notwendige Präsenz von Frauen in allen politischen Instanzen hinzuweisen.

Der vorliegende Bericht ist eine Analyse der Frauenvertretung in den kantonalen und kommunalen Behörden des Kantons Wallis - wie bereits die vorangegangenen Berichte von 1995 und 1997; er führt aber darüber hinaus, indem er umfassend die Resultate der obenerwähnten Umfrage wiedergibt. Er zeigt Perspektiven auf und stellt damit auch ein Instrument für die zukünftige Arbeit dar. Das jedenfalls ist unser Wunsch - wir verbinden ihn mit unserer Hoffnung auf den notwendigen Wandel im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons.

 **Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann**
Rue du Pré-d'Amédée 2
Postfach 478
1951 Sitten

Konzept, Redaktion und Übersetzung : Gleichstellungsbüro
Studie : Innoconsult AG und Gleichstellungsbüro
Herausgabe : Gleichstellungsbüro, August 2001
Auflage : deutsch 260, französisch 460

I. Vorbemerkungen und Inhaltsverzeichnis	1
II. Kantonale Wahlen März 2001	4
A/ Grosser Rat	4
1. Grossrätinnen und Grossräte	4
1.1 Sitzverteilung nach Geschlecht	4
1.2 Sitzverteilung nach Parteien und Geschlecht	5
1.3 Vergleich auf nationaler und internationaler Ebene	6
1.4 Entwicklung seit 1985 in unserem Kanton	7
1.5 Wahlchancen	8
2. Ersatzleute	9
2.1 Sitzverteilung nach Geschlecht	9
2.2 Sitzverteilung nach Partei und Geschlecht	10
2.3 Wandel der Frauenvertretung bei den Ersatzleuten 1985 bis 2001	10
2.4 Wahlquote	11
3. Kommentar	11
4. Kampagne des Gleichstellungsbüros	12
4.1 Kontext	12
4.2 Wahlchancen nach Geschlecht	13
4.3 Sensibilisierungskampagne	14
5. Bilanz	15
B/ Staatsrat	16
III. Wahlen auf Gemeindeebene 2000	17
A/ Gemeinderat	17
1. Sitzverteilung nach Geschlecht	17
2. Entwicklung seit 1996	17
3. Gemeinderätinnen nach Bezirk	18
4. Gewählte nach Parteien	18
5. Gemeinden ohne Gemeinderätin	19
B/ Präsidium und Vizepräsidium	20
1. Präsidium	20
1.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht	20
1.2 Präsidentinnen nach Bezirk	20
1.3 Entwicklung seit 1996	21
2. Vizepräsidentinnen	21
2.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht	21
2.2 Vizepräsidentinnen nach Bezirk	22
2.3 Entwicklung seit 1996	22
C/ Richterinnen und Vizerichterinnen	23
1. Richterinnen	23
1.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht	23
1.2 Richterinnen nach Bezirk	23
1.3 Entwicklung seit 1996	24
2. Vizerichterinnen	24
2.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht	24
2.2 Vizerichterinnen nach Bezirk	24
2.3 Entwicklung seit 1996	25
D/ Weitere Gemeindebehörden	26
1. Generalrat	26
1.1 Aufteilung der Sitze nach Gemeinde und Geschlecht	26
1.2 Vertretung nach Parteien und Geschlecht	26
2. Burgerrat	27
2.1 Sitzverteilung nach Gemeinde und Geschlecht	27
E/ Wahlchancen	28
1. Wahlchancen der Frauen	28
2. Wahlchancen für den Gemeinderat im Vergleich	29
2.1 Wahlchancen nach Region	29
2.2 Wahlchancen nach Parteien	29
3. Wahlchancen für den Generalrat im Vergleich	30
F/ Kommentar	30
IV. Umfrage - Walliser Gemeinderätinnen und ihr Mandat – August 2000	31
Vorbemerkungen	31
A/ Angaben zur Person	32
1. Profil der gewählten Frauen	32
1.1 Geographische Herkunft	32
1.2 Alter	32
1.3 Familie	33
1.4 Erwerbstätigkeit	33

2. Politisches Mandat.....	34
2.1 Mandatstyp und Mandatsdauer	34
2.2 Ressorts, Komitees und Arbeitsgruppen.....	34
2.3 Entwicklung des politischen Engagements	36
2.4 Wandel der anderen Aktivitäten	36
B/ Gemeindetypen	37
1. Struktur und System	37
2. Frauenvertretung	38
2.1 Vertretung der Frauen in den verschiedenen Gremien.....	38
2.2 Persönliche Einschätzung.....	39
3. Verbesserungsmöglichkeiten.....	39
C/ Arbeit auf Gemeindeebene	41
1. Zeitlicher Aufwand	41
2. Entschädigungen / Spesen	42
3. Infrastruktur.....	42
4. Einschränkungen	43
D/ Politische Herkunft	44
1. Näheres Umfeld	44
2. Beitritt zu einer Partei.....	44
3. Einfluss	45
3.1. Einflussfaktoren	45
3.2. Vorbilder	46
4. Motivation der Kandidatur	46
4.1. Motivationsfaktoren.....	46
4.2. Perspektiven für die politischen Parteien.....	47
E/ Umfeld	47
1. Zusammenarbeit mit Frauen.....	47
2. Unterstützung	48
2.1 Stärkste und schwächste Unterstützung.....	48
2.2 Hitparade der Unterstützung	49
2.3 Wunsch nach vermehrter Unterstützung.....	50
2.4 Instanzen zur bestmöglichen Unterstützung der Gewählten	51
3. Akzeptanz.....	52
F/ Politische Aktivitäten.....	52
1. Strategie und Zielsetzungen	52
2. Zurückhaltung im politischen Engagement	53
3. Amtsweg und Beeinflussung.....	55
G/ Persönliche Empfindungen.....	55
1. Familiäre Verpflichtungen	55
2. Gründe für politisches Engagement und Wahl.....	56
3. Zufriedenheit und Schwierigkeiten	57
3.1 Positive und negative Aspekte des Gemeinmandats	57
3.2 Andere Frauen motivieren	57
4. Erneuerung des Mandats.....	58
H/ Schlussfolgerungen	60
1. Frauen im politischen Leben 1988-2000 - Versuch einer Gegenüberstellung	60
1.1 Frauen und Politik im Wallis 1988 und 2000	60
1.2 Persönliche Situation	61
1.3 Zuweisung der politischen Arbeit in den Gemeindebehörden	61
1.4 Doppel und Mehrfachbelastung und deren Konsequenzen	62
1.5 Einfluss des Umfelds und Motivation der Kandidatur.....	62
1.6 Schwierigkeiten und Befriedigung in der politischen Tätigkeit	63
2. Bilanz.....	64
V. Ausblick.....	65
1. Von Frankreich lernen.....	65
2. ... und das Wallis ?	66
VI. Anhang.....	67
a) Liste der Parteien.....	67
b) Resultate der Gemeinderatswahlen.....	68
c) Fragebogen an die Walliser Gemeinderätinnen.....	72
d) Massnahmenkatalog für die Parteien	78

II. KANTONALE WAHLEN MÄRZ 2001

A/ GROSSER RAT

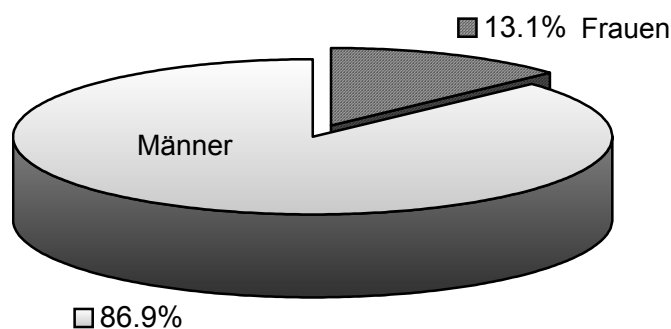
1. GROSSRÄTINNEN UND GROSSRÄTE

1.1 Sitzverteilung nach Geschlecht

	1997				2001			
	Frauen	Männer	Total	% Frauen	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Total	21	109	130	16.15%	17	113	130	13.08%

Während der letzten Legislaturperiode übten im Wallis 21 Frauen ein Amt als Grossrätin aus, der Frauenanteil lag damit bei 16.15%. An den kantonalen Wahlen vom März 2001 haben die Frauen 4 Sitze verloren und sind neu mit 17 Grossrätinnen oder einem prozentualen Anteil von nur mehr 13.1% im Parlament vertreten.

GROSSRÄTINNEN/GROSSRÄTE 2001



1.2 Sitzverteilung nach Parteien und Geschlecht

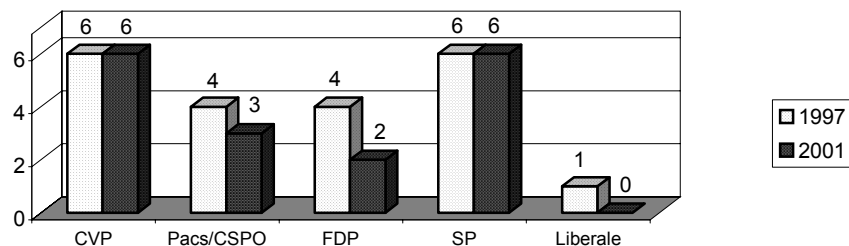
Die 130 Sitze des Kantonalen Parlaments verteilen sich auf die Grossrätinnen und Grossräte der verschiedenen Parteien wie folgt :

Parteien	1997				2001			
	Frauen	Männer	Total	% Frauen	Frauen	Männer	Total	% Frauen
CVP	6	51	57	10.52%	6	55	61	9.84%
CSPO/Pacs	4	10	14	28.57%	3	11	14	21.43%
FDP	4	30	34	11.76%	2	31	33	6.06%
SP	6	15	21	28.57%	6	12	18	33.33%
Liberale	1	3	4	25.00%	-	2	2	0.00%
SVP	-	-	-	-	-	2	2	0.00%
Total	21	109	130	16.15%	17	113	130	13.08%

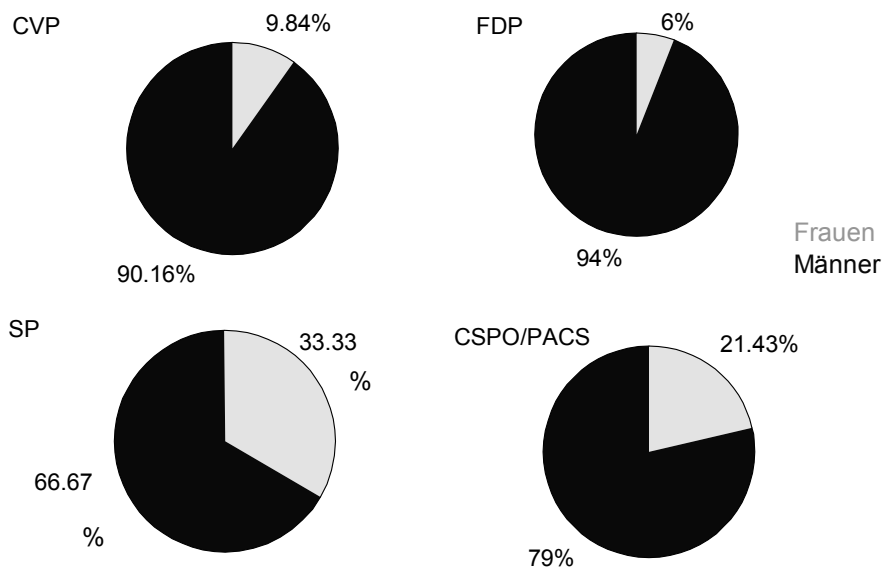
Die 4 Sitzverluste der Frauen gehen auf das Konto der bürgerlichen Parteien: Bei der FDP verlieren die Frauen zwei Sitze, bei der CSPO und den Liberalen je einen.

In absoluten Zahlen weisen CVP und SP mit 6 Frauen die höchste Zahl Grossrätinnen in ihren Reihen auf, gefolgt von der CSP mit 3 und der FDP mit 2 Gewählten. Keine Grossrätinnen haben die Liberalen und die SVP.

Anzahl Grossrätinnen pro Partei



Der prozentuale Anteil der Grossrätinnen pro Partei präsentiert sich wie folgt:



Mit einem prozentualen Anteil von 33.33% resp. 21.43% Frauen unter den Abgeordneten stehen die SP und die CSP bezüglich Frauenvertretung im Parlament an der Spitze. Es folgen die CVP mit 9.8% und die FDP mit 6.1% Frauen bei den Gewählten.

Zu bemerken ist, dass bei der CVP und der FDP der prozentuale Anteil der Frauen unter dem 13.1% Frauenanteil des Gesamtparlaments liegt.

Sieht man davon ab, dass die Liberale Partei und die SVP keine Grossrätin haben, lässt sich feststellen, dass die Parteien mit verhältnismässig weniger Sitzen eine bessere Frauenvertretung aufweisen. SP und CSPO/Pacs halten nur 13.8% resp. 10.8% der Parlamentssitze, während auf die CVP 46.9% und auf die FDP 25.4% der Sitze entfallen. Die mit 6.1% sehr schwache Frauenvertretung bei der FDP fällt besonders negativ auf.

In absoluten Zahlen konnte keine einzige Partei ihre Frauenvertretung im Grossrat steigern.

1.3 Vergleich auf nationaler und internationaler Ebene

Nach den Wahlen vom März 2001 liegt unser Kanton in Sachen Frauenvertretung im Parlament im interkantonalen Vergleich wieder an zweitletzter Stelle.

	1997	2001	Erhöhung	Letzte Wahlen
Genf	36.0%	36.0%	-	1997
Basel-Stadt	30.8%	34.6%	3.8	2000
Appenzell Ausserrhoden	26.2%	32.3%	6.1	1999
Basel-Land	25.6%	32.2%	6.6	1999
Obwalden	20.0%	30.9%	10.9	1998
Bern	25.5%	29.5%	4.0	1999
Neuenburg	27.8%	29.5%	1.7	2001
Solothurn	29.2%	29.2%	-	1997
Luzern	30.0%	29.2%	-0.8	1999
Aargau	29.0%	29.0%	0.0	2001
Zug	26.3%	27.5%	1.2	1998
Zürich	28.9%	26.1%	-2.8	1999
Thurgau	18.5%	25.4%	6.9	2000
Nidwalden	21.7%	25.0%	3.3	1998
Waadt	20.5%	24.4%	3.9	1998
Uri	15.6%	23.4%	7.8	2000
Schaffhausen	17.5%	22.5%	5.0	2000
Appenzell Innerrhoden	19.6%	19.6%	0.0	1999
St. Gallen	21.7%	19.4%	-2.3	2000
Freiburg	21.5%	18.46%	-3.04	2000
Jura	13.3%	18.3%	5.0	1998
Graubünden	15.0%	14.2%	-0.8	2000
Schwyz	12.0%	14.0%	2.0	2000
Glarus	7.5%	13.8%	6.3	1998
Wallis	16.2%	13.1%	-3.1	2001
Tessin	14.4%	10%	-4.4	1999

Nur der Kanton Tessin weist eine noch schwächere Frauenvertretung im kantonalen Parlament auf als unser Kanton; bei den letzten Wahlen im Jahr 1999 verbuchte er mit einem Rückgang der Frauenvertretung von 14.4% auf 10% ebenfalls einen deutlichen Verlust für die Frauen. Im Gegensatz zum Wallis sitzt im Tessin aber eine Frau in der Kantonsregierung.

Wie für das Tessin muss auch für unseren Kanton der Rückgang der Frauenvertretung bei diesen jüngsten Wahlen als alarmierend bezeichnet werden, da beide Kantone schon mit einer tiefen Frauenvertretung in die Wahlen gingen.

Ein Rückgang der Frauenvertretung musste bei jüngsten Wahlen auch in verschiedenen andern Kantonen beobachtet werden, so in Freiburg, Luzern, Zürich, St. Gallen und Graubünden. Im Kanton Freiburg, der oft mit dem Wallis verglichen wird, verloren die Frauen 3.04 Prozentpunkte.

Auf internationaler Ebene beträgt der prozentuale Anteil der Frauen in ausgewählten Parlamenten am 15. Dezember 2000 gemäss der internationalen interparlamentarischen Union:

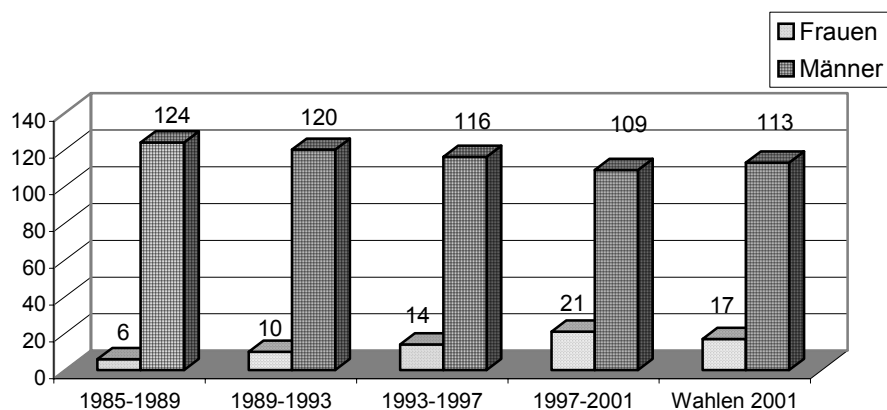
Nordeuropa	38.8%
Amerika	15.2%
Asien	15.0%
Europa (OSZE-Länder ohne Nordeuropa)	14.1%
Pazifik	13.6%
Afrika (Sub-Sahara)	12.1%
Arabische Länder	3.6%

1.4 Entwicklung seit 1985 in unserem Kanton

Legislatur	Frauen	Männer	% Frauen	% Männer
1985-1989	6	124	4,6%	95,4%
1989-1993	10	120	7,7%	92,3%
1993-1997	14	116	10,8%	89,2%
1997-2001	21	109	16,2%	83,8%
Wahlen 2001	17	113	13,1%	86,9%

Nachdem die Frauenvertretung während 15 Jahren langsam aber stetig angestiegen ist, musste unser Kanton in diesem Frühjahr bei der Frauenvertretung im Parlament einen ersten Rückschlag verzeichnen.

Entwicklung der Frauenvertretung in absoluten Zahlen :



1.5 Wahlchancen

	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlchancen		Wahlchancen	
			Frauen	Kandidaten	Gewählte	Männer
Unterwallis	21	10	47,6%	117	80	68,4%
Oberwallis	15	7	46,7%	64	33	51,6%
Total	36	17	47,2%	181	113	62,4%

Die Wahlchance der Frauen beträgt 47.2%, jene der Männer 62.4%. Im Unterwallis beträgt die Differenz der Wahlchancen zwischen Frauen und Männern beachtliche 20.8 Punkte zu Gunsten der Männer. Auf kantonaler Ebene bleibt eine Differenz der Wahlchancen von 15%. Eine Wahlquote von nur 47.2% für die Frauen bedeutet, dass mehr als jede zweite Kandidatin bei der Wahl scheiterte.

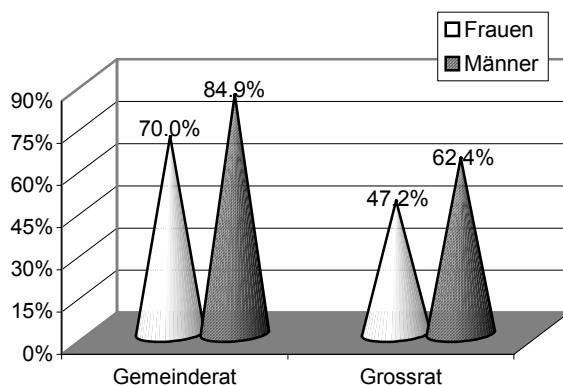
Entwicklung der Wahlchancen der Frauen seit 1985:

Wahlen	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlchancen		Wahlchancen	
			Frauen	Kandidaten	Gewählte	Männer
1985	12	6	50%	180	124	68,8%
1989	20	10	50%	171	120	70,2%
1993	20	14	70%	172	116	67,4%
1997	28	21	75%	163	109	66,9%
2001	36	17	47,2%	181	113	62,3%

Ein Blick auf die Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten zeigt auf, dass noch nie so viele Leute für den Grossen Rat kandidiert haben wie in diesem Frühjahr. Entsprechend lag auch die Wahlchance der Kandidierenden noch nie so tief wie in diesem Jahr. Weiter ist anzuführen, dass *im Vergleich zu den Männern* zu wenig Frauen kandidierten, lag ihr Anteil doch bei nur 16% aller Kandidaturen. Um nur schon die Frauenvertretung der letzten Legislatur zu halten, hätten Kandidatinnen mindestens gleiche Wahlchancen haben müssen wie Kandidaten.

Einzig bei den Wahlen von 1993 und 1997 lag die Wahlchance der Kandidatinnen höher als jene der Kandidaten. Was die Wahlen von diesem Frühjahr betrifft, muss angeführt werden, dass angesichts der tiefen Zahl der Betroffenen schon die Wahl von einer oder zwei Frauen die Resultate signifikativ verändern kann.

Generell liegt aber die Wahlchance der Frauen tiefer als jene der Männer; durchaus ein schweizerisches Phänomen, dass sich bei Wahlen in unserem Kanton mit Regelmässigkeit bestätigt, so auch bei den Wahlen auf Gemeindeebene vom Dezember 2000 (siehe dazu weiter unten):



2. ERSATZLEUTE

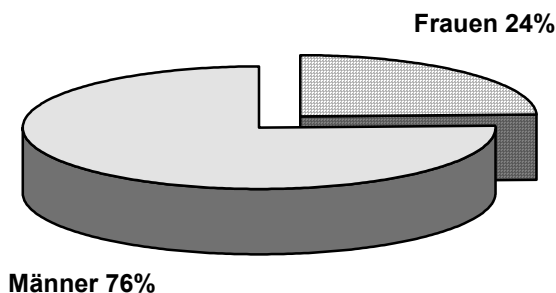
2.1 Sitzverteilung nach Geschlecht

	1997				2001			
	Frauen	Männer	Total	% Frauen	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Total	27	103	130	20.77%	31	98	129*	24%

*: 1 SuppleantIn der CVP in Conthey wird noch nachbestimmt.

Nach den Wahlen vom vergangenen März amtieren 31 Suppleantinnen; die Frauen haben gegenüber der letzten Legislatur 4 Sitze hinzugewonnen. Ihre prozentuale Vertretung liegt bei 24% (auf die 129 bekannten Ersatzleute). Damit konnten die Suppleantinnen um 3.2 Prozentpunkte zulegen. Das ist erfreulich, kann doch davon ausgegangen werden, dass Suppleantinnen die Grossrätinnen von morgen sind.

Ersatzleute im Grossen Rat



2.2 Sitzverteilung nach Partei und Geschlecht

Parteien	1997				2001			
	Frauen	Männer	Total	% Frauen	Frauen	Männer	Total	% Frauen
CVP	8	50	58	13.79%	11	49	60	18.33%
CSPO/Pacs	4	10	14	28.57%	4	9	13	30.77%
FDP	5	30	35	14.29%	9	25	34	26.47%
SP	9	11	20	45.00%	7	11	18	38.89%
Liberale	1	2	3	33.33%	-	2	2	0%
SVP	-	-	-	-	-	2	2	0%
Total	27	103	130	20.77%	31	98	129*	24%

* : 1 SuppleantIn der CVP in Conthey wird noch nachbestimmt.

Mit einem prozentualen Anteil von 38.9% Frauen bei den Ersatzleuten steht die SP an der Spitze, gefolgt von der CSP (30.8%) und den Radikalen (26.5%). Mit einem Frauenanteil von nur 18.33% liegt die CVP klar unter dem kantonalen Mittel, bei der SVP und den Liberalen wurde keine Suppleantin gewählt.

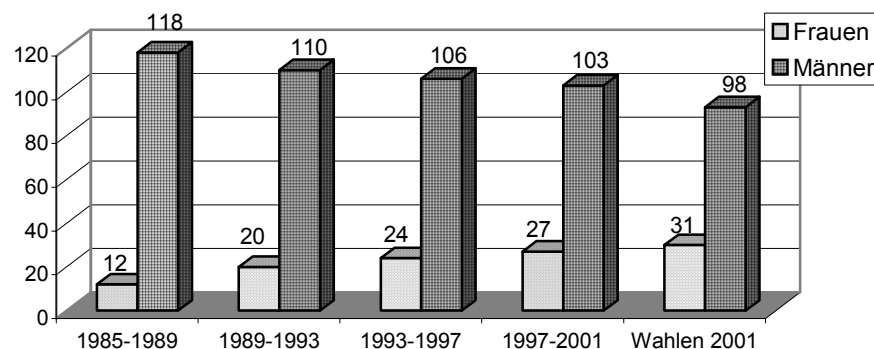
Während die Radikalen (+4) und die CVP (+3) die absolute Zahl ihrer Suppleantinnen steigern konnten, sank die Zahl der SP Suppleantinnen um 2; die Liberalen verloren ihre einzige Suppleantin.

2.3 Wandel der Frauenvertretung bei den Ersatzleuten 1985 bis 2001

Legislatur	Frauen	Männer	% Frauen	% Männer
1985-1989	12	118	9,2%	90,8%
1989-1993	20	110	15,4%	84,6%
1993-1997	24	106	18,5%	81,5%
1997-2001	27	103	20,8%	79,2%
Wahlen 2001	30	95	24,0%	76,0%

Die Entwicklung des Frauenanteils bei den Ersatzleuten verläuft regelmässig und bewegt sich seit 1989 im Rahmen von 3 bis 4 Sitzgewinnen pro Legislatur.

Bei den Ersatzleuten kann ein konstanter Anstieg des Frauenanteils festgestellt werden:



2.4 Wahlquote

	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlchancen Frauen*	Kandidaten	Gewählte	Wahlchancen Männer*
Unterwallis	28	18	64.28%	89	65	73.03%
Oberwallis	20	12	60.0%	54	28	51.85%
Total	48	30	62.5%	143	93	65.03%

* Nachbenennungen werden in dieser Tabelle nicht berücksichtigt

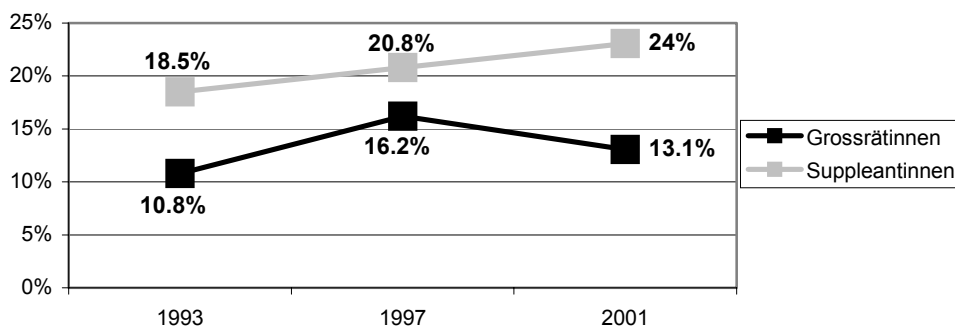
Die Wahlquote der Frauen beträgt 62.5%, jene der Männer 65%. Im Gegensatz zu den Grossrätinnen und Grossräten bleibt der Unterschied der Wahlquote bei den Ersatzleuten unwesentlich (2.5 Punkte).

Allerdings ergibt sich eine erhebliche Differenz in den Regionen: Im Oberwallis liegt die Wahlquote der Frauen um 8.15 Punkte höher als jene der Männer (es ist dies der einzige Vergleichswert aller Wahlen, der zugunsten der Frauen ausfällt)! Im Unterwallis hingegen liegt die Wahlquote der Kandidatinnen um 8.75 Punkte unter jener der Kandidaten.

Festzuhalten bleibt, dass der prozentuale Anteil der Kandidatinnen für die Ersatzleute mit mehr als 25% deutlich höher lag als jener der Kandidatinnen für den Grossen Rat. Mehr Kandidatinnen konnten offensichtlich auch eine stärkere Unterstützung für die Frauen bewirken.

3. KOMMENTAR

Die Entwicklung der Frauenvertretung im Grossen Rat verläuft bei den Grossrätinnen und den Suppleantinnen gegensätzlich:



Aus Gleichstellungssicht ist es sehr bedauerlich, dass die Grossrätinnen in unserem Parlament nicht besser vertreten sind und insbesondere auch, dass ihre Zahl rückläufig ist. Eine Bewegung, die sowohl im schweizerischen Parlament als auch in den kantonalen Parlamenten spürbar wird, wirkt sich auch auf unseren Kanton aus. Dies ist umso gravierender, als der Kanton Wallis nie eine wirklich gute Vertretung der Frauen im Grossen Rat aufweisen konnte.

Demgegenüber ist es ein erfreuliches Zeichen, dass die Frauen ihre Vertretung bei den Ersatzleuten erneut steigern konnten. Ihr prozentualer Anteil von rund 24% lässt mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Es bleibt allerdings offensichtlich, dass für die Integration der Frauen in die Politik noch einiges getan werden muss.

Unter anderem geht es darum, die gewählten Suppleantinnen gezielt aufzubauen und sie in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen, und schliesslich geht es auch darum, sie zu einem späteren Zeitpunkt als Grossrätinnen zu portieren und zu wählen.

4. KAMPAGNE DES GLEICHSTELLUNGSBÜROS

4.1 Kontext

Am 7. Februar 1971 haben die Schweizer Frauen das Stimm- und Wahlrecht erhalten. 30 Jahre später müssen wir feststellen, dass es für sie immer noch schwierig ist, an der politischen Macht auch tatsächlich teilzuhaben. Mit einem durchschnittlichen prozentualen Anteil von 25% in den politischen Entscheidungsgremien bleiben die Frauen massiv untervertreten, beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung doch mehr als 50%.

Entwicklung der Frauenvertretung im Nationalen Parlament gemäss Bundesamt für Statistik:

	Nationalrat	Ständerat	
1971	5.0 %	2.2%	
1975	7.5 %	-	
1979	10.5 %	6.5 %	
1983	11.0 %	6.5 %	
1987	14.5 %	10.9 %	
1991	17.5 %	8.7 %	
1995	21.5 % (24%)	17.4 % (15.2%)	<i>(Wechsel während der Legislaturperiode)</i>
1999	23.5 %	19.5 %	

Zum ersten Mal in der noch kurzen Geschichte ihres Frauenstimmrechts mussten die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1999 einen Rückschritt in der Frauenvertretung verkraften. Es scheint, als ob sich auch in der Schweiz eine Art „Backlash“ bemerkbar macht: Nach einem mehr oder weniger konstanten Anstieg der Frauenvertretung während 30 Jahren tendiert diese nun zur Stagnation respektive zum Rückgang. Diese Bewegung musste auch in den kantonalen Parlamenten festgestellt werden.

Im schweizerischen Vergleich der beiden letzten Nationalratswahlen (1995 und 1999) zeigt sich das Wallis nicht von seiner frauenfreundlichen Seite:

	Schweizerisches Mittel	Wallis	Maximum
Kandidatinnen 1995	35%	27.6%	50% Basel-Stadt
Gewählte 1995	21.5% - 24%	0%	41.2% Zürich
Kandidatinnen 1999	34.6%	29.2%	44% Basel-Stadt
Gewählte 1999	23.5%	0%	41.2% Zürich

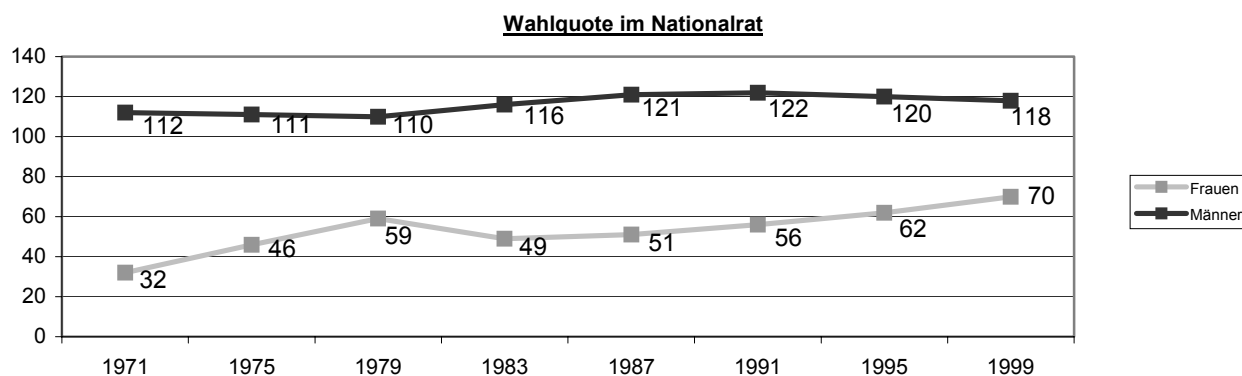
Wenn schon ein prozentualer Frauenanteil von 23.5% im Nationalrat ungenügend ist um eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter zu garantieren, gilt dies umso stärker für unseren Kanton, dessen Werte weit unter dem schweizerischen Mittel liegen. Das Wallis delegiert keine einzige Frau nach Bern, während der Frauenanteil des Kantons Zürich im Nationalrat schon seit 1995 bei 41,2% liegt.

Dasselbe gilt auch für die Kantonsregierung: Während im schweizerischen Mittel der Frauenanteil in den kantonalen Exekutiven immerhin 20% ausmacht, bleibt der Kanton Wallis einer der wenigen Kantone ohne eine einzige Frau in der Regierung.

Besonders frappant ist der Vergleich von Kandidatinnen und Gewählten bei den letzten Nationalratswahlen: Lag der Anteil der Walliser Kandidatinnen bei immerhin 29%, wurde auch 1999 keine einzige Frau gewählt. Damit bleibt ein gravierendes Missverhältnis und die Bestätigung, dass Frauen und Männer bei Wahlen nicht die gleichen Erfolgschancen haben, nicht in der Schweiz und ganz besonders nicht im Wallis. Sind Frauen für die Liste gewonnen, werden sie konsequent schlechter unterstützt als die Kandidaten und haben daher auch konsequent geringere Wahlchancen.

4.2 Wahlchancen nach Geschlecht

Werden gewählte Frauen und Männer mit der jeweiligen Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten in Beziehung gesetzt, ergibt sich eine klar unterschiedliche Wahlchance für Frauen und Männer (eine Wahlquote von 100 drückt das gleiche Verhältnis von Kandidierenden und Gewählten aus) :



Seit 1971 ist die Chance, in den Nationalrat gewählt zu werden, für Männer grösser als für Frauen. Zwischen 1971 und 1995 hatten Kandidatinnen zwischen 2 und 4 mal geringere Chancen auch wirklich gewählt zu werden als die Kandidaten. Noch bei den letzten Wahlen von 1999 hatten Kandidatinnen 1.7 mal geringere Chancen auf Erfolg als Kandidaten. Diese Angaben des BfS zeigen klar auf, dass es bei Wahlen in unserem Land keine Chancengleichheit für Frauen und Männer gibt.

Die Wahlquote ist auch im Wallis geschlechtsspezifisch, wie dies unter anderem die Zahlen der letzten Wahlen auf Gemeindeebene vom Dezember 2000 klar aufzeigen (siehe dazu auch unten) :

Wahlquote der KandidatInnen	Männer	Frauen
Oberwallis	86,7%	75%
Unterwallis	83%	65,1%
Im Kanton	84,9%	70%

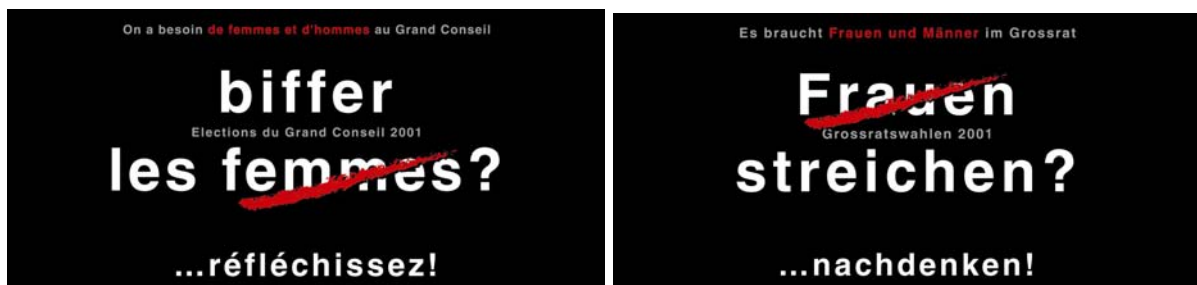
Auch in unserem Kanton gibt es bei Wahlen also keine Chancengleichheit für Frauen und Männer. Aus diesem Grund beschloss das Gleichstellungsbüro für die kantonalen Wahlen vom März 2001 eine Sensibilisierungskampagne zu starten.

4.3 Sensibilisierungskampagne

Das Gleichstellungsbüro beauftragte ein Grafikatelier, im Hinblick auf die Grossratswahlen 2001 ein Konzept für eine Kampagne zur Sensibilisierung der Wählerschaft zu entwerfen.

Als Kernaussage drängte sich nach den Erfahrungen mit den Wahlen auf Gemeindeebene die Thematik „Frauen streichen“ geradezu auf. Die Analyse der letzten Wahlen hat einmal mehr aufgezeigt, dass Kandidatinnen teils systematisch gestrichen werden und gerade in dieser Tatsache sowie in der mangelnden Unterstützung ihr grösstes Hindernis auf dem Weg zu einem politischen Mandat liegt.

Ziel der Kampagne war es, Wählerinnen und Wähler zum Nachdenken anzuregen. Geschehen sollte dies durch die Offenlegung einer Taktik, die oft hinter vorgehaltener Hand fleissig praktiziert wird – das gezielte Streichen der Kandidatinnen.



Mit der Ergänzung „Es braucht Frauen und Männer im Grossrat“, sollte die Wählerschaft auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht werden, dass Frauen und Männer unsere Zukunft gemeinsam bestimmen sollen und mehr Frauen ins Kantonale Parlament gehören.

Ab dem 19. Februar 2001 wurde während zweier Wochen in den grösseren Orten des Kantons ein Plakataushang realisiert. Parallel dazu wurden - in der gleichen grafischen Linie gestaltete - Postkarten breit gestreut. Schliesslich konnten Bonbons mit der Botschaft „Es braucht Frauen und Männer – überall“ und „Merci“ verteilt werden.

Die Kampagne wurde am symbolträchtigen 14. Februar - am Valentinstag - durch zwei Aktionen lanciert:

- Verschiedene Blumengeschäfte beteiligten sich an unserer Aktion und verteilten Bonbons und Karten
- in den Strassen der grösseren Orte wurden Bonbons und Karten verteilt

Das Kampagnenmaterial wurde allen Kandidatinnen zur Information zugestellt, im weiteren konnten interessierte Personen weiteres Material im Gleichstellungsbüro anfordern.

5. BILANZ

Das neue Kantonsparlament ist bestellt, die Walliser Grossrätinnen haben 4 Sitze verloren und unser Kanton findet sich bei der Frauenvertretung im Parlament im schweizerischen Mittel auf dem zweitletzten Platz. Eine positive Bilanz kann dagegen bei den Ersatzleuten gezogen werden, die Frauen haben 3 Sitze hinzugewonnen.

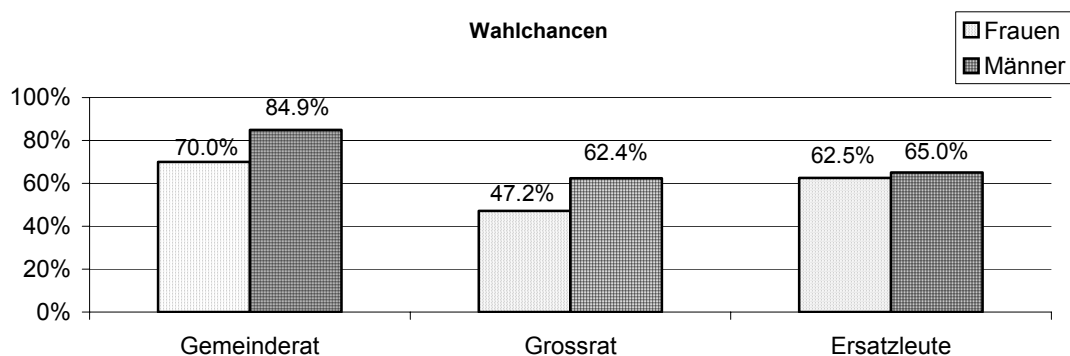
Wir stellen fest, dass frauen- und gleichstellungspolitischen Anliegen zur Zeit wieder ein rauherer Wind entgegenweht – dies gilt offensichtlich für die gesamte Schweiz. Dieser Bewegung gilt es entgegenzutreten.

Für unseren Kanton ist die Situation umso gravierender, als die Frauenvertretung in sämtlichen Bereichen bereits deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegt. Jeder Rückschritt der Frauenvertretung wiegt hier umso schwerer.

Das Gleichstellungsbüro bedauert die Resultate an der Urne. Es kritisiert aber auch massiv den viel zu tiefen Kandidatinnenanteil. Für den Grossen Rat machte der Anteil der Kandidatinnen ganze 16.6% aus, bei den Ersatzleuten lag er immerhin bei 25.1%. Nachdem Frauen nachgewiesenermassen geringere Wahlchancen haben als Männer, war nach Veröffentlichung der Listen bereits abzusehen, dass die Vertretung der Grossrätinnen im Parlament kaum ansteigen würde. Schon um ihre Vertretung zu halten, mehr aber noch um ihren Anteil zu steigern, wäre eine weit höhere Anzahl Kandidatinnen unabdingbar gewesen.

Mehr Kandidatinnen auf den Listen bedeutet höhere Wahlchancen für die Frauen: Dies belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Wahlchance der Kandidatinnen bei den Ersatzleuten mit jener der Kandidaten vergleichbar war.

Wenn die Wahlanalyse für die Frauen durchgezogen ausfällt, ist auch die Wirkung unserer Kampagne schwer messbar. Es scheint, dass die Praxis der Streichung durch die Kampagne nicht eingeschränkt werden konnte, blieben doch die Wahlchancen der Frauen bei den Grossratswahlen wie bei den Gemeinderatswahlen deutlich unter jenen der Männer. Allerdings gilt dies nicht für die Suppleantinnen, die ja von der Kampagne genauso betroffen waren.



Wie bereits mehrfach erwähnt, liegen die Wahlchancen der Frauen generell tiefer als jene der Männer. Der Grund für die Nichtwahl von Kandidatinnen muss offensichtlich bei traditionellen Strukturen gesucht werden, die immer noch verhindern, dass Frauen ihren Platz im öffentlichen Leben auch wirklich einnehmen können.

Unsere Kampagne hatte zum Ziel, die weitverbreitete Praxis der Streichung von Kandidatinnen aufzuzeigen. Wir sind überzeugt, dass in der Verhinderung dieser Taktik ein Schlüsselement für eine bessere Vertretung der Frauen im politischen Leben liegt. Das Ziel, diese Frage breit zu thematisieren, hat unsere Kampagne zweifellos erreicht.

Es bleiben die Feststellung, dass die Wahlchancen der Frauen mit einer höheren Kandidatinnenzahl wachsen und die Frage, weshalb Frauen auf den Listen nach wie vor so schlecht vertreten sind.

Wir vertrauen darauf, dass die politischen Parteien diese Botschaft aufnehmen und bereit sind, an diesen Fragen weiterzuarbeiten.

B/ STAATSRAT

Nach den Erneuerungswahlen vom März 2001 und trotz der Kandidatur von Cilette Cretton setzt sich die Walliser Exekutive weiterhin aus 5 Männern zusammen. Die dissidente Kandidatin vereinigte mehr als 25'000 Stimmen auf sich - zweifellos Ausdruck des Wunsches vieler Wählerinnen und Wähler nach Öffnung in der Walliser Regierung.

Der Walliser Staatsrat für die Legislaturperiode 2001-2004 setzt sich zusammen wie folgt :

Partei	Staatsrat
Christlichdemokratische Volkspartei	Jean-René Fournier
Christlichsoziale Volkspartei	Wilhelm Schnyder
Christlichdemokratische Volkspartei	Jean-Jacques Rey-Bellet
Freisinnig-Demokratische Partei	Claude Roch (neu)
Sozialdemokratische Partei	Thomas Burgener

Das Wallis gehört zu den letzten Kantonen (und ist der letzte Westschweizer Kanton), deren Regierung ein reines Männergremium ist.

III. WAHLEN AUF GEMEINDEEBENE 2000

A/ GEMEINDERAT

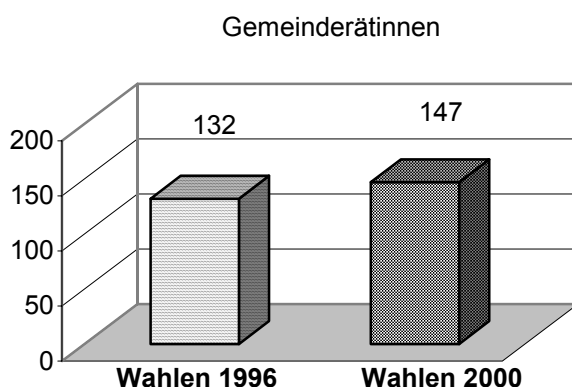
1. SITZVERTEILUNG NACH GESCHLECHT

	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Oberwallis	63	384	447	14.1%
Unterwallis	84	427	511	16.4%
Total	147	811	958	15.3%

In den 160 Walliser Gemeinden sind die Frauen mit einem prozentualen Anteil von 15.3% in der Exekutive vertreten, das schweizerische Mittel der Frauenvertretung in den Gemeindeexekutiven liegt bei 22%. Je nach Gemeinde machen die Frauen im Rat einen Anteil von 0 bis 66.7% aus (Einzelfall Martisberg!). Eine genaue Auflistung nach Gemeinden findet sich im Anhang b).

2. ENTWICKLUNG SEIT 1996

	Wahlen 1996	Wahlen 2000	Wandel in absoluten Zahlen	Frauenvertretung in %	Wandel in %
Gemeinderätinnen	132	147	+15	15,3%	+1,8



Bei den letzten Wahlen in den Gemeinderat hat sich der Frauenanteil um 1.8% erhöht und liegt nun bei 15.3%. Die Frauen haben absolut 15 Sitze dazu gewonnen.

3. GEMEINDERÄTINNEN NACH BEZIRK

	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Wandel in %
Goms	15	12	- 3	
Östl. Raron	7	12	+5	
Brig	13	7	- 6	
Visp	13	14	+1	
Westl. Raron	4	7	+3	
Leuk	8	11	+3	
Oberwallis	60	63	+3	von 13% auf 14,1%
Siders	14	13	-1	
Hérens	6	12	+6	
Sitten	5	6	+1	
Conthey	5	5	0	
Martinach	12	15	+3	
Entremont	5	5	0	
St-Maurice	10	11	+1	
Monthey	15	17	+2	
Unterwallis	72	84	+12	von 13,8% auf 16,4%
Total	132	147	+15	von 13,5% auf 15,3%

Die Zahl der Gemeinderätinnen ist im Oberwallis um 3 angestiegen, im Unterwallis haben die Frauen 12 Sitze hinzugewonnen. Damit liegt nun die prozentuale Frauenvertretung im Oberwallis bei 14.1% (13% nach den Wahlen 1996), im Unterwallis bei 16.4% (13.8% nach den Wahlen 1996).

Der Bezirk Hérens schlägt alle Rekorde: Die Frauen gewinnen 6 Sitze dazu; an zweiter Stelle folgt der Bezirk östl. Raron. In den Bezirken Brig, Goms und Siders fällt die Frauenvertretung zurück, und zwar um 6 und 3 Sitze resp. 1 Sitz.

4. GEWÄHLTE NACH PARTEIEN

	Frauen	Männer	% Frauen
CVP	29	170	14.57%
FDP	23	114	16.79%
SP	10	19	34.48%
Liberale	1	6	14.29%
SVP	2	1	66.67%
Übrige	12	77	13.48%
Parteilos	7	40	14.89%
Unterwallis	84	427	511
	Frauen	Männer	% Frauen
CVP	12	76	13.64%
CSP	8	83	8.79%
FDP	1	8	11.11%
SP	5	8	38.46%
Übrige	14	40	25.93%
Parteilos	23	169	11.98%
Oberwallis	63	384	447

66.7% der Gemeinderatssitze der SVP entfallen auf Frauen. Dieses Resultat muss dahingehend relativiert werden, dass die SVP gesamtkantonal nur 3 Gemeinderatssitze hält.

Im weiteren stellt die SP verhältnismässig am meisten Gemeinderätinnen. Die tiefste Frauenvertretung im Gemeinderat weist die CSPO mit nur 8.79% Frauen auf.

5. GEMEINDEN OHNE GEMEINDERÄTIN

Bezirk	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in %
Goms	9	10	+1	
Oestl. Raron	4	2	-2	
Brig	1	4	+3	
Visp	7	8	+1	
Westl. Raron	8	7	-1	
Leuk	9	6	-3	
Oberwallis	38	37	-1	von 43,7% auf 44%
Siders	9	10	+1	
Hérens	5	2	-3	
Sitten	3	2	-1	
Conthey	1	0	-1	
Martinach	2	1	-1	
Entremont	3	4	+1	
St-Maurice	2	2	0	
Monthey	0	1	+1	
Unterwallis	25	22	-3	von 32,9% auf 28,9%
Total	63	59	-4	von 38,6% auf 36,9%

Das Oberwallis zählt nach den letzten Wahlen noch 37 Gemeinden ohne jegliche Frauenvertretung im Rat (in der Legislatur 1996 – 2000 waren es noch 38), im Unterwallis bleiben 22 Gemeinden ohne Frauenvertretung (gegenüber 25 Gemeinden in der Periode 1996 – 2000). Im Oberwallis stagniert ihr Anteil prozentual, was auf die Gemeindefusionen zurückzuführen ist, im Unterwallis sinkt ihr prozentualer Anteil um 4%.

Damit liegt der Anteil der Gemeinden ohne Frauen im Rat nach wie vor bei 37% - trotz leichtem Rückgang bleibt er sehr hoch.

	Wahlen 1996	Wahlen 2000	Entwicklung in absoluten Zahlen	Vertretung in %	Entwicklung in %
Gemeinden ohne Gemeinderätin	63	59	-4	36,9%	-1,7

B/ PRÄSIDIUM UND VIZEPRÄSIDIUM

1. PRÄSIDIUM

1.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Oberwallis	6	78	84	7.14%
Unterwallis	2	74	76	2.63%
Total	8	152	160	5.0%

Im gesamten Kanton werden nur 5% der Gemeinden von einer Präsidentin geführt. Im Oberwallis liegt der prozentuale Anteil der Gemeindepräsidentinnen bei 7.14%, im Unterwallis bei tiefen 2.63%.

1.2 Präsidentinnen nach Bezirk

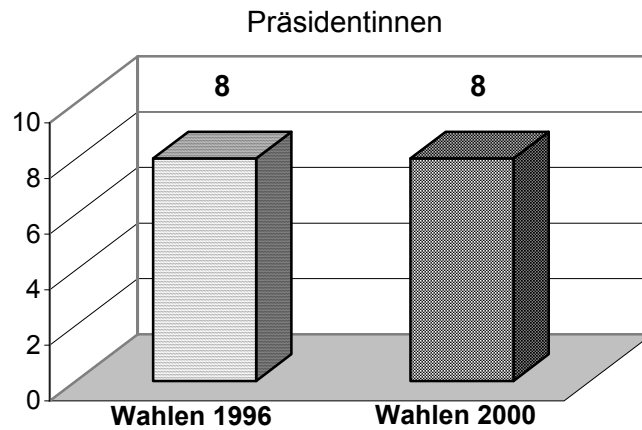
	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in %
Goms	1	0	- 1	
Östl. Raron	1	1	0	
Brig	2	3	+ 1	
Visp	2	1	- 1	
Westl. Raron	0	0	0	
Leuk	0	1	+ 1	
Oberwallis	6	6	0	von 6,9% auf 7,1%
Siders	0	0	0	
Hérens	2	2	0	
Sitten	0	0	0	
Conthey	0	0	0	
Martinach	0	0	0	
Entremont	0	0	0	
St-Maurice	0	0	0	
Monthey	0	0	0	
Unterwallis	2	2	0	von 2,6% auf 2,6%
Total	8	8	0	von 4,9% auf 5%

Wie schon nach den letzten Wahlen steht 6 Oberwalliser Gemeinden eine Präsidentin vor. Auch im Unterwallis stagniert die Zahl der Gemeindepräsidentinnen, allerdings bei sehr tiefen 2 Präsidentinnen.

1.3 Entwicklung seit 1996

	Wahlen 1996	Wahlen 2000	Entwicklung in absoluten Zahlen	Frauenvertretung in %	Entwicklung in %
Präsidentinnen	8	8	0	5	+0,1

Der leichte prozentuale Anstieg ist auf die Gemeindefusionen im Oberwallis zurückzuführen.



Der Anteil der Frauen in der Funktion der Gemeindepräsidentin liegt mit 5% nach wie vor sehr tief; wie 1996 werden nur 8 der 160 Walliser Gemeinden von Präsidentinnen geführt.

2. VIZEPRÄSIDENTINNEN

2.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Oberwallis	14	70	84	16.66%
Unterwallis	10	66	76	13.15%
Total	24	136	160	15%

Im Wallis amten 24 Vizepräsidentinnen, ihr prozentualer Anteil liegt damit bei 15% ; 14 Vizepräsidentinnen üben ihr Amt im Oberwallis aus (16.66%), 10 im Unterwallis (13.15%). Prozentual verfügt das Unterwallis über weniger Präsidentinnen und Vizepräsidentinnen, aber über mehr Gemeinderätinnen als das Oberwallis.

2.2 Vizepräsidentinnen nach Bezirk

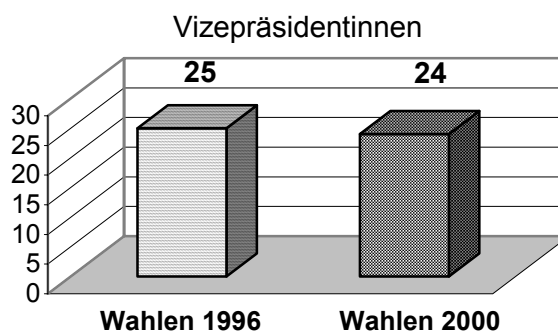
	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in %
Goms	3	3	0	
Östl. Raron	3	5	+2	
Brig	3	2	-1	
Visp	3	1	-2	
Westl. Raron	1	1	0	
Leuk	3	2	-1	
Oberwallis	16	14	- 2	von 18,4% auf 16,7%
Siders	4	1	-3	
Hérens	0	0	0	
Sitten	1	0	-1	
Conthey	1	1	0	
Martinach	1	3	+2	
Entremont	1	0	-1	
St-Maurice	0	3	+3	
Monthey	1	2	+1	
Unterwallis	9	10	+1	von 11,8% auf 13,1%
Total	25	24	-1	von 15,3% auf 15%

Im Oberwallis verlieren die Frauen gegenüber 1996 2 Vizepräsidentinnen (-1.7 Punkte, neu 16.7%), im Unterwallis gewinnen sie einen Sitz dazu und haben nun einen prozentualen Anteil von 13.1% (+1.3 Punkte).

2.3 Entwicklung seit 1996

	Wahlen 1996	Wahlen 2000	Entwicklung in absoluten Zahlen	Frauenvertretung in %	Entwicklung in %
Vizepräsidentinnen	25	24	-1	15%	-0,3%

Bei den Vizepräsidentinnen verlieren die Frauen einen Sitz. Damit findet der deutliche Schritt nach vorn der letzten Wahlen keine Fortsetzung.



C/ RICHTERINNEN UND VIZERICHTERINNEN

1. RICHTERINNEN

1.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Oberwallis	11	73	84	13.09%
Unterwallis	17	59	76	22.36%
Total	28	132	160	17.5%

In den 160 Walliser Gemeinden amtieren 28 Richterinnen, ihr prozentualer Anteil liegt bei 17.5%.

1.2 Richterinnen nach Bezirk

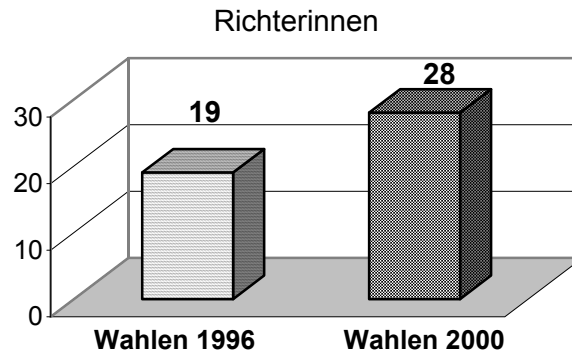
Bezirk	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in %
Goms	3	1	-2	
Östl. Raron	2	2	0	
Brig	0	2	+2	
Visp	1	3	+2	
Westl. Raron	1	1	0	
Leuk	1	2	+1	
Oberwallis	8	11	+3	von 9,2% auf 13,1%
Siders	1	4	+3	
Hérens	2	4	+2	
Sitten	1	0	-1	
Conthey	2	2	0	
Martinach	0	0	0	
Entremont	0	0	0	
St-Maurice	3	3	0	
Monthey	2	4	+2	
Unterwallis	11	17	+6	von 14,5% auf 22,4%
Total	19	28	+9	von 11,7% auf 17,5%

Beim Amt der Richterin machen die Frauen einen erfreulichen Schritt nach vorne. Ihr prozentualer Anteil steigt im Oberwallis von 9.2% auf 13.1%. Im Unterwallis gewinnen die Frauen 6 Sitze dazu, ihr prozentualer Anteil steigt von 14.5% auf 22.4% und für den Kanton ergibt sich eine deutliche Steigerung von 11.7% auf 17.5%.

1.3 Entwicklung seit 1996

	1996-2000	Wahlen 2000	Entwicklung in absoluten Zahlen	Frauenvertretung in %	Entwicklung in %
Richterinnen	19	28	+9	17,5	+5,8

Im gesamten Kanton können die Frauen 9 Sitzgewinne verbuchen. Damit liegt ihr prozentualer Anteil nun bei 17.5%, was eine Steigerung von 5.8 Punkten ausmacht.



2. VIZERICHTERINNEN

2.1 Aufteilung der Sitze nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Total	% Frauen
Oberwallis	27	57	84	32.14%
Unterwallis	33	42	75*	44.00%
Total	60	99	159	37.73%

*: Es gibt keine Vizerichterin/keinen Vizerichter in Vernamiège

Als Vizerichterinnen sind die Frauen gut vertreten, insbesondere im Unterwallis, wo ihr Anteil bei 44% liegt.

2.2 Vizerichterinnen nach Bezirk

Bezirk	1996-2000	2000-2004	Entwicklung in absoluten Zahlen	Entwicklung in %
Goms	6	5	-1	
Östl. Raron	2	5	+3	
Brig	3	5	+2	
Visp	5	3	-2	
Westl. Raron	2	2	0	
Leuk	4	7	+3	
Oberwallis	22	27	+5	von 25,3% auf 32,1%

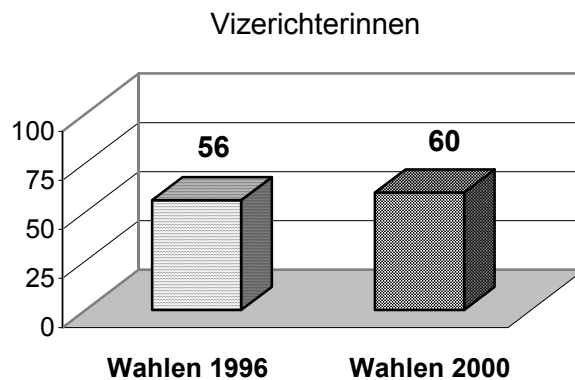
Siders	9	8	-1	
Hérens	5	4	-1	
Sitten	3	5	+2	
Conthey	3	3	0	
Martinach	3	5	+2	
Entremont	2	2	0	
St-Maurice	3	3	0	
Monthey	6	3	-3	
Unterwallis	34	33	-1	von 44,7% auf 44%
Total	56	60	+4	von 34,4% auf 37,7%

Im Oberwallis besetzen Vizerichterinnen inzwischen fast einen Drittel der Sitze. Die Frauen verzeichnen damit einen deutlichen Schritt nach vorn. Im Unterwallis amtieren 33 Vizerichterinnen; wenn die Frauen auch im Verhältnis zur letzten Periode einen Sitz verlieren, liegt ihr Anteil immer noch bei sehr guten 44%.

2.3 Entwicklung seit 1996

	Wahlen 1996	Wahlen 2000	Entwicklung in absoluten Zahlen	Frauenvertretung in %	Entwicklung in %
Vizerichterinnen	56	60	+4	37,7%	3,3

Die Frauen können ihre gute Vertretung in diesem Amt halten und gewinnen im Verhältnis zur letzten Legislaturperiode noch 4 Sitze hinzu. Wir deuten dies als positives Zeichen für die Zukunft!



D/ WEITERE GEMEINDEBEHÖRDEN

1. GENERALRAT

1.1 Aufteilung der Sitze nach Gemeinde und Geschlecht

	Wahlen 1996			Wahlen 2000		
	Frauen	Männer	% Frauen	Frauen	Männer	% Frauen
Siders	14	46	23,3%	17	42	28,8%
Ayent	-	-	-	11	34	24,4%
Sitten	15	45	25,0%	17	42	28,8%
Conthey	6	54	10,0%	13	47	21,7%
Vétroz	14	31	31,1%	9	33	21,4%
Fully	11	34	24,4%	11	34	24,4%
Martinach	17	43	28,3%	21	39	35,0%
Bagnes	16	44	26,6%	11	49	18,3%
St-Maurice	15	30	33,3%	13	31	29,5%
Monthey	18	42	30,0%	14	48	22,6%
Total	126	369	25,5%	137	399	25,5%

(fettgedruckt: Anstieg der Frauenvertretung; kursiv: Abnahme der Frauenvertretung)

In den 4 Gemeinden Siders, Sitten, Conthey und Martinach steigt die Frauenvertretung im Generalrat, in 4 anderen Gemeinden - Vétroz, Bagnes, St-Maurice und Monthey - verzeichnet die Frauenvertretung einen Rückgang (am stärksten ist dieser in der Gemeinde Vétroz (-9.7%)), Fully schliesslich bleibt unverändert.

Im Verhältnis zur Legislaturperiode 1996–2000 amten neu 11 Frauen mehr als Generalrätin, ihr prozentualer Anteil stagniert aber bei 25.5%, was sich durch die erstmalige Einsetzung eines Generalrats in Ayent erklärt.

1.2 Vertretung nach Parteien und Geschlecht

	Frauen	Männer	% Frauen
SP	31	41	43.1%
Liberale	6	11	35.3%
Unabhängige	2	4	33.3%
Entente	6	18	25.0%
Alliance	8	26	23.5%
FDP	35	119	22.7%
CVP	49	180	21.4%

Mit einem prozentualen Anteil von 43.1% hält die SP die höchste Frauenvertretung in den Generalräten, gefolgt von der Liberalen Partei mit 35.3%. Weiter folgen die Unabhängigen, die Entente und die Alliance, vor den Radikalen mit 22.7% und der CVP mit 21.4%. Wie beim Grossrat glänzen die „grossen“ Parteien auch beim Generalrat nicht mit einer hohen Frauenvertretung.

2. BURGERRAT

2.1 Sitzverteilung nach Gemeinde und Geschlecht

	Frauen	Männer	% Frauen
Ausserbinn	1	2	33,3%
Fiesch	1	2	33,3%
Lax	0	3	0%
Grafschaft	1	4	20,0%
Bitsch	0	3	0%
Greich	1	2	33,3%
Mörel	0	3	0%
Ried-Mörel	0	3	0%
Brig-Glis	2	5	28,6%
Eggerberg	0	3	0%
Naters	0	5	0%
Ried-Brig	0	5	0%
Termen	2	3	40%
Baltschieder	1	4	20%
Visp	2	5	28,6%
Zermatt	0	7	0%
Blatten	0	3	0%
Raron	0	3	0%
Niedergesteln	0	3	0%
Agarn	0	3	0%
Inden	1	2	33,3%
Leuk	0	5	0%
Leukerbad	0	3	0%
Salgesch	0	5	0%
Turtmann	0	3	0%
Oberwallis	12	89	11,9%
Grimentz	1	2	33,3%
Mollens	1	2	33,3%
Montana	0	5	0%
Randogne	0	3	0%
St-Jean	1	2	33,3%
St-Luc	1	2	33,3%
Siders	1	4	20%
Venthône	1	2	33,3%
Veyras	0	3	0%
Sitten	0	7	0%
Martinach	2	3	40%
Riddes	1	4	20%
St-Maurice	1	6	14,3%
Collombey-Muraz	0	5	0%
Port-Valais	1	4	20%
St-Gingolph	0	5	0%
Unterwallis	11	59	15,7%
Total	23	148	15,5%

Die Vertretung der Frauen in den Burgerräten zeigt sich sehr variabel und erstreckt sich von 0% bis zu 40%. Einige Gemeinden haben keine einzige Burgerrätin, während Martinach und Termen mit 40% Frauen im Burgerrat den Spitzenplatz einnehmen. Mit einem durchschnittlichen prozentualen Anteil von 15.5% ist die Frauenvertretung im Burgerrat praktisch gleichauf mit der prozentualen Vertretung der Frauen im Gemeinderat.

E/ WAHLCHANCEN

1. WAHLCHANCEN DER FRAUEN

		Anzahl Kandidatinnen	Anzahl Gewählte	% Anteil der Gewählten
Oberwallis	Gemeinderat	84	63	75%
	Burgerrat	12	12	100%
	Richterin	12	11	91.7%
	Vizerichterin	28	26	92.8%
	Präsidentin	6	6	100%
	Vizepräsidentin	n.b.	14	-
Unterwallis	Gemeinderat	129	84	65.11%
	Generalrat	163	137	84%
	Burgerrat	11	11	100%
	Richterin	18	17	94.4%
	Vizerichterin	35	33	94.3%
	Präsidentin	5	2	40%
	Vizepräsidentin	n.b.	10	-
Wallis	Gemeinderat	213	147	69.01%
	Generalrat	163	138	84.6%
	Burgerrat	23	23	100%
	Richterin	30	28	93.3%
	Vizerichterin	63	59	95.2%
	Präsidentin	12	8	66.6%
	Vizepräsidentin	n.b.	24	-

Allgemein kann festgehalten werden, dass die Wahlchancen für die Kandidatinnen insbesondere bei den Ämtern der Richterin, Vizerichterin und Burgerrätin recht gut sind, während sie für die Wahl in den Gemeinde- respektive den Generalrat tiefer liegen. Auffällig sind die schlechten Wahlchancen der Kandidatinnen für das Amt der Präsidentin im Unterwallis, ihre Wahlquote liegt bei sehr tiefen 40%, während im Oberwallis alle Präsidentschaftskandidatinnen gewählt worden sind.

2. WAHLCHANCEN FÜR DEN GEMEINDERAT IM VERGLEICH

2.1 Wahlchancen nach Region

	Frauen	Männer	Differenz
Oberwallis	75.00%	86.68%	- 11.68
Unterwallis	65.11%	83.07%	- 17.96
Gesamtkanton	70.05%	84.88%	- 14.83

Die Wahlchancen sind klar geschlechtsabhängig. Frauen haben deutlich weniger Wahlchancen als Männer, insbesondere im Unterwallis, wo der Chancenunterschied bei rund 18% liegt. Im kantonalen Durchschnitt haben Kandidatinnen rund 15% weniger Chancen gewählt zu werden als ihre Mitkandidaten. 3 von 10 Kandidatinnen scheitern an der Urne!

2.2 Wahlchancen nach Parteien

	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Wahlchancen	Kandidaten	Gewählte Männer	Wahlchancen	Differenz (Frauen)
Unterwallis							
CVP	40	29	72.5%	191	170	89%	- 16.5
FDP	31	23	74.19%	135	114	84.44%	- 10.25
SP	24	10	41.66%	31	19	61.29%	- 19.63
Liberale	3	1	33.33%	10	6	60%	- 26.67
SVP	4	2	50%	9	1	11.11%	+ 38.89
Andere*	27	19	70.37%	138	117	84.78%	- 14.41
Total	129	84	65.11%	514	427	83.07%	- 17.96
Oberwallis							
CVP	15	12	80%	89	76	85.39%	- 5.39
CSP	14	8	57.14%	97	83	85.56%	- 28.42
FDP	2	1	50%	19	8	42.1%	+ 7.9
SP	14	5	35.71%	20	8	40%	- 4.29
Andere*	39	37	94.87%	218	209	95.87%	- 1
Total	84	63	75%	443	384	86.68%	- 11.68

* : Andere Parteien, Entente oder Majorzsystem

Im kantonalen Mittel ergeben sich folgende Wahlquoten:

	CVP	FDP	SP	Liberale	CSP	Andere
Männer	87.19%	63.27%	50.64%	60%	85.56%	90.32%
Frauen	76.25%	62.09%	38.68%	33.33%	57.14%	82.62%
Differenz	- 10.94	- 1.18	- 11.96	- 26.67	- 28.42	- 7.7

Bei der FDP ist der Unterschied der Wahlchancen von Frauen und Männern mit einem Anteil von 1.18 Punkten am geringsten, an zweiter und dritter Stelle folgen die CVP und die SP mit bereits 10.94 und 11.96 Differenzpunkten. Bei den Liberalen und der CSP ist der Unterschied der Wahlchancen zu Ungunsten der Frauen am ausgeprägtesten mit 26.67 resp. 28.42 Punkten.

Zu beachten ist, dass diese Angaben sich bisweilen auf eine kleine absolute Zahl von Personen beziehen; sie sind daher mit Vorsicht zu geniessen.

3. WAHLCHANCEN FÜR DEN GENERALRAT IM VERGLEICH

	Frauen	Männer	Unterschied
Siders	85%	93.5%	-8.5
Ayent	84.6%	73.9%	10.7
Sitten	81%	78.2%	2.8
Conthey	100%	100%	0
Vétroz	100%	100%	0
Fully	84.6%	100%	-15.4
Martinach	87.5%	81.3%	6.2
Bagnes	100%	100%	0
St-Maurice	86.7%	91.4%	-4.7
Monthey	51.9%	63.9%	-12
Gesamtkanton	86.1%	88.2%	-2.10

In den Gemeinden, in denen die Kandidaten zu 100% gewählt wurden, wurden dies auch die Kandidatinnen. Im weiteren hatten Frauen in Siders, Fully, St-Maurice und Monthey schlechtere, in Ayent, Sitten und Martinach hingegen bessere Wahlchancen als die Männer. Spitzenpositionen nehmen Fully (15.4% höhere Wahlchancen für Kandidaten) und Ayent (10.7% höhere Wahlchancen für die Frauen) ein.

Gesamthaft ergibt sich auch für den Generalrat eine tiefere Wahlchance von Frauen gegenüber Männern, mit 2.1% bleibt sie allerdings unerheblich.

F/ KOMMENTAR

Die Entwicklung der Frauenvertretung in den verschiedenen kommunalen Gremien kann als positiv bewertet werden. Obschon die Frauenvertretung in den Walliser Gemeinderäten immer noch entschieden zu tief ist (insbesondere auch die Zahl der Präsidentinnen), kann immerhin ein konstanter Anstieg der Frauen in den verschiedenen Gremien ausgemacht werden, insbesondere der prozentuale Anteil der Vizepräsidentinnen (15%) ist ein Signal für die Zukunft.

Besonders erfreulich ist die Bilanz im Bereich Vize/Richteramt. Den prozentualen Anteil der Vizerichterinnen, 37.73%, werten wir auch als positives Zeichen für die Zukunft: Die Frauen sind auf dem Weg, es geht nun darum, dass sie von den „Vize“posten in die höheren Ämter aufsteigen. Und dabei nach Kräften unterstützt werden!

Im Generalrat verzeichnen die Frauen einen gleichbleibenden Prozentanteil von 25.5%, auch dies ein positives Zeichen für die Integration der Frauen im politischen Leben.

Bei den Burgerräten finden wir dasselbe Bild wie bei den Gemeinderäten: Steigerungen sind nötig.

Es ist unbestreitbar: Kompetente Frauen, die sich in öffentlichen Ämtern engagieren wollen, gibt es auch im Wallis. Es geht nur darum, sie in ihrem Bemühen zu unterstützen und ihnen den Zugang zu allen Entscheidungsebenen zuzugestehen.

Diese Unterstützung fällt in den verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich aus, wie die oben stehenden Analysen zeigen. Wir hoffen, dass die Resultate der letzten Wahlen den Parteien Anlass geben, sich noch vermehrt für die Integration der Frauen im politischen Leben stark zu machen.

IV. UMFRAGE - WALLISER GEMEINDERÄTINNEN UND IHR MANDAT – AUGUST 2000

Vorbemerkungen

Ende August 2000 führten der kantonale Gleichstellungsrat und das kantonale Gleichstellungsbüro bei den Walliser Gemeinderätinnen eine Umfrage durch. Ziel war es, herauszufinden, wie die Gemeinderätinnen ihr Amt erleben. Die Mehrheit der Fragen waren nach dem System des multiple choice aufgebaut, im weiteren ermöglichten offene Fragen grundsätzliche Stellungnahmen.

Der Fragebogen wurde gemeinsam mit der InnoConsult AG konzipiert und von dieser ausgewertet. Die Fragebogen wurden mit einem Begleitbrief und einem nachfolgenden Schreiben an 141 amtierende Gemeinderätinnen verschickt. 52 ausgefüllte Fragebogen (siehe Beilage c) wurden innert der vorgegebenen Frist ans Gleichstellungsbüro zurückgesandt, was einer Rücklaufquote von 36.88% entspricht. Dies gilt als durchaus gutes Resultat für schriftliche Umfragen. Die Umfrage wurde anonym durchgeführt.

Grundsätzlich kann eine positive Bilanz gezogen werden: Die Mehrheit der Befragten fühlt sich in ihrem Amt wohl und bezeichnet dieses als bereichernd. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass verschiedene Schwierigkeiten klar aufgezeigt werden, insbesondere der chronische Zeitmangel und auch ein Mangel an Unterstützung von Seiten der politischen Instanzen. Im Endeffekt fühlen sich zahlreiche Gewählte in der Ausübung ihres Amtes recht einsam. Ihre hauptsächliche Unterstützung kommt von Seiten der Familie oder aus dem Freundeskreis und nicht von Seiten der politischen Parteien.

Wir sehen unsere Umfrage auch als Arbeitsinstrument für die politischen Parteien und laden diese ein, die Wünsche und Vorschläge der Mandatsträgerinnen in ihr zukünftiges Programm aufzunehmen und damit letztlich zur verbesserten Integration der Frauen in der Walliser Politik beizutragen...

Ergänzende Bemerkung: Prozentuale Angaben beziehen sich nicht immer auf die Gesamtheit der eingegangenen Fragebögen, da nicht alle Frauen systematisch jede Frage beantwortet haben. Wenn in bestimmten Bereichen zuwenig Antworten vorliegen, um ein repräsentatives Resultat abzugeben, wird dies angegeben.

A/ ANGABEN ZUR PERSON

1. PROFIL DER GEWÄHLTEN FRAUEN

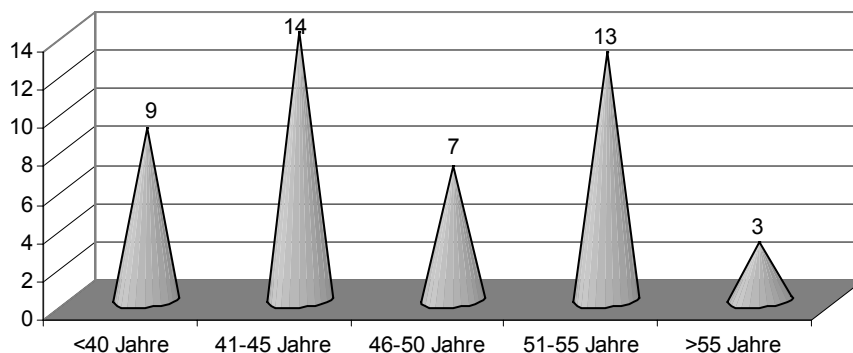
1.1 Geographische Herkunft

Die Antworten stammen aus den verschiedenen Regionen unseres Kantons: Goms, Brig-Aletsch, Visp-Westl. Raron, Siders, Sitten, Martinach, Monthey und St-Maurice¹. Der prozentuale Anteil der Antworten aus den verschiedenen Regionen schwankt zwischen 9.6% und 17.3% (vom Total der amtierenden Gemeinderätinnen). Einzig aus dem Bezirk Leuk wurde kein Fragebogen zurückgesandt; dies erklärt sich vermutlich aus der kleinen Zahl der amtierenden Frauen, 8 Rätinnen im gesamten Bezirk. Demgegenüber fallen die Gewählten aus den Bezirken Siders und Sitten mit der höchsten Anzahl der beantworteten Fragebogen auf (9 Antworten für jede Region, dies entspricht 17.3%) gefolgt von den Mandatsträgerinnen von Martinach, Monthey, St-Maurice und Visp-Westl. Raron (8 Antworten, das entspricht 15.4%); schliesslich erhielten wir 5 Antworten aus dem Goms und aus der Region Brig-Aletsch (9.6%).

Wenn auch mit Ausnahme von Leuk jede Region bei den Antworten vertreten ist, verfügen wir über zu wenig Datenmaterial, um regionalspezifische Analysen vorzunehmen.

1.2 Alter

Das Alter der Mandatsträgerinnen liegt zwischen 29 und 61. Das ergibt ein Durchschnittsalter von 46 Jahren. Die Mehrheit ist zwischen 41 und 45 Jahre (14 Personen oder 30.4%) oder zwischen 51 und 55 Jahre alt (13 Personen oder 28.3%). Nur 6.5% (3 Frauen) sind älter als 55. Eine von fünf Gemeinderätinnen schliesslich ist jünger als 40 (19.6%).



Die Altersunterschiede sind recht ausgeprägt. Entsprechend ist auch das Durchschnittsalter zu relativieren, tatsächlich sind 15.2% der Gewählten 46 Jahre alt. Die Mehrheit der Gemeinderätinnen ist jünger oder älter als dieses theoretische Durchschnittsalter.

¹Regionsbezeichnung nach InnoConsult AG.

1.3 Familie

Die überwiegende Mehrheit der Gewählten ist verheiratet (38 Personen – 76%). 14% (7 Personen) sind ledig und 10% (5 Personen) getrennt oder geschieden. Ein erheblicher Anteil der Gewählten lebt mit Partner und/oder Kindern (31 Personen – 81.6%). 13.2% (5 Personen) der Gewählten leben allein und 5.3% (2 Personen) mit Eltern oder Geschwistern. Dies bestärkt die Hypothese, dass die familiäre Unterstützung von grosser Bedeutung ist, eine Annahme, die im folgenden durch verschiedene Antworten bestätigt wird.

Mehr als $\frac{3}{4}$ der Antwortenden (35 Personen – 77.8%) haben Kinder, von denen die Mehrheit das Adoleszenzalter überschritten hat. Nur 3 Frauen haben kleine Kinder und 9 Frauen haben Kinder zwischen 7 und 16 Jahren. Eine Erklärung für diese Tatsache liefert die Altersstruktur der Gewählten. Im weiteren bestätigt sich wohl die Tatsache, dass ein politisches Engagement mit kleinen Kindern äusserst schwierig ist - insbesondere da funktionierende Kinderbetreuungsstrukturen bis heute weitgehend fehlen.

Ein positives Beispiel liefert in diesem Bereich die Gemeinde Moutier, welche für Kinder der Gewählten während der Gemeindesitzungen eine kostenlose Kinderbetreuung anbietet.

Eine wirkliche Förderung des Engagements von Frauen im politischen Leben setzt voraus, dass ihnen die entsprechenden finanziellen und organisatorischen Mittel zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang spielt die Betreuung der Kinder zweifellos eine zentrale Rolle.

1.4 Erwerbstätigkeit

Auf der Ebene Erwerbsleben sind die Gewählten wie folgt engagiert :

- Angestellte/Beamtin (24 Personen - 45%)
- Kader/Leitende Angestellte (8 Personen - 15%)
- Selbstständig/Freiberuf (13 Personen - 25%)
- Hausfrau/Mutter (22 Personen – 42.3%, oft in Verbindung mit obgenannten Funktionen)

Zahlreiche Gemeinderätinnen arbeiten Teilzeit, zu einem Beschäftigungsgrad von 25% – 75%. Der Grad der Erwerbstätigkeit unterscheidet sich allerdings stark nach beruflichem Sektor. So sind insbesondere bei den Selbstständigen und in den Kaderfunktionen mehr Vollzeit-Erwerbstätige zu finden. Allgemeine Schlüsse können allerdings für keinen der Bereiche gezogen werden, da zu wenig Antworten vorliegen.

42.3% (22 Personen) der Befragten arbeiten als Hausfrau und/oder Mutter, davon 63.6% (14 Personen) in Vollzeit; die anderen üben diese Funktion zusätzlich zur Erwerbstätigkeit aus. Was die Organisation im familiären Bereich betrifft, teilen sich 59.3% der Frauen die Kinderbetreuung mit ihrem Partner, 14.8% leisten diese Arbeit hauptsächlich allein; in 25.9% der Fälle betreuen Drittpersonen die Kinder. Dies bestätigt ein weiteres Mal die Bedeutung der familiären Unterstützung für die Gewählten. Die angegebenen Zahlen sollen nicht den Eindruck vermitteln, dass sich die Rollenteilung in den Familien radikal verändert hat: Nur 27 Frauen haben auf diese Frage geantwortet, auf die Frage der Aufgabenteilung in der Kindererziehung sogar nur 16.

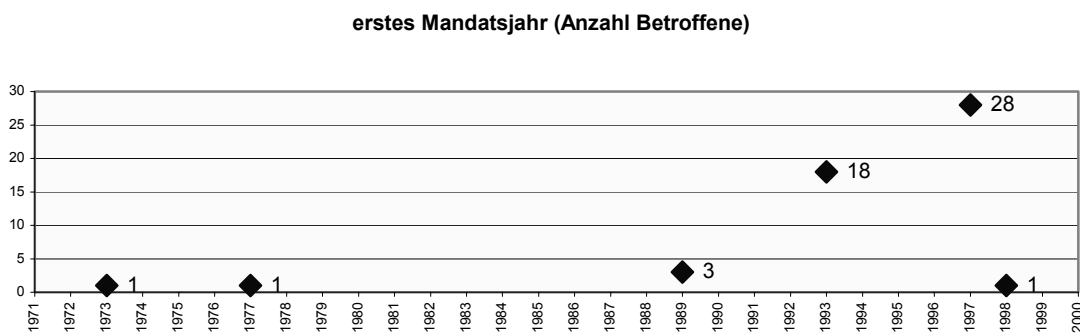
Trotz knappem Datenmaterial bleibt die frappierende Feststellung, dass sich nach wie vor insbesondere Frauen als Gemeinderätin engagieren können, die entweder keine Kinder (mehr) zu betreuen haben respektive sich die Betreuung mit einem Partner teilen können. Dies wirft einmal mehr ein Licht auf die umfassende Bedeutung der Aufgabenteilung – im Familienbereich wie im Erwerbsleben – welche eine notwendige Bedingung zu einer besseren Integration der Frauen im politischen Leben darstellt.

2. POLITISCHES MANDAT

2.1 Mandatstyp und Mandatsdauer

Zwei Gemeindepräsidentinnen (3.9%), 14 Vizepräsidentinnen (27.5%) und 35 Gemeinderätinnen (68.6%) haben den Fragebogen zurückgesandt. Für die folgende Analyse ist also zu vergegenwärtigen, dass die Mehrheit der Antworten Gemeinderätinnen respektive Vizepräsidentinnen betrifft. Wird jeweils die Gesamtheit der Mandatsträgerinnen berücksichtigt, haben 25% der Präsidentinnen, 70% der Vizepräsidentinnen und 33.02% der Gemeinderätinnen den Fragebogen beantwortet.

Mehr als die Hälfte der Gewählten haben ihr Mandat 1997 angetreten (28 Personen – 53.8%), ein Drittel (18 Personen – 34.6%) im Jahr 1993. 88.4% (46 Personen von 52) übten zur Zeit der Befragung ihr Mandat in der ersten respektive der zweiten Periode aus. 5.8% sind seit 1989 im Amt, und jeweils 1.9% seit 1973 und 1977; diese Prozentzahlen repräsentieren 3 Personen respektive 1 Person.



Die Grafik zeigt deutlich auf, dass die Geschichte der Frauen in der Politik noch relativ jung ist. Dieser Hintergrund mag einiges erklären, dennoch ist es bedauerlich, dass die Frauen nicht in grösserer Zahl und nicht schneller den Zugang zum politische Leben finden – nach immerhin 30 Jahren Frauenstimmrecht. So hat zwischen 1977 und 1989, also während mehr als 10 Jahren, keine der antwortenden Frauen ihr Mandat angetreten.

Diese Zahlen werfen auch ein Licht auf die doch sehr unterschiedlichen Situationen von Frauen und Männern in der Politik. Die Amtsdauer ist bei den Frauen deutlich kürzer, sie erwähnen mehrmals die Notwendigkeit, „anderen den Platz zu überlassen“, um den frischen Wind in der Politik zu garantieren. Die Amtsdauer der Gemeinderätinnen ist im allgemeinen kürzer als jene ihrer männlichen Kollegen, die diesweilen 30 oder sogar 40 Jahre als Gemeinderat tätig sind.

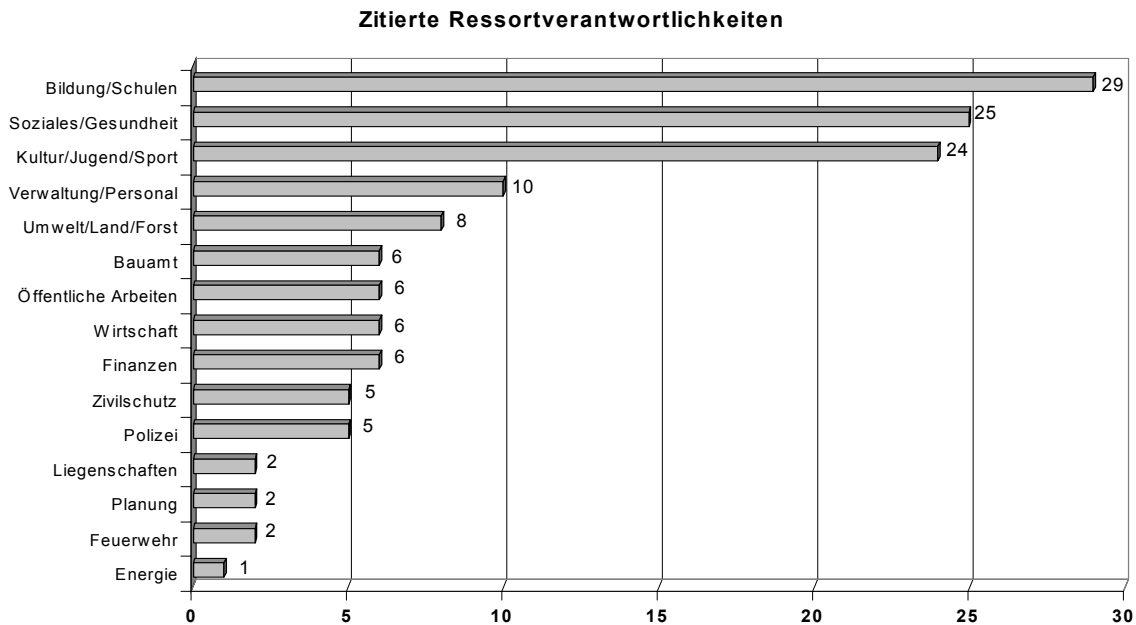
2.2 Ressorts, Komitees und Arbeitsgruppen

Wie zu erwarten war, sind die Gewählten hauptsächlich in jenen Bereichen und Ressorts tätig, welche den Frauen traditionellerweise zugestanden werden. Am häufigsten wurden genannt :

- Bildung / Schulen (29 Personen)
- Soziales / Gesundheit (25)
- Kultur / Jugend / Sport (24)

Der am vierthäufigsten zitierte Bereich Verwaltung/Personal folgt mit deutlichem Abstand (10 Personen). Am seltensten sind die Frauen für das Ressort Energie und Feuerwehr (1 Person) sowie Planung und Liegenschaften (jeweils 2 Nennungen) verantwortlich.

Es bleibt festzuhalten, dass aufgrund der unterschiedlichen Ressortaufteilung in den Gemeinden verschiedene Kombinationen möglich sind; dies erschwert einen Vergleich in Prozentsätzen.



Wenn es auf der einen Seite erfreulich ist, Frauen in praktisch allen Ressorts anzutreffen, muss doch festgestellt werden, dass sie vor allem in jenen Bereichen wirken, die den Frauen traditionellerweise zugestanden werden. Für die männlich konnotierten Ressorts sind sie selten verantwortlich. Diese Situation ist bedauerlich, zumal sie auch jene Frauen entmutigt, welche sich gerne in Bereichen investieren möchten, die weitgehend den Männern vorbehalten bleiben. Entsprechend fielen auch zahlreiche Bemerkungen in den Fragebögen aus: Wenn man die politische Integration der Frauen wirklich unterstützen will, muss es ihnen erlaubt sein, sich in allen Bereichen zu engagieren.

Im weiteren sind die Gemeinderätinnen in zahlreichen Vorständen, Kommissionen und Arbeitsgruppen aktiv. Für diese Gremien haben die Gemeinderätinnen folgende Bereiche angegeben (geordnet nach Häufigkeit, zitiert von 42 bis 2 Mal) :

- | | |
|----------------------------|---|
| 1. Gesundheit und Soziales | 15. Sicherheit |
| 2. Bildung und Schulen | 16. Sport |
| 3. Alter | 17. gemeindeübergreifende Vereinigungen |
| 4. Tourismus und Freizeit | 18. Stellen für Familienplanung und Schwangerschaftshilfe |
| 5. Pfarrei | 19. Gemeindeparterschaft |
| 6. Kultur | 20. Medien |
| 7. Waisenamt | 21. Transport |
| 8. Entwicklung | 22. Bibliothek, Mediathek |
| 9. Finanzen | 23. Burgerschaft |
| 10. Umwelt | 24. Drogen |
| 11. Jugend | 25. Wasserkraft und Elektrizität |
| 12. Städtebau/Stadtplanung | 26. Personal |
| 13. Berufslehre | |
| 14. Kleinkinder | |

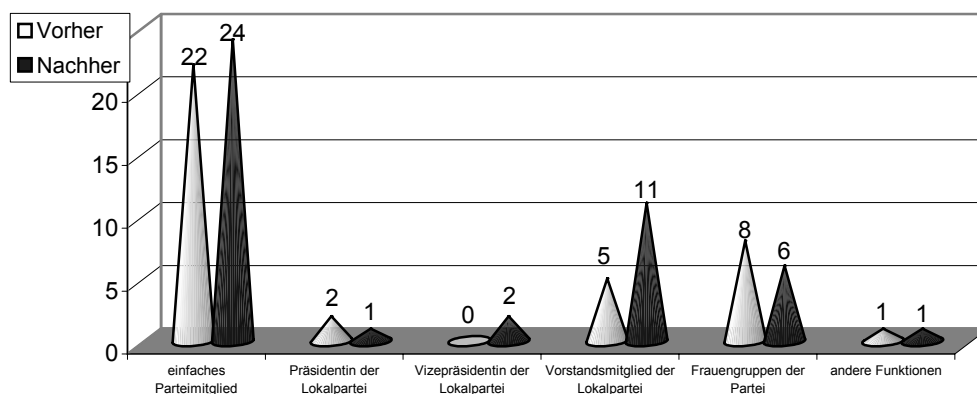
Diese Angaben bestätigen die Situation, wie sie aufgrund der Ressortverantwortlichkeiten dargelegt worden ist.

2.3 Entwicklung des politischen Engagements

Um herauszufinden, inwieweit der Antritt des Gemeinderatsmandats das weitere politische Engagement beeinflusst hat, wurden die Gemeinderätinnen nach ihren Aktivitäten vor respektive während dem Gemeinderatsmandat gefragt. Nur 7.7% der Gewählten übten vor dem Gemeinderatsmandat bereits ein Mandat aus. Von den 4 betroffenen Frauen waren 3 Grossrätin, eine amtierte als Vizerichterin. Nebst dem Gemeinderatsmandat üben 13.5% der Frauen ein weiteres Mandat aus, 3 als Grossrätin, 2 als Suppleantin und 2 als Burgerrätin.

Innerhalb der Partei waren die meisten der gewählten Frauen vor ihrer Wahl in den Gemeinderat einfaches Parteimitglied, nämlich 22 Personen (42.3%), während 8 Mitglieder von Frauenorganisationen und Gruppen der Partei waren (15.4%) und 5 im lokalen Parteivorstand mitwirkten (9.6%). 2 Frauen präsidierten die Lokalpartei und 1 hat eine weitere Funktion.

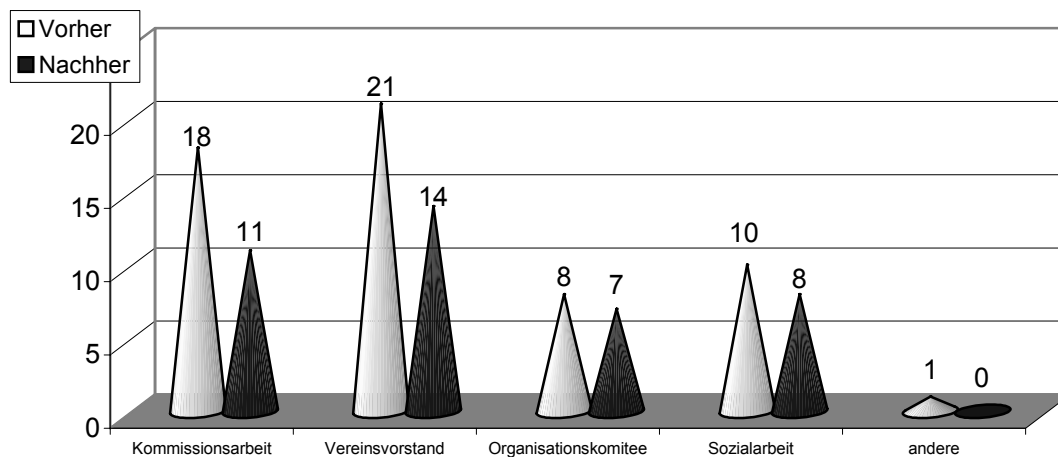
Nach ihrer Wahl in den Gemeinderat bleiben 24 Frauen einfaches Parteimitglied (46.2%), 11 Frauen arbeiten im Vorstand der Lokalpartei mit (21.2%), 6 in Frauengruppen der Partei (11.5%), 2 als Vizepräsidentin der Lokalpartei (3.8%), eine als Präsidentin der Lokalpartei und eine in anderen Funktionen (1.9%).



Es lässt sich feststellen, dass die Frauen nach ihrer Wahl vermehrt im Vorstand der Lokalpartei mitarbeiten. Im weiteren können keine radikalen Wechsel ausgemacht werden; die Frauenorganisationen innerhalb der Partei verlieren 2 Mitglieder und die Parteien gewinnen 2. Frauen, die ihr Engagement nach der Wahl verändern, tun dies zugunsten der politischen Partei, was vor dem Hintergrund des neuen Amtes verständlich ist. Im weiteren ist der Wandel im Engagement zuwenig signifikativ, um daraus allgemeingültige Schlüsse ziehen zu können.

2.4 Wandel der anderen Aktivitäten

Die Gemeinderätinnen wurden gefragt, welchen Einfluss die Wahl auf ihre sonstigen Aktivitäten hatte. Die Mehrheit der Gewählten leisteten vor ihrem Mandat Vorstandsarbeiten in Vereinigungen (21 Personen – 40.4%), Kommissionsarbeiten (18 Personen – 34.6%), Arbeit in Organisationskomitees (8 Personen – 15.4%) oder engagierten sich in Sozialwerken (10 Personen – 19.2%). Nach der Wahl finden sich noch 14 Personen (26.9%) in Vereinsvorständen, 11 in Kommissionen (21.1%), 7 in Organisationskomitees (13.5%) und 8 leisten weiterhin soziale Arbeit (15.4%).



Es lässt sich ein deutlicher Wandel in den Vereinstätigkeiten und den Kommissionsarbeiten feststellen (-7). Auch die soziale Arbeit verliert 2 Personen. An dieser Stelle macht sich der Zeitmangel massiv bemerkbar und verlangt von den Gewählten eine Einschränkung ihres bisherigen Engagements auf Kosten von Arbeitskommissionen und Vereinsvorständen.

Auch andere vor dem Gemeinderatsmandat ausgeübte Aktivitäten werden eingeschränkt. Als Engagement vor den Wahlen werden angegeben: Baukommission, Schulkommission, Pfarreirat, Bezirksrat, Verantwortliche für Jugendarbeit, Sekretariat, Waisenamt und Sporttrainerin; nach der Wahl werden nur noch Aktivitäten in der Baukommission, im Bezirksrat und Sekretariatsarbeit angegeben.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Wahl in ein Gemeindeamt das politische Engagement nur unerheblich tangiert, sich aber auf andere Aktivitäten, insbesondere auf Vereinsaktivitäten, auswirkt.

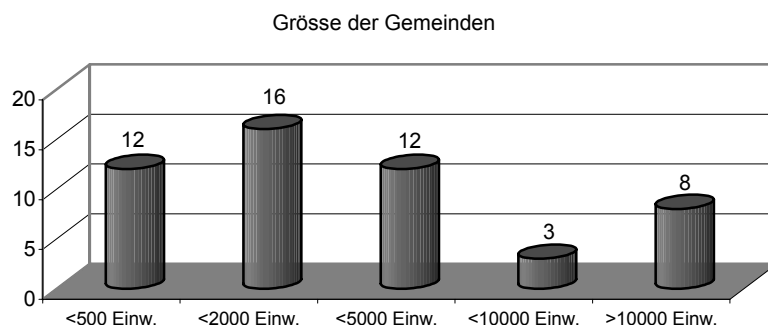
B/ GEMEINDE TypEN

1. STRUKTUR UND SYSTEM

Im Wallis gibt es zahlreiche kleine Gemeinden; entsprechend ist die Mehrheit der Mandatsträgerinnen in kleinen Gemeinden im Amt:

- 1/4 (23.5% - 12 Personen) in Gemeinden mit weniger als 500 EinwohnerInnen
- 1/3 (31.4% - 16 Personen) in Gemeinden mit weniger als 2'000 EinwohnerInnen
- 1/4 (23.5% - 12 Personen) in Gemeinden mit weniger als 5'000 EinwohnerInnen
- 5.9% (3 Personen) in Gemeinden mit weniger als 10'000 EinwohnerInnen
- 15.7% (8 Personen) in Gemeinden mit mehr als 10'000 EinwohnerInnen

11 Gemeinderätinnen sind in Städten von mehr als 5000 EinwohnerInnen tätig, demgegenüber wirken 40 in Gemeinden mit weniger als 5000 EinwohnerInnen. Mehr als $\frac{3}{4}$ (78.4% - 40 Personen) der Rätinnen werden in Gemeinden von weniger als 5000 EinwohnerInnen gewählt. Wohl ist der Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen in kleinen Gemeinden höher, daraus kann aber nicht zwingend geschlossen werden, dass es für Frauen einfacher ist, sich in kleineren Gemeinden wählen zu lassen.



73.9% (34) der betroffenen Gemeinden wählen ihre Exekutive nach Proporzsystem, 26.1% (12) nach Majorzsystem.

2. FRAUENVERTRETUNG

2.1 Vertretung der Frauen in den verschiedenen Gremien

Rund 40 Frauen haben sich über die Frauenvertretung in den verschiedenen Gremien ihrer Gemeinde ausgesprochen. Sie wurden sowohl nach der effektiven Höhe als auch nach ihrer persönlichen Einschätzung der Frauenvertretung gefragt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt für jedes Gremium den tiefsten, den höchsten und den Durchschnittswert der Frauenvertretung auf, im weiteren den Durchschnittswert der persönlichen Einschätzung

	Frauenvertretung			Persönliche Einschätzung		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Zu hoch	Zu tief	Befriedigend
Gemeinderat	10%	40%	22.95%	-	65.2%	34.8%
Pfarrerrat	0%	90%	50.68%	17.9%	28.6%	53.6%
Kirchenrat	0%	80%	34.5%	3.8%	34.6%	61.5%
Burgerrat	0%	40%	14.38%	-	76.7%	23.3%
Richteramt	0%	100%	35.15%	3%	51.5%	45.5%
Kommissionen	0%	60%	23.82%	-	69.7%	30.3%
Vereinsvorstände	0%	75%	25.08%	-	57.1%	42.9%
Verbandsvorstände	10%	50%	30.91%	-	55.6%	44.4%
Stiftungsrat	0%	100%	18.73%	-	84.2%	15.8%
Verwaltungsrat	0%	40%	9.64%	-	95%	5%

Bei den angegebenen Werten handelt es sich um Durchschnittswerte, die Unterschiede sind von Fall zu Fall erheblich. So variiert die Frauenvertretung bei den (Vize)RichterInnen und bei den Stiftungsräten zwischen 0 und 100%, was sich natürlich auf die persönliche Einschätzung der Befragten auswirkt. So finden z.B. 3% der Gewählten die Frauenvertretung in den Ämtern der (Vize)RichterInnen zu hoch, während der Durchschnitt nur bei 35% liegt; die 3% beziehen sich allerdings auf jene Gemeinden, bei denen Frauen beide Ämter besetzen. Abgesehen von diesen Sonderfällen lassen sich grundsätzliche Feststellungen machen:

Der Anteil der Frauenvertretung in den verschiedenen Instanzen, Vorständen und Räten ist von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden. Bemerkenswerterweise liegt der Mindestanteil der Frauen in den meisten Gremien bei 0%, bei 10% für den Gemeinderat und die Verbandsvorstände. Die minimale Frauenvertretung ist enorm tief; dass sie beim Gremium Gemeinderat nicht bei 0% liegen

kann, erklärt sich aus der Befragung selbst, die sich ja an Gemeinderätinnen richtete. Das Maximum der Frauenvertretung liegt zwischen 75 und 100 % bei den Pfarreiräten, Kirchenräten, (Vize)RichterInnen, bei den Vereinsvorständen und den Stiftungsräten. Es überrascht nicht, dass die geringste Teilhabe der Frauen in den Gemeinderäten, den Burgerräten und den Verwaltungsräten auszumachen ist.

Auf der Durchschnittsebene lässt sich vergleichbares feststellen: Die Vertretung der Frauen liegt tendenziell bei den Gremien mit religiösem Hintergrund höher als bei jenen mit wirtschaftlichem oder rein politischem Hintergrund. Die durchschnittliche Frauenvertretung liegt nur in den Pfarreiräten über 50%, während sie in den Verwaltungsräten nicht einmal 10% erreicht.

2.2 Persönliche Einschätzung

Die Frauenvertretung in den verschiedenen Gremien wird von den gewählten Frauen nahezu durchgehend als zu tief beurteilt. Einzig für die Pfarreiräte wird sie von 17.9% der Befragten als zu hoch beurteilt. Die 3% bzw. 3.8%, welche die Frauenvertretung in den Kirchenräten und beim (Vize)Richteramt als zu hoch einschätzen, beziehen sich auf die oben erwähnten Sonderfälle. Demgegenüber beurteilt die grosse Mehrheit der Befragten den Frauenanteil generell als zu tief, dies gilt zu 95% für die Verwaltungsräte, zu 84.2% für die Stiftungsräte und zu 76.7% für die Burgerräte. Eine Minderheit, 28.6%, beurteilt die Frauenvertretung auch in den Pfarreiräten bzw. in den Kirchenräten (34.5%) als zu tief. Bei diesen beiden Gremien erachtet allerdings eine Mehrheit die Vertretung der Frauen als befriedigend, 53.6% respektive 61.5%.

Bei allen andern Gremien ist nur eine Minderheit der Befragten mit der Frauenvertretung zufrieden. Den Gipfel der Unzufriedenheit erreichen die Verwaltungsräte (nur 5% finden die Frauenvertretung ausreichend), gefolgt von den Stiftungsräten mit 15.8% und den Burgerräten mit 23.3%.

Aus den Antworten zu dieser Frage geht unmissverständlich hervor, dass sich die Frauen mit dem Platz, der ihnen in den zitierten Gremien gewährt wird, nicht mehr zufriedengeben. Sie lassen sich nicht länger in die sogenannten traditionellen Domänen wie Bildung, Kirche oder Sozialwesen verweisen. Auch Politik und Wirtschaft müssen ihnen die Tür öffnen und ihnen Zugang gewähren! An dieser Stelle sei noch einmal auf die Analyse der Gemeinderessorts verwiesen: Die gewählten Frauen sind bereit, in allen Bereichen aktiv zu werden und nicht nur in jenen, die als traditionell weiblich gelten. Sie können und wollen ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen in verschiedensten Fragestellungen wirksam werden lassen. Wir stellen abschliessend noch einmal fest, dass die Ermöglichung eines breiteren Wirkungsspektrums ein entscheidender Faktor für ein zusätzliches Engagement der Walliser Frauen ist.

3. VERBESSERUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Mehrheit der befragten Frauen beurteilt die Frauenvertretung in den verschiedenen Gremien als zu tief. Interessant sind ihre eigenen Vorschläge zur Verbesserung der Integration der Frauen. Die Impulse, die im Rahmen der offenen Fragen formuliert worden sind, lassen sich in 4 Hauptkategorien klassieren: Massnahmen im Bereich der Organisation, der Parteien, der Information – Ausbildung und der Frauen selbst.

Im Bereich der Organisation wird häufig vorgeschlagen, Lösungen der Kinderbetreuung anzubieten. Damit können junge Frauen ermutigt werden, ein politisches Engagement anzugehen. Auch der Stundenplan der Sitzungen muss verbessert werden. Weiter geht hervor, dass eine bessere Entschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates Not tut. Im weiteren fordern die Frauen

unmissverständlich, dass ihnen vermehrt Verantwortung übertragen wird und sie die Möglichkeit haben, in allen Bereichen wirksam zu werden. Schliesslich äussern die Befragten den Wunsch nach einer Vertretung von mindestens 2 Frauen pro Gremium.

Auch die Erwartungen an Parteien resp. politische Organe sind gross: Die Frauen erwarten von diesen vermehrt Unterstützung. Netzwerke, um sich bekannt zu machen, sind auch für Frauen wichtig. Formuliert wird die Forderung nach verstärkter Integration von Frauen und Jugendlichen durch die Parteien, auch sollen die Parteien vermehrt ausserhalb der eigenen Reihen neue Kräfte rekrutieren. Frauen wollen nicht länger auf die ihnen traditionellerweise zugestandenen Bereiche eingeschränkt werden, dies betrifft auch die Arbeit innerhalb der Partei. Sie verlangen von den Parteien, die Wahl von Frauen tatkräftig zu unterstützen, was ihnen in ihrem Amt eine vermehrte Zusammenarbeit mit anderen Frauen ermöglichen würde. Es ist notwendig, Frauen auch in die Parteistrukturen zu integrieren und sie in politischen Fragen auszubilden. Die Befragten sehen die Rolle der Partei darin, Frauen zu motivieren und sie zu ermutigen, politisch aktiv zu werden. Hier ist wichtige Basisarbeit zu leisten.

Im Bereich Bildung/Information sind vermehrte Anstrengungen zu unternehmen. Es ist unabdingbar, dass Frauen vermehrt im umfassenden Bereich Politik/Öffentlichkeit ausgebildet werden, ebenso unabdingbar ist es, dass Männer lernen, ihre Macht zu teilen und mit den Frauen zusammen zu arbeiten. Frauen können etwa durch Informationssitzungen oder durch direkte Begegnungen mit politisch Engagierten ermutigt werden, selber auch in einem öffentlichen Rahmen politische Verantwortung zu übernehmen. Vermehrte Informationen über die Rolle von verschiedenen Kommissionen oder Arbeitsgruppen ist wünschbar. Eine globale Informations- und Bildungspolitik drängt sich auf; dies ist eine langfristige Arbeit, die von den Frauen aber klar gewünscht wird.

Schliesslich halten viele der Befragten fest, dass auch die Frauen selber handeln müssen. Frauen müssen ermutigt und ermächtigt werden, sich zu engagieren. Es ist entscheidend, dass die Frauen selbst die Initiative ergreifen und nicht darauf warten, angefragt zu werden. Schliesslich müssen Frauen auch akzeptieren, Mandate auszuüben. Sie tun gut daran, ihre eigenen Netzwerke aufzubauen. Nicht zuletzt müssen Frauen lernen, ihren Fähigkeiten zu vertrauen und diese als wichtig und wertvoll für die Gesellschaft einzuschätzen. Schliesslich müssen die Frauen es wagen, Fragen zu stellen und sich ins kalte Wasser zu stürzen.

Die Vorschläge der Gewählten, ein vermehrtes Engagement anderer Frauen zu unterstützen, sind vielfältig; sie lassen sich grundsätzlich in zwei Hauptstrategien einteilen. Zum ersten sind es Aktionen, die von den politischen Instanzen realisiert werden müssen, zum zweiten sind es solche, die Frauen selbst in die Hand zu nehmen haben. Auf der einen Seite müssen die Parteien informieren, ermutigen, ausbilden und Kandidatinnen sowie gewählte Frauen auch wirklich unterstützen. Auf der anderen Seite müssen die Frauen sich organisieren, sich ausbilden, sich interessieren und - wagen.

Eine vermehrte Integration der Frauen im politischen Leben ist nur dann möglich, wenn beide Strategien koordiniert werden...

C/ ARBEIT AUF GEMEINDEEBENE

1. ZEITLICHER AUFWAND

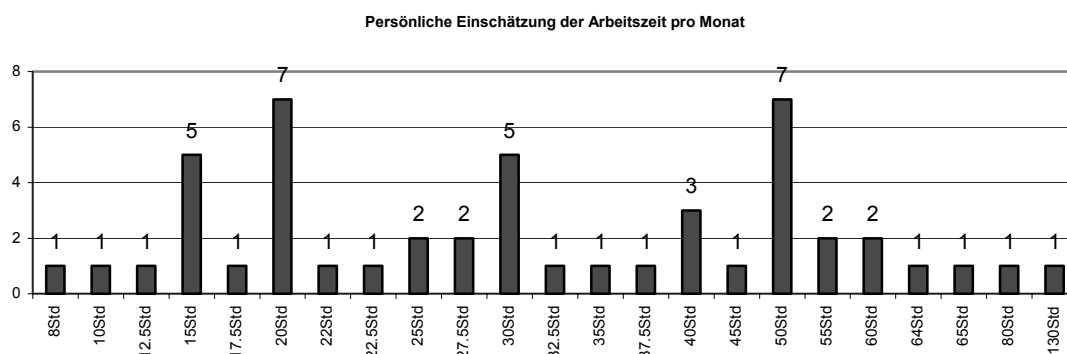
Der Arbeitsaufwand variiert nach Gemeinde und insbesondere nach deren Grösse. Über die Feststellung enormer Unterschiede im zeitlichen Aufwand hinaus können keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden. Die Angaben haben in erster Linie einen beschreibenden Wert über die Realität in einer Gemeindeexekutive.

Für die verschiedenen Aktivitäten ergibt sich folgender zeitlicher Aufwand pro Monat (häufigste Nennungen, Minimum/Maximum):

Aktivität	Häufigste Nennungen	Minimum/Maximum
Gemeinderat	2 Sitzungen 58.8% - 4 Sitzungen 13.7%	1 - 6
Kommissionen	1 Sitzung 21.3% - 2 Sitzungen 23.4%	0.5 - 46
Vereine	1 Sitzung 59.3% - 2 Sitzungen 22.2%	0 - 6
Repräsentationstätigkeiten	1 Mal 28.6% - 2 Mal 14.3%	0 - 20

Die „durchschnittliche“ Gemeinderätin nimmt im Monat an zwei Sitzungen des Gemeinderates, an zwei Kommissionssitzungen und an einer Vereinssitzung teil und erfüllt zusätzlich eine Repräsentationspflicht. Zehn Befragte geben zusätzliche Aktivitäten wie Krankenbesuche, Vorbereitungsarbeiten, Parteisitzungen, soziale Arbeit oder weitere Sitzungen an, dies durchschnittlich zwei Mal pro Monat. Die Zahlen entsprechen den Antworten von 27 (Vereine) bis 51 Gewählten (Gemeinderat).

Auch der konkrete Stundenaufwand ist je nach Gemeinderätin sehr variabel, macht er doch zwischen 8 und 130 Stunden pro Monat aus; das ergibt einen Durchschnitt von 35 Stunden (gewichtetes Mittel 22 Stunden). 10.2% der Gewählten (5 Personen) widmen ihrem Amt 15 Stunden pro Monat, 14.3% (7 Personen) 20 Stunden, 10.2% (5 Personen) 30 Stunden und 14.3% (7 Personen) 50 Stunden.

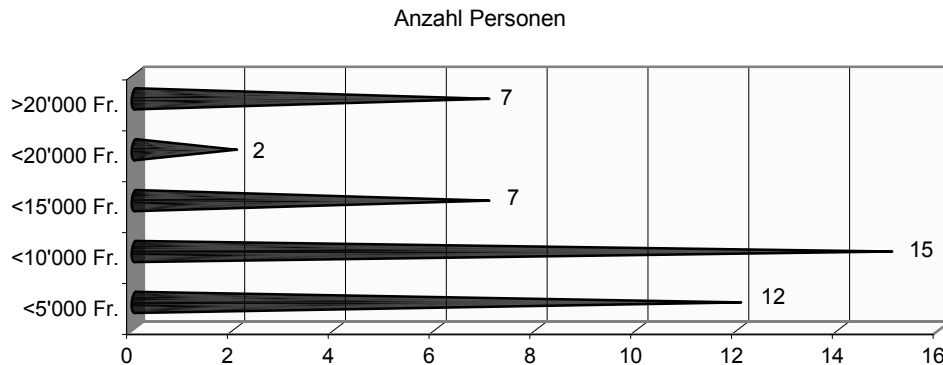


Aus der Frage nach der persönlichen Organisation bei der Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Erwerbsarbeit können aufgrund der wenigen Antworten keine allgemeingültigen Schlüsse gezogen werden.

Ein Amt auf Gemeindeebene ist, insbesondere in grossen Gemeinden, mit erheblichem Zeitaufwand verbunden. Entsprechend verlangt ein solches Engagement von den Betroffenen eine gezielte Organisation der Verfügbarkeit; aus diesem Grund sind funktionierende Netzwerke und eine wirksame Infrastruktur, auf welche die Gemeinderätin zählen kann, von entscheidender Bedeutung.

2. ENTSCHÄDIGUNGEN / SPESEN

43 Personen haben die Frage nach der jährlichen finanziellen Entschädigung beantwortet. Diese schwankt zwischen Fr. 800.-- und Fr. 35'000.--, was einen Durchschnitt von Fr. 10'512.-- ergibt (gewichtetes Mittel: Fr. 8'163.--).



27.9% (12 Personen) der Antwortenden erhalten weniger als Fr. 5'000.-- an jährlicher Entschädigung für ihre Arbeit auf Gemeindeebene. Die stärkste Gruppe, 34.9% (15 Personen), erhält zwischen Fr. 5'000.-- und Fr. 10'000.--. Schliesslich werden 16.3% (7 Personen) mit Fr. 10'000.-- bis 15'000.-- entschädigt und 4.7% (2 Personen) mit einem Betrag zwischen Fr. 15'000.-- und Fr. 20'000.--. 16.3% (7 Personen) erhalten mehr als Fr. 20'000.--. Die Spitze von Fr. 20'000.-- und mehr vereinigt alle höheren Einkommen, welche hauptsächlich die grösseren Walliser Städte betreffen.

Woraus sich diese Beträge zusammensetzen, kann nicht detailliert beschrieben werden. Ausserdem blieben in dieser Frage zahlreiche Fragebögen unvollständig (zwischen 8 und 29 Antworten je nach Angabe). Es ist deshalb nicht möglich, allgemeine Schlüsse zu ziehen: Pauschalentschädigung, Sitzungsgelder, spezifische Spesen- und Repräsentationsgelder fallen sehr unterschiedlich und in einem Verhältnis 1:200 aus.

Grundsätzlich müssen die grossen Unterschiede in den ausgerichteten Entschädigungen festgehalten werden. Werden die Beträge in Beziehung gesetzt zu finanziellen oder persönlichen Einschränkungen, die das Amt mit sich bringt, bleiben sie auf jeden Fall bescheiden.

3. INFRASTRUKTUR

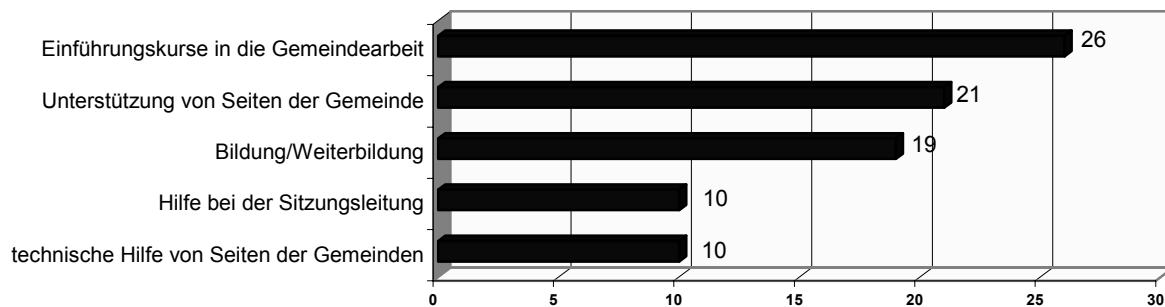
Um ihre Arbeit innerhalb der Gemeinde auszuüben, stützt sich mehr als die Hälfte der Gewählten (54.3% - 25 Personen) auf ihre eigene Infrastruktur, erst in zweiter Linie auf jene der Gemeinde (8.7% - 4 Personen). 32.6% (15 Personen) nützen sowohl ihre eigene als auch die Infrastruktur der Gemeinde.

Nahezu jede zweite Gemeinderätin (49% - 25 Personen) erledigt die administrative Arbeit gewöhnlich selbst, 39.2% (20 Personen) teilweise. Als Gründe werden Effizienz, einfachere Organisation, Zeitgewinn, Selbstständigkeit, verfügbare Zeit, mangelnde Infrastruktur der Gemeinde usw. angegeben.

Es ist offensichtlich, dass sich Gemeinderätinnen mit grossem persönlichem Einsatz ihrer Gemeindegewalt widmen. Sie scheuen sich auch nicht, sogenannte „kleinere Arbeiten“ wie Verfassen von Protokollen oder Korrespondenzen zu leisten. Ohne grosses Risiko kann behauptet werden, dass sie diese Arbeiten häufiger leisten als ihre männlichen Amtskollegen, die im Rahmen ihrer Arbeit oft

über ein Sekretariat verfügen. Die Arbeit erfordert also einen erheblichen Aufwand. Auf die Frage, was sie entlasten resp. ihre Arbeit effizienter gestalten könnte, nennen rund die Hälfte der Befragten von den vorgegebenen möglichen Massnahmen vor allem Einführungskurse in die Gemeindearbeit (26 Personen), mehr Unterstützung von Seiten der Gemeinde (40.4% - 21 Personen) und Bildung und Weiterbildung (36.5% - 19 Personen). 19.2% (10 Personen) wünschen Hilfe bei der Sitzungsleitung und technische Hilfe von Seiten der Gemeinde.

Massnahmen um Mandatsarbeiten effizienter zu gestalten



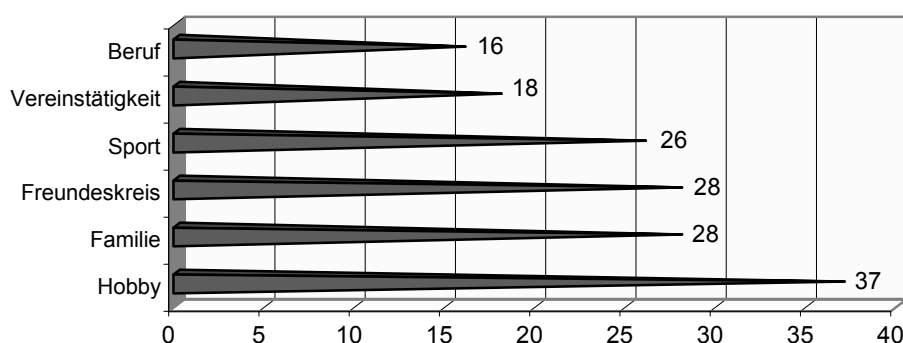
In den freien Antworten führen die Frauen den Wunsch nach vermehrter zeitlicher Verfügbarkeit und die Unterstützung der Partei an.

Schliesslich wünschen die Gemeinderätinnen mehr Unterstützung bei der Ausübung ihres Amtes. Verlangt werden insbesondere Bildung und Information; diese legitime Forderung scheint mit einfachen Mitteln realisierbar, sei es durch die Gemeinde selbst oder durch die Parteien.

4. EINSCHRÄNKUNGEN

Die in die Gemeindearbeit investierte Zeit bedeutet für die Gewählten Einschränkungen ihres Engagements andernorts. Die Frauen reduzieren in folgenden Bereichen:

Einschränkungen



71.2% (37 Personen) schränken sich bei den Hobbys ein, 53.8% (28 Personen) mussten bei der Familie und im Freundeskreis Abstriche machen, 50% (26 Personen) beim Sport, 34.6% (18 Personen) bei ihrer Vereinstätigkeit, 30.8% (16 Personen) schliesslich beim beruflichen Engagement. Es geht klar hervor, dass Einschränkungen als erstes im persönlichen Bereich, dann bei der Familie und schliesslich im Beruf erfolgen.

Interessant ist auch das Ausmass der Einschränkungen. An erster Stelle kommt der Sport, bei dem mehr als ein Viertel um bis zu 75% reduzieren mussten und fast ein Fünftel sogar zu 100%. Auch bei den Vereinigungen und Gesellschaften ist der Rückzug enorm, da rund ein Drittel sich total zurückgezogen hat. Im Erwerbsleben reduziert die Mehrheit um einen Viertel, was recht erheblich ist. Im Bereich der Hobbys reduziert die Mehrheit um einen Viertel, es gibt aber auch Frauen, die ihr Hobby total aufgeben. Im Bereich der Familie spricht die Mehrheit von einer Einschränkung von 25% bis 50%, einige mussten sich bis 75% zurückziehen.

Wir gehen nicht davon aus, dass Gemeinderätinnen, welche diese Frage nicht beantwortet haben, ihr Engagement in den genannten Bereichen nicht reduzieren mussten. 36 Personen haben die Frage nach beruflicher Reduktion nicht beantwortet, 34 Personen jene betreffend Vereine, 26 Personen für den Sport, 15 Personen für die Hobbys, 24 Personen für die Familie und den Freundeskreis. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Einschränkungen aufgrund eines politischen Mandats in erster Linie auf persönlicher Ebene, bei den Hobbys, beim Sport und bei der Zeit für die Familie und den Freundeskreis erfolgen. Diese Tatsache darf nicht verschwiegen und soll nicht verniedlicht werden, auch nicht im Vorfeld von Wahlen: Politische Arbeit ist mit teils erheblichem Zeitaufwand verbunden!

D/ POLITISCHE HERKUNFT

1. NÄHERES UMFELD

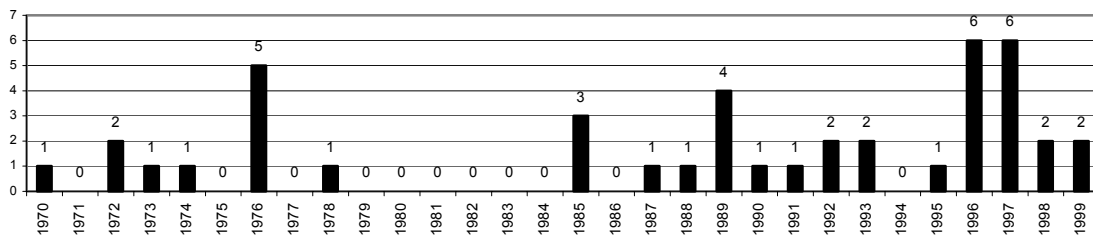
Interessanterweise und entgegen landläufiger Meinung entstammt die Mehrheit der Gemeinderätinnen nicht einem politisch engagierten Umfeld. 64.7% (33 Personen) entstammen einem nicht politisch engagierten Elternhaus, von 63.3% (31 Personen) ist der Partner nicht politisch tätig. Damit leben nur rund ein Drittel der Gewählten in einem politisch aktiven familiären Umkreis.

Bei den 36.7% (18 Personen), bei denen der Partner politisch tätig ist, werden als Engagement für den Partner insbesondere Mitgliedschaft in einer Partei resp. allgemeines politisches Interesse angegeben. Nur in sieben Fällen (13.5%) übt oder übte der Partner ein politisches Mandat aus.

2. BEITRITT ZU EINER PARTEI

Unter den Befragten sind fünf Parteilose. Die anderen sind seit durchschnittlich zehn Jahren Parteimitglied; die Jahre des Parteibeitrittes werden mit 1970 bis 1999 angegeben. Immerhin sind ein Viertel erst 1996 oder 1997 einer Partei beigetreten. Die anderen verteilen sich auf die letzten rund dreissig Jahre mit einer Spitze 1976 (5 Personen).

Anzahl Beitritte pro Jahr



Die Mehrheit der Befragten übt ihr Amt in der ersten Periode aus. Entsprechend ist eine Kumulation der Parteibeiträge in den Jahren 1996 und 1997 auszumachen. Ein guter Anteil der Gemeinderätinnen ist demnach im Rahmen der Wahlen einer Partei beigetreten. Interessanterweise kann diese Feststellung öfters gemacht werden. Offensichtlich treten Frauen einer Partei bei, weil sie sich politisch engagieren wollen – der umgekehrte Weg ist seltener.

Nur 3 von 46 Frauen haben einen Parteiwechsel vollzogen, die grosse Mehrheit, 93.5%, hat die Parteizugehörigkeit nie gewechselt.

3. EINFLUSS

3.1. Einflussfaktoren

Die Befragten waren aufgefordert worden, die Einflussfaktoren auf ihr Engagement nach Bedeutung zu ordnen. Um einen Überblick zu geben, haben wir jeweils die sieben Meistzitierten unten aufgelistet. Die Antworten müssen allerdings relativiert werden, da zwischen 18 und 33 Personen auf diese Frage nicht geantwortet haben. Die Bedeutung der Nichtantwort ist für uns nicht interpretierbar.

Die grössten Einflussfaktoren kommen :	Die kleinsten Einflussfaktoren kommen :
<ul style="list-style-type: none"> ▫ vom Partner 34.4% ▫ von ParteikollegInnen 31% ▫ von den Eltern 27.6% ▫ von FreundInnen/KollegInnen 14.7% ▫ von Frauenorganisationen 10.7% ▫ von ArbeitgeberInnen 10.5% ▫ von anderen Organisationen 4.3% 	<ul style="list-style-type: none"> ▫ von ArbeitgeberInnen 78.9% ▫ von anderen Organisationen 56.5% ▫ von Frauenorganisationen 39.3% ▫ vom Partner 21.9% ▫ von FreundInnen/KollegInnen 20.6% ▫ von den Eltern 17.2% ▫ von ParteikollegInnen 10.3%

Es fällt auf, dass die Frauenorganisationen als bedeutender Einflussfaktor nur eine geringe Rolle spielen, allerdings müssen sie ins Verhältnis gesetzt werden zu weiteren Faktoren. So sind andere Organisationen mit 4.3% und auch Freundeskreis, Kollegen und Kolleginnen mit 14.7% kaum häufiger bedeutend.

Als schwächster Einflussfaktor werden die Frauenvereinigungen mit 39.3%, die anderen Organisationen mit 56.5% zitiert. Die Einflüsse der Organisationen aus den verschiedenen Bereichen sind also deutlich eingeschränkt. Auffällig ist, dass als schwächster Einfluss Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber genannt werden. Die stärksten Einflüsse auf der anderen Seite entstammen eindeutig dem nahen privaten Umfeld (Partner 34.3% und Eltern 27.6%) und der Partei (31%). Wenn also das nähere Umfeld selber zwar mehrheitlich nicht politisch tätig ist, wirkt es doch beeinflussend auf die Gemeinderätinnen.

In den freien Antworten nennen die Frauen insbesondere den Einfluss ehemaliger Mandatsträger (sic!) sowie Argumente der Überzeugung, des Engagements oder ihr Interesse für die öffentliche Sache.

Die Entscheidung, sich politisch zu engagieren, scheint demnach eine sehr persönliche zu sein. Es geht vielmehr darum, die eigenen Kompetenzen und Überzeugungen in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, denn darum, diese in den Dienst einer Partei oder einer Organisation zu stellen.

Für die Parteien heisst dies, und dies ging aus einigen Antworten deutlich hervor, dass sie ihr Rekrutierungsfeld erweitern können und Kandidatinnen nicht ausschliesslich im eigenen Umfeld suchen.

3.2. Vorbilder

Die Antwort auf die Frage nach beeinflussenden Vorbildern fällt ernüchternd aus: Vorbilder fallen kaum ins Gewicht. 65.4% (34 Personen) haben kein politisches Vorbild. Nur 28.8% (15 Personen) liessen sich von einem Vorbild motivieren, seien dies Männer oder Frauen, und 5.8% (3 Personen) spezifisch von weiblichen Vorbildern.

Hier ist allerdings festzuhalten, dass Vorbilder oft unbewusst wirken. In diesem Fall ging es also vor allem um fehlende prägende Bilder wichtiger Personen. In diesem Sinn ist einmal mehr darauf hinzuweisen, dass das Vorbild einer oder mehrerer Frauen, die sich mit Erfolg engagieren, eine Motivation für andere Frauen darstellen kann. Jungen Frauen die Möglichkeit der Begegnung mit aktiven politischen Frauen oder auch ehemaliger Politikerinnen ermöglichen, kann diese ermutigen, ein eigenes politisches Engagement einzugehen.

4. MOTIVATION DER KANDIDATUR

4.1. Motivationsfaktoren

Bei den offenen Fragen verweisen die Gemeinderätinnen auf verschiedene Faktoren, die in vier Hauptgruppen klassiert werden können: Einsatz für die Gemeinschaft, die Tatsache, dass sie als Kandidatin angefragt wurden, die Erfahrung von früherer Gemeindearbeit und schliesslich der Aspekt Frau. Eine gute Zahl der Befragten berufen sich auf Ihren Willen, auf die Notwendigkeit oder die Verpflichtung, sich für die Gemeinde einzusetzen, in der sie leben. Lust, etwas zu verändern, die öffentliche Sache weiter zu bringen oder ganz einfach der Wunsch, die eigenen Ideen an entscheidenden Orten anbringen zu können, werden ebenfalls zitiert, ebenso wie die Tatsache, verfügbar zu sein, die Gesellschaft davon profitieren zu lassen. Diese eher ideologische Motivation macht sicher einen Teil jeden politischen Engagements aus, ist es aber doch wert, auch hier zitiert zu werden. Frauen engagieren sich „um die Sache vorwärts zu bringen“.

Eine sehr pragmatische Motivation zeigt jene Zahl der Gemeinderätinnen auf, die angibt, Kandidatin geworden zu sein, weil Parteien oder Personen sie danach gefragt haben. Einige geben an, regelrecht gedrängt worden zu sein, respektive nicht wirklich eine Wahl gehabt zu haben. Sie betonen, dass die Anfrage häufig sehr spät kommt, z.B. vier Tage vor der Listenhinterlegung. Einige Frauen waren Kandidatin, weil keine andere Frau auf der Liste stand. Wieder andere sind nachgerutscht oder wurden aufgestellt, weil noch ein Name auf der Liste fehlte. In diesem Fall ist es offensichtlich die Gelegenheit, welche Gemeinderätinnen macht!

Viele Frauen erwähnen den Aspekt ihrer persönlichen Erfahrung. Sie fühlen sich motiviert durch die Herausforderung durch ein Gemeinderatsmandat, durch ihr Interesse und die Bereicherung, die ein solches Mandat geben kann. Mehrere geben ihren Wunsch an, das Funktionieren auf Exekutivebene zu verstehen und von Innen nachzuvollziehen. Diese Frauen suchen in einem Gemeinmandat eine interessante Funktion und eine interessante Erfahrung.

Schliesslich wird auch das Argument Frau zitiert, unter verschiedenen Aspekten. Einmal finden die Gewählten die Präsenz mindestens einer Frau in diesen Gremien unabdingbar, damit auch eine andere Vision der Dinge eingebracht werden kann, eine vielleicht menschlichere, wie eine Frau zitierte. Sie wollen beweisen, dass Frauen diese Aufgaben mindestens so gut wie Männer leisten können und schliesslich wollen sie sich in ihrem Engagement als Gemeinderätin auch für die Sache der Frau einsetzen. Die Frauen engagieren sich also als Frau, um eine andere Sensibilität in den politischen Alltag zu bringen.

4.2. Perspektiven für die politischen Parteien

Für die Parteien, welche nach eigenen Aussagen oft und intensiv nach Kandidatinnen suchen, sind die Elemente, welche die Gemeinderätinnen als Motivation angeben, wichtige Aussagen für ihre Zukunft. Wenn Frauen wirklich für eine Kandidatur als Gemeinderätin gewonnen werden wollen, muss man ihnen rechtzeitig die Möglichkeit geben, sich auszudrücken, sich zu engagieren und ihre Sicht einzubringen. Ihr Wunsch, dies zu tun, ist klar formuliert worden.

Damit sie sich wirklich engagieren ist es wichtig, ihnen rechtzeitig und frühzeitig interessante Aufträge zu übergeben, ihnen Verantwortung zu erteilen und ihre Arbeit ernst zu nehmen; diese Erfahrung ist wichtig für zukünftige Kandidatinnen. Im weiteren haben sie klar angegeben: Sie wollen sich in allen Bereichen engagieren und nicht nur in jenen, die ihnen traditionellerweise zugestanden werden. Das Interesse an der zugeteilten Aufgabe ist entscheidend für die politische Zukunft.

Es braucht auch ganz einfach eine Ermutigung und einen gezielten Aufbau der Frauen. Frauen geben ihre politischen Ambitionen zurückhaltender bekannt als Männer. Aus diesen Gründen müssen sie gezielter und konsequenter angefragt werden. Schliesslich, und das ist sehr wichtig, müssen die betroffenen Instanzen bereit sein, die Kandidaturen zu akzeptieren und die Kandidatinnen auch wirklich zu unterstützen.

Frauen sollen nicht nur als Kandidatinnen sondern später auch als Gewählte begleitet werden. Hier spielen Vorbilder, auch weibliche Vorbilder, eine entscheidende Rolle. Für eine konkrete Unterstützung empfiehlt sich das Modell des Mentoring, das zur Motivation von Frauen besonders geeignet scheint.

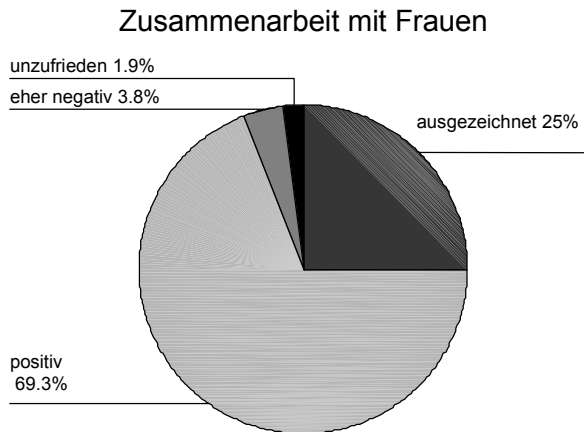
E/ UMFELD

1. ZUSAMMENARBEIT MIT FRAUEN

Die Einschätzung der Zusammenarbeit von Frauen mit Frauen ist oft mit Vorurteilen behaftet. Hartnäckig wird das Klischee weiter getragen, Zusammenarbeit unter Frauen funktioniere nicht. Diese Meinung gehört ins Reich der Vorurteile! Aus der Umfrage geht hervor, dass Frauen in der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinderatsmitgliedern durchaus auf Schwierigkeiten stossen, solche

ergeben sich aber sowohl in der Zusammenarbeit mit Frauen als auch in der Zusammenarbeit mit Männern. Wohl ist der Diskurs ein anderer. Daraus auf eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen Frauen zu schliessen, wäre allerdings falsch.

Die Resultate unserer Umfrage sprechen Klartext: Frauen arbeiten mit Frauen gut zusammen. Mehr als 94% (49 Personen) beurteilen ihre Zusammenarbeit mit Frauen als gut, davon 25% (13 Personen) als hervorragend und 69.3% (36 Personen) als positiv. Eine Person spricht von ungenügender Zusammenarbeit, zwei von eher negativen Erfahrungen in diesem Zusammenhang. Bemerkenswert ist, dass alle 52 Gemeinderätinnen diese Frage beantwortet haben.



2. UNTERSTÜTZUNG

Die Frage nach der Unterstützung und der Bedeutung der verschiedenen Unterstützungsformen führt zu folgenden Resultaten.

2.1 Stärkste und schwächste Unterstützung

Die vorgegebenen Instanzen waren entsprechend ihrer Bedeutung zu ordnen (Bedeutung 5 – 1, Mehrfachnennungen möglich) :

Die stärkste Unterstützung kommt :	Die schwächste Unterstützung kommt :
<ul style="list-style-type: none"> ▫ vom Partner - 44.7% ▫ von den Kindern - 38.2% ▫ von der Arbeitgeberin/vom Arbeitgeber - 27.8% ▫ von der Gemeindeinfrastruktur - 25% ▫ von ParteikollegInnen - 23.5% ▫ von der Bevölkerung - 20.5% ▫ vom Freundeskreis - 20% ▫ von RatskollegInnen - 19% ▫ von der Partei - 17.6% ▫ von politischen MandatsträgerInnen - 12% ▫ von GemeinderätInnen anderer Gemeinden - 10.5% ▫ von Netzwerken - 4.5% ▫ von frauenspezifischen Vereinigungen - 3.6% 	<ul style="list-style-type: none"> ▫ von frauenspezifischen Vereinigungen - 50% ▫ von Netzwerken - 36.4% ▫ von politischen MandatsträgerInnen - 36% ▫ von der Arbeitgeberin/vom Arbeitgeber - 33.3% ▫ von GemeinderätInnen anderer Gemeinden - 21.1% ▫ von der Partei - 17.6% ▫ vom Freundeskreis - 17.5% ▫ von RatskollegInnen - 14.3% ▫ von der Gemeindeinfrastruktur - 5.6% ▫ vom Partner - 5.3% ▫ von den Kindern - 2.9% ▫ von ParteikollegInnen - 2.9% ▫ von der Bevölkerung - 2.3%

Auffällige Bedeutung für die Unterstützung der Politikerinnen kommt der Familie zu, dem Partner (44.7%) und dem Kind respektive den Kindern (38.2%). Erstaunlicherweise werden auch ArbeitgeberInnen häufig genannt (27.8%), mehr noch als die Strukturen der Gemeinde (25%), ParteikollegInnen (23.5%) oder die Partei selbst (17.6%). Einmal gewählt, werden die GemeinderätInnen offensichtlich stärker von ihrem persönlichen Umfeld unterstützt denn von der Partei.

Auffällig ist ebenfalls die schlechte Rangierung der Frauenvereinigungen (3.6%), was allerdings bei Berücksichtigung der Bedeutung der übrigen Netzwerke (4.5%) relativiert wird. Aus durchaus verständlichen Gründen zitieren die Gewählten in erster Linie die persönlichen und unmittelbaren Unterstützungsformen. Wenn dies auch eine mögliche Erklärung für das schwache Abschneiden der Frauenorganisationen ist, müsste das Resultat die Frauenvereinigungen doch zum Überdenken ihrer Strategien anregen und Anlass für weiterführende Reflexionen bieten.

Unter umgekehrten Vorzeichen finden sich vergleichbare Resultate bei der Frage nach den Instanzen, die den Gewählten die schwächste Unterstützung zukommen lassen. Mit 50% werden die Frauenvereinigungen genannt, mit 36.4% die übrigen Netzwerke; auch die MandatsträgerInnen gewähren den Gewählten eine schwache Unterstützung (36%). Die Tatsache, dass auch ArbeitgeberInnen hier oft zitiert werden (33.3%) verdeutlicht, dass die Gewählten sehr unterschiedliche Erfahrungen machen (vergleiche vorausgehende Aussagen). Interessanterweise werden die ParteikollegInnen (2.9%) und die Bevölkerung (2.3%) in diesem Zusammenhang selten genannt, wenn sie offensichtlich auch keine grosse Unterstützung an die Gewählten leisten. Die Infrastruktur der Gemeinde erfüllt ihre Funktion offensichtlich nur ungenügend (5.6%).

Wie bereits bei den Einfluss- und den Motivationsfaktoren werden die politischen Instanzen im weiteren Sinn kaum als Ort der Unterstützung empfunden. Hier bietet sich für die Parteien ein Aktionsfeld an: Vermehrte Unterstützung motiviert Frauen mit Sicherheit, sich im politischen Leben zu engagieren. Es ist keine neue Erkenntnis, dass sich Frauen oft zu wenig zutrauen und sich dadurch von einem politischen Amt abhalten lassen. Durch gezielte Ermutigung und Unterstützung kann der Einsatz dieser Frauen gewonnen werden.

2.2 Hitparade der Unterstützung

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über jene Instanzen, die Frauen am stärksten unterstützen (Punkte 1-5; 5 für die stärkste Unterstützung):

Unterstützung des Partners	5 bei 44.7%
Unterstützung der Kinder	5 bei 38.2%
Unterstützung der RatskollegInnen	4 bei 38.1%
Unterstützung der Gemeindeinfrastruktur	4 bei 36.1%
Unterstützung der ParteikollegInnen	3 bei 32.4%
Unterstützung der Bevölkerung	3 bei 32.3%
Unterstützung des Freundeskreises	3 bei 35%
Unterstützung der Partei	3 bei 35.3%
Unterstützung der GemeinderätInnen anderer Gemeinden	3 bei 36.8%
Unterstützung der frauenspezifischen Vereinigungen	1 bei 50%
Unterstützung der Netzwerke	1 bei 36.4%
Unterstützung der politischen MandatsträgerInnen	1 bei 36%
Unterstützung der ArbeitgeberInnen	1 bei 33.3%

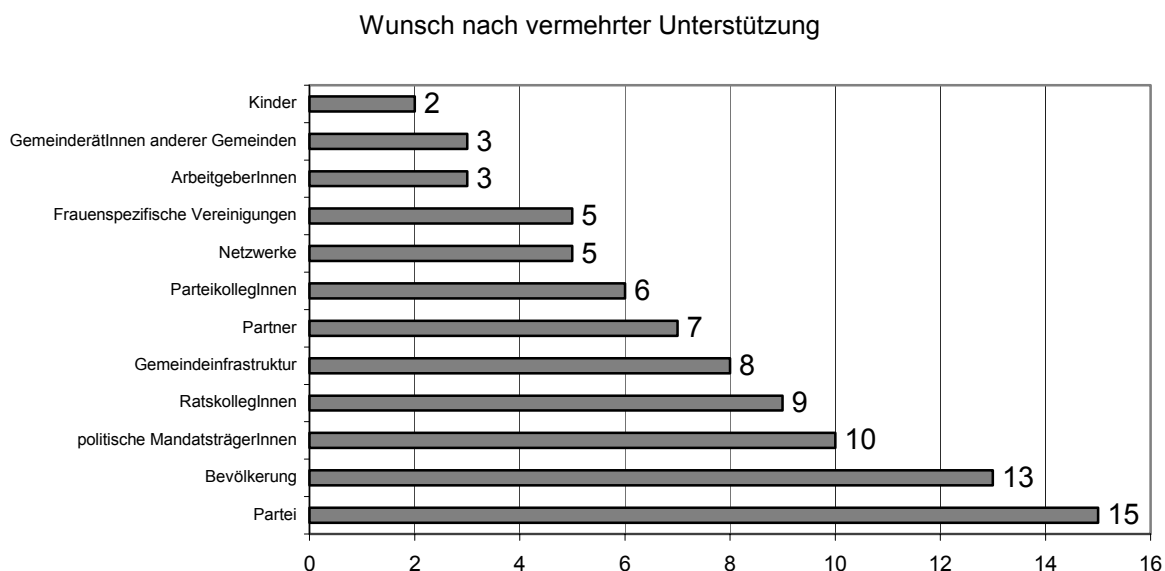
Die Punktezahl für jede Instanz schwankt bei den einzelnen Antworten von 1-5, die Tabelle zeigt für jedes Resultat den meisterzielten Wert (Lesart: Partner erhält 5 Punkte bei 44.7% der Antwortenden).

Wie oben erwähnt, wird aus der Tabelle deutlich, dass die Gewählten vor allem vom familiären Umfeld und vom Freundeskreis, erst in zweiter Linie vom Rat selbst, der Partei oder von Vereinigungen Unterstützung erfahren. MandatsträgerInnen werden ausgesprochen selten als unterstützende Kräfte genannt.

Es muss an dieser Stelle angeführt werden, dass auf diese Frage 18-44 Personen geantwortet haben. Die Frage nach der Unterstützung der ArbeitgeberInnen wurde von 18 Frauen, jene nach der Unterstützung der Frauenorganisationen von 28 GemeinderätInnen beantwortet. Die Aussagen fügen sich aber ausreichend in den übrigen Zusammenhang ein, um als durchaus repräsentativ gelten zu können.

2.3 Wunsch nach vermehrter Unterstützung

Ausgehend von den obigen Resultaten und im Hinblick auf die Entwicklung zukünftiger Strategien konnten die Gewählten angeben, von wem sie vermehrte Unterstützung wünschen.



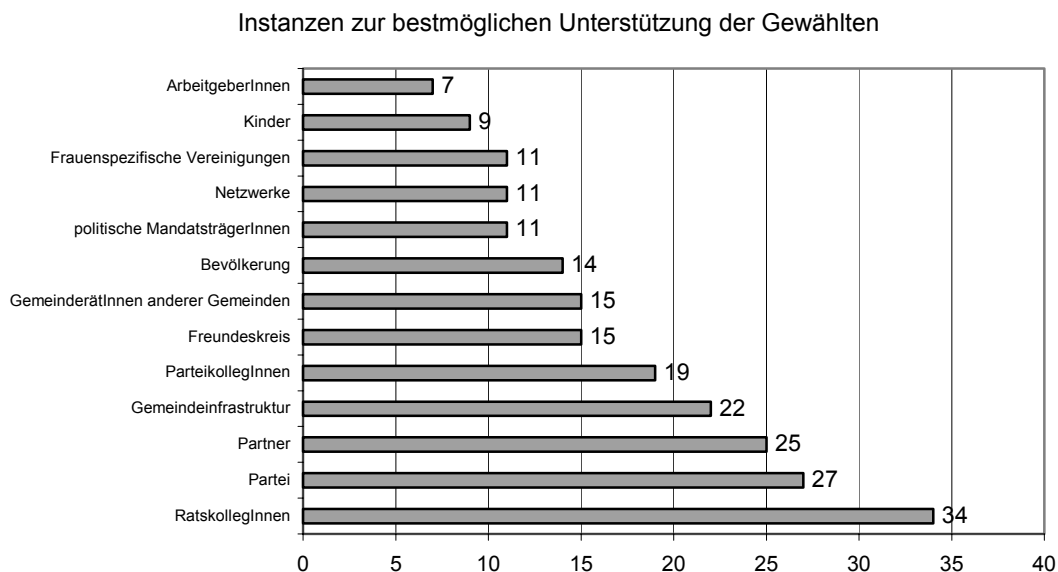
Die Aussagen sind klar: Die Gewählten wünschen sich an erster Stelle mehr Unterstützung von ihrer eigenen Partei, von den politischen MandatsträgerInnen und von den KollegInnen im Gemeinderat. Eine verstärkte Zusammenarbeit unter den PolitikerInnen scheint dringend notwendig.

Konkrete Erwartungen in Sachen vermehrter Unterstützung adressieren die Gewählten auch an die Bevölkerung.

Der Freundeskreis wird in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Auch wünschen die GemeinderätInnen nicht mehr Unterstützung von den Frauenorganisationen, obwohl diese offensichtlich keine grosse Stütze sind.

2.4 Instanzen zur bestmöglichen Unterstützung der Gewählten

Die Frage nach jenen Instanzen, welche neugewählte Gemeinderätinnen am wirksamsten unterstützen könnten, beantworteten die Befragten wie folgt:



An erster Stelle nennen die Gewählten ihr politisches Umfeld: die Partei und KollegInnen des Gemeinderats. Hier klaffen Wunsch und Wirklichkeit offensichtlich auseinander, da die Gewählten von genau diesen Instanzen nur ungenügend Unterstützung erhalten. Es mag von daher wenig erstaunen, dass die Zahl der gewählten Gemeinderätinnen tief bleibt. Demgegenüber sehen rund die Hälfte der Befragten in ihrem Partner jene Instanz, die sie am ehesten unterstützen kann; erfreulich ist, dass die Mandatsträgerinnen diese Unterstützung offensichtlich auch in hohem Masse erhalten (siehe oben).

Eine Feststellung drängt sich auf: Das Engagement für ein öffentliches politisches Mandat wird hauptsächlich durch persönliche Motivation angeregt und in erster Linie durch die private Umgebung unterstützt.

Im Bereich der Netzwerke wünschen die Gewählten von folgenden Instanzen verstärkte Unterstützung:

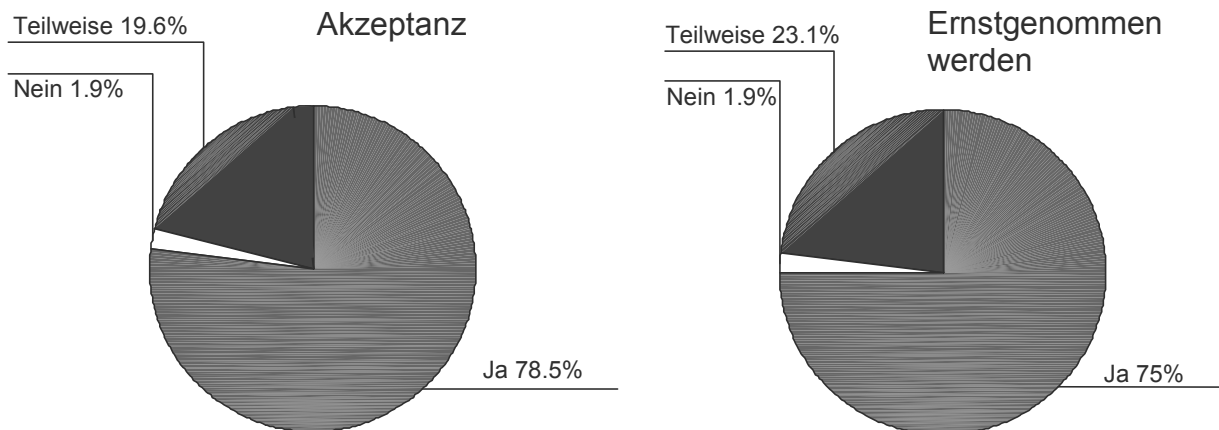
- von interkommunalen Netzwerken (26 Antworten auf 52), von thematischen Netzwerken (20), von parteiinternen (16) und überparteilichen Netzwerken (15), schliesslich von Frauennetzwerken (11).

Rund die Hälfte der Gewählten wünscht eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit. Dies bestätigt die bekannte Beobachtung, dass für viele Frauen die parteipolitische Zugehörigkeit weniger wichtig ist als eine lösungsorientierte Sachpolitik; in diesem Sinn erscheinen Zusammenarbeit und Realisierung gemeinsamer Zielsetzungen als primär.

3. AKZEPTANZ

Die Antwort auf die Frage nach der Akzeptanz durch die männlichen Kollegen fällt recht positiv aus, finden sich doch die grosse Mehrheit der Frauen, nämlich 78.5% (40 Personen) akzeptiert und 75% (39 Personen) ernst genommen.

19.6% (10 Personen) halten sich für nur teilweise akzeptiert und 1.9% empfinden sich als gar nicht akzeptiert, während 23.1% (12 Personen) in ihren Augen teilweise ernst genommen werden und 1.9% überhaupt nicht. Diese 1.9% stehen für eine Person.



Es versteht sich von selbst, dass die positive Antwort auf diese Fragen bei 100% liegen müsste. Andererseits werten wir die Resultate doch auch als deutliches Zeichen dafür, dass Gemeinderätinnen grundsätzlich nicht Alibifrauen sind und Frauen ihren Raum in der Politik einnehmen.

Die Mehrheit der Befragten hat sich ihren Platz im Rat geschaffen und fühlt sich akzeptiert. Als Wermutstropfen bleibt die zahlenmässig eindeutig zu schwache Frauenvertretung in den Gemeinderäten unseres Kantons.

Wir hoffen, dass die Resultate der Umfrage vermehrt auch Frauen ermutigen, in Zukunft ein politisches Mandat anzustreben.

F/ POLITISCHE AKTIVITÄTEN

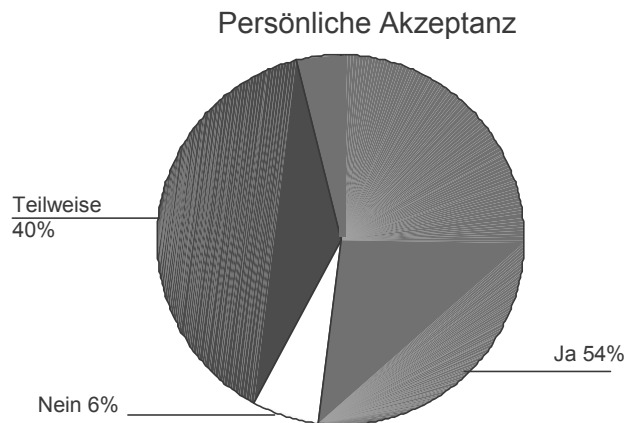
1. STRATEGIE UND ZIELSETZUNGEN

Die Gemeinderätinnen wurden gefragt, ob in ihrem Gemeinderessort eine langfristige Strategie, eine klar definierte Zielsetzung über mehrere Amtsperioden hinweg bestehe. In 25.5% (13) der betroffenen Gemeinden ist dies der Fall, in 45.1% (23) der Gemeinden teilweise.

Mehr als die Hälfte der Gewählten (56.4% - 22 Personen) können sich mit dem Programm absolut identifizieren, mehr als 1/3 teilweise (38.5% - 15 Personen). Das ergibt ein Total von fast 95%. Zwei Frauen können sich mit den Zielsetzungen in ihrer Gemeinde nicht identifizieren. Knapp die Hälfte der Gemeinderätinnen (47.4% - 18 Personen) finden die formulierten Zielsetzungen nützlich bei der

Ausübung des Mandates, rund 1/3 (34.2% - 13 Personen) finden sie teilweise nützlich. 18.4% (7 Personen) der Befragten finden die Zielsetzungen überhaupt nicht nützlich. Anzuführen ist, dass auf diese beiden Fragen nur 39 respektive 38 Frauen geantwortet haben.

Generell kann festgehalten werden, dass sich die Gemeinderätinnen mit den Zielen und den Strategien in ihrer Gemeinde identifizieren können. Entsprechend geben die Hälfte der Gewählten (54% - 27 Personen) an, sie seien mit ihrer Arbeit in der Gemeinde im Einklang. Für 40% (20 Personen) gilt dies nur teilweise und für 6% (3 Personen) überhaupt nicht.



Wenn auch die Mehrheit der Gemeinderätinnen mit ihrer Aktivität auf Gemeindeebene persönlich im reinen ist, müsste doch den Argumenten jener Gemeinderätinnen, die nur teilweise zufrieden sind (40%!), vermehrt Rechnung getragen werden. Bei dieser Frage spielt allerdings der parteipolitische Aspekt eine entscheidende Rolle: es ist oft schwierig, als Vertreterin einer politischen Minderheit mit der Gemeindepolitik einverstanden zu sein.

Nur zu 34.8% (16 Personen) finden die Gemeinderätinnen, dass frauen- und familienspezifische Fragestellungen in den Zielsetzungen der Gemeinde berücksichtigt werden, 54.3% (25 Personen) antworten mit „teilweise“. Auch in dieser Frage kann grundsätzlich eine positive Tendenz ausgemacht werden, es bleibt dabei unbestritten, dass noch sehr viel zu tun bleibt. Wir hoffen, dass das neue Jugendgesetz positive Änderungen bewirkt, insbesondere durch die Unterstützung der Realisierung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen. Die Forderung nach adäquaten Betreuungsstrukturen wird in Frauen- und Familienpolitik seit Jahren vehement formuliert.

Grundsätzlich sind die befragten Frauen mit ihrem Engagement auf Gemeindeebene zufrieden. Andererseits muss klar festgehalten werden, dass das Resultat bedeutend besser ausfallen könnte: Mandatsträgerinnen müssten sich vollständig und nicht nur teilweise mit der Arbeit in ihrer Gemeinde identifizieren können. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre nebst vermehrtem politischen Engagement vor allem auch die Wahl einer weit höheren Zahl von Frauen ein wichtiger Trumpf.

2. ZURÜCKHALTUNG IM POLITISCHEN ENGAGEMENT

Beim Versuch, Gründe für das zurückhaltende Engagement der Frauen im politischen Leben auszumachen, wurden den Gemeinderätinnen mögliche Argumente vorgegeben, die sie mit einer Punktezahl von 1 bis 5 zu bewerten hatten (Spannweite von „überhaupt nicht“ bis „stimmt absolut“).

Die folgende Auflistung zeigt die signifikanten Resultate:

Politik gilt nach wie vor als reine Männerangelegenheit	89.7% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5 Punkte)
Geschichtlich bedingt	58.6% bestätigen die Aussage absolut (4 und 5), 27.5% nicht (1 und 2)
Fehlende Unterstützung der Frauen untereinander	87.1% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5, 35.9% mit 5), 12.8% nicht (1 und 2)
Mangelndes politisches Interesse der Frauen	86.6% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5), 13.3% nicht (1 und 2)
Mangelndes Vertrauen in eigene Person	89.2% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5), 10.8% nicht (1 und 2)
Negative Erfahrungen / Scheitern führender Schweizer Politikerinnen	51.6% bestätigen die Aussage nicht (1 und 2), 35.5% sind geteilter Meinung (3), 13% bestätigen die Aussage (4 und 5)
Fehlende Zeit aufgrund von Familienverpflichtungen	88.9% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5), 11.1% nicht unbedingt (2); einzige Aussage, der sich keine Frau absolut widersetzt hat (1 kommt nicht vor).
Förderung des Mannes innerhalb der Familie hat Vorrang	75.6% bestätigen die Aussage (zwischen 3 und 5), 24.3% nicht (1 und 2)
Fehlende oder mangelnde Aus- und Weiterbildung der Frau	41% sind geteilter Meinung (3), 28.2% bestätigen die Aussage absolut (4 und 5) und 30.7% nicht (1 und 2)

Frappant ist das nach wie vor erhebliche Gewicht von Tradition und Gewohnheit; Politik bleibt in den Köpfen weitgehend eine Männerdomäne. Dabei scheint es, dass Frauen dieses Bild durchaus verändern könnten - mit mehr Selbstvertrauen, mehr Interesse, mehr Unterstützung. Auf der andern Seite wirkt sich der Zeitmangel vor allem im Zusammenhang mit dem Familienleben verheerend aus: Ohne konkrete Lösungen im Bereich der Kinderbetreuung und vor allem auch ohne eine wirklich praktizierte Aufgabenteilung in der Familie bleibt ein Engagement der Frauen auch langfristig problematisch und schwierig.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch das Argument, zu wenig Unterstützung von anderen Frauen zu bekommen. Es scheint, als ob Frauen oft ausgesprochen viel - vielleicht zu viel von ihren Geschlechtsgenossinnen erwarten. So wird auf der einen Seite die Unterstützung durch andere Frauen als zu schwach beurteilt, während auf der andern Seite die Auswertung vorausgehender Fragen zeigt, dass die Gemeinderätinnen mit der Zusammenarbeit und der Unterstützung anderer Frauen durchaus zufrieden sind.

Vorurteile bleiben also lebendig und prägend: Die Mehrheit der Frauen schätzt, dass in den Köpfen vieler die Politik eine Männerdomäne geblieben ist. Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, eine grössere Anzahl von Frauen zu interessieren, dies gilt insbesondere für die jungen Frauen. Der notwendige Bewusstseinswandel harzt, geht nur langsam voran. Aus diesem Grund sind konkrete Massnahmen unerlässlich; so müssen beispielsweise die Parteien Frauen ganz besonders ermutigen und unterstützen. Ohne gezielte Programme wird unser Kanton in Sachen Frauenvertretung im öffentlichen Leben weiterhin ein schlechtes Bild abgeben.

In den offenen Fragen erklärten die Gewählten das oftmals mangelnde Interesse der Frauen für die Politik mit folgenden Argumenten:

- Belastung durch die Arbeit
- zu erwartende Kritik
- Zeitmangel
- Egoismus der Gesellschaft
- Mangelndes Verantwortungsbewusstsein
- konfliktgeladene Walliser Politik
- patriarchale Struktur in unserem Kanton
- Mangel an Vorbildern und mangelnde Unterstützung der Parteien

Die Antworten bestätigen, was vorausgehend festgehalten worden ist: Die Parteien müssen sich vermehrt investieren, um die Frauen besser zu integrieren und so das politische Leben zu verändern. Ein nachhaltiger Wandel setzt ein besseres Bewusstsein der Situation und radikale Massnahmen voraus. Ohne konkrete Frauenförderungsprogramme laufen wir nicht nur Gefahr, dass sich die Situation nicht weiterentwickelt, sondern auch, dass der Anteil der Frauen in öffentlichen Ämtern weiter sinkt.

3. AMTSWEG UND BEEINFLUSSUNG

Mehr als die Hälfte der Gewählten (54.9% - 28 Personen) geben an, oft mit persönlichen Fragen oder als Privatperson angegangen zu werden. Bei 45.1% (23 Personen) geschieht dies selten.

Bei 2/3 (34 Personen) der Gewählten halten sich die BürgerInnen kaum an den Amtsweg, um ihnen ihre Anliegen zu unterbreiten, die offiziellen Wege werden bei 1/3 (17 Personen) respektiert. Im weiteren gaben 17.6% (9 Personen) an, dass regelmässig versucht wird, ihre Meinung durch Anrufe zu beeinflussen. 82.4% (42 Personen) machen diese Erfahrung selten.

Diese Antworten mögen deutlich machen, weshalb Frauen ein Engagement in der Öffentlichkeit oft zurückhaltend angehen. Wenn auch Männer diese Erfahrungen teilen, lassen sich doch Mandatsträgerinnen offensichtlich von mangelndem Respekt und mangelnder Sympathie von seiten der BürgerInnen besonders stark in ihrer Persönlichkeit treffen.

G/ PERSÖNLICHE EMPFINDUNGEN

1. FAMILIÄRE VERPFLICHTUNGEN

Es ist nicht neu, dass es insbesondere für Frauen mit vielfältigen Familienaufgaben besonders schwierig ist, sich in der Politik zu engagieren. Auf die Frage, ob in ihrem Amt als Gemeinderätin Rücksicht auf die vielfältigen Familienaufgaben genommen werde, antworteten die Gewählten wie folgt :

	<i>ja</i>	<i>nein</i>
Sitzungszeiten	45.5%	54.5%
Wochenendveranstaltungen	36.1%	63.9%
Repräsentationen	31.4%	68.6%
Schulferien	68.8%	31.3%

Offensichtlich wird familiären Verpflichtungen nur minimal Rechnung getragen, eine Ausnahme bilden hier die Schulferien (welche ebenso die Väter wie die Mütter betreffen). In diesem Fall wird immerhin in mehr als 2/3 der Fälle Rücksicht genommen. Anzuführen ist, dass nur zwischen 32 und 44 Antworten auf diese Frage eingegangen sind.

2. GRÜNDE FÜR POLITISCHES ENGAGEMENT UND WAHL

Die Gemeinderätinnen wurden gefragt, welche Bedeutung die nachfolgenden Faktoren für ihre Wahl gehabt haben. Die Gewählten gewichteten die vorgegebenen Faktoren wie folgt :

	Eher gross oder sehr gross	Eher klein oder sehr klein	Nicht vor- handen
Im Beruf erworbene Kompetenzen	75.6%	14.6%	9.8%
Unterstützung durch die Partei	69.4%	11.1%	19.4%
Unterstützung durch privates Umfeld	64.3%	35.7%	-
Mitarbeit in kulturellen, gemeinnützigen Organisationen	60%	37.5%	2.5%
Verankerung in der politischen Gemeinde	58.9%	33.4%	7.7%
Öffentliche Bekanntheit Ihrer Person	53.8%	28.2%	17.9%
Frauenbonus bei der Bevölkerung	50%	37.5%	12.5%
Durch Beruf geschaffenes informelles Beziehungsnetz	32.3%	44.1%	23.5%
Prestige und Bekanntheit des Partners	27.2%	42.4%	30.3%
Gutes politisches Beziehungsnetz	24.2%	39.5%	36.4%
Langjährige Parteiarbeit	24.2%	21.1%	54.5%
Unterstützung durch Frauengruppen/ -organisationen	14.3%	42.9%	42.9%
Unterstützung durch Arbeitgeber/ Berufsorganisationen	10.7%	35.8%	53.6%

In den freien Antworten gab eine Gemeinderätin ihre Motivation an, die Vertretung der Frauen im öffentlichen Leben zu unterstützen sowie den Wunsch der Partei, eine Frau in der Gemeindeexekutive zu haben.

Wir stellen fest, dass beruflich erworbene Kompetenzen, die Unterstützung der Partei und des privaten Umfeldes entscheidende Wahlfaktoren für die Frauen sind. Auch Mitarbeit in kulturellen oder gemeinnützigen Organisationen und die Verankerung in der politischen Gemeinde sind für die Frauen wichtig. Es scheint, dass die Unterstützung der Partei für die Wahl zwar wichtig ist, dass diese sich nach der Wahl aber leise verabschiedet, wie wir bereits festgestellt haben. Die Unterstützung aus dem privaten Umfeld dagegen bleibt entscheidend (dieses Kriterium wurde von den Gemeinderätinnen als einziges in keinem Fall als unbedeutend bezeichnet).

Nebst den im Beruf erworbenen Kompetenzen, der Unterstützung der Partei und der Mitarbeit in kulturellen und gemeinnützigen Organisationen ist dem Faktor Frau in einem von zwei Fällen grosse Bedeutung zuzumessen.

Andererseits ist eine langjährige Parteiarbeit offensichtlich kein entscheidendes Argument. In unserem Kanton fallen die Parteien kaum mit einer überzeugenden Arbeit zur Frauenförderung auf. Im weiteren ermuntern auch ArbeitgeberInnen ihre Angestellten kaum zu einem politischen Engagement. Auch die spezifische Unterstützung durch Frauen hat keine signifikante Auswirkung auf ein Engagement im politischen Leben.

Auf diese Fragen antworteten nur zwischen 28 und 42 der Befragten, was die Antworten etwas relativiert.

3. ZUFRIEDENHEIT UND SCHWIERIGKEITEN

3.1 Positive und negative Aspekte des Gemeindevandats

Aus der vorliegenden Befragung geht unmissverständlich hervor, dass die Befragten ihr Amt mit Freude ausüben. Am meisten Freude bereitet den Gemeinderätinnen (Mehrfachnennungen möglich):

- Aktive Gestaltung der Gemeinde (78.8%)
- Interessante, vielfältige Aufgabe (73%)
- Verantwortung übernehmen (63.4%)
- Intellektuelle Herausforderung/Fähigkeiten anwenden (50%)
- Gleichstellungsanliegen der Frauen durchsetzen (40.3%)
- Rahmenbedingungen für eine gute Wohnqualität und ein gutes Arbeitsumfeld zu schaffen (25%)
- Im Zentrum des Geschehens stehen (17.3%)

Wir stellen mit Befriedigung fest, dass sich - quer durch alle Parteien - mehr als 40% der Frauen mit Freude für die Förderung der Gleichstellung einsetzen. In den freien Antworten führen 3 Frauen an, dass sie mit Freude den Kontakt zur Bevölkerung pflegen (parteiübergreifend) und durch ihre Arbeit aufzeigen wollen, dass Frauen fähig sind, solche Ämter auszuüben.

Selbstverständlich gibt es auch Schwierigkeiten in der Tätigkeit als Gemeinderätin. Wichtig sind die folgenden:

- Mangelndes Interesse der Bevölkerung (51.9%)
- Kaum positive Rückmeldungen (34.6%)
- Nicht sachlich, sondern politisch motivierte Entscheidungen (32.6%)
- Gerede, Gerüchte über Gemeinderat und seine Beschlüsse (30.7%)
- Zu wenig Wertschätzung der geleisteten Arbeit (26.9%)
- Zusammenarbeit innerhalb des Gemeinderates (25%)
- Exponiert, Kritik ausgesetzt sein (21.1%)
- Fehlender Wille des Gesamtrates, die Gemeinde nach neuzeitlichen Führungskriterien zu organisieren (17.3%)

Es ist auffallend, dass den Gemeinderätinnen an erster Stelle das mangelnde Interesse der Bevölkerung schwerfällt. Möglicherweise liegt darin ein Unterschied zwischen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten? Entsprechend bedauern Frauen auch, dass kaum positive Rückmeldungen kommen. Auch politisch statt sachlich motivierte Entscheidungen oder die Gerüchte über den Gemeinderat und seine Beschlüsse bereiten Schwierigkeiten. Elemente, ohne die eine Politik nicht realistisch erscheint, welche aber von den Frauen besonders deutlich abgelehnt werden.

3.2 Andere Frauen motivieren

Gemeinderätinnen machen in ihrem Amt positive und negative Erfahrungen. Sie konnten deshalb angeben, mit welchen Argumenten sie bei Frauen für die politische Arbeit in der Gemeinde werben würden.

Ihre Vorschläge :

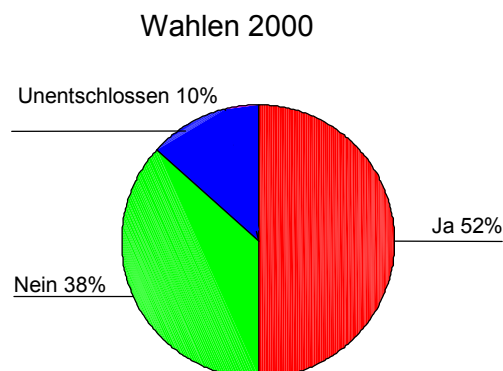
- Das Engagement in der Gemeinde ist eine Bereicherung,
- bietet interessante persönliche Erfahrungen,
- viele Kontakte mit verschiedenen Leuten,
- bietet Gelegenheit, die eigenen Kompetenzen einzubringen und sich mit Fragen auf politischer Ebene auseinander zu setzen,
- die Gemeindearbeit ist abwechslungsreich,
- bietet Gelegenheit, Entscheidungen zu fällen und seine Ideen einzubringen,
- ist ein Engagement, ein Dienst an der Gemeinde, fast eine Verpflichtung.
- Politik betrifft alle, ist die Angelegenheit aller,
- sich zu engagieren ist die einzige Möglichkeit, sich in der Gesellschaft zu behaupten.

Abgesehen von diesen Argumenten, welche stark von persönlichen Erfahrungen geprägt sind, führten die Gemeinderätinnen auch frauenspezifische Argumente an: So finden sie es wichtig, dass Frauen sich engagieren und damit zeigen, dass sie fähig für solche Ämter sind. Aber auch, um ihre eigene Perspektive in die politischen Entscheide einbringen zu können: Frauen haben eine andere Lebenserfahrung als Männer und bringen andere Sichtweisen ein. Im weiteren wird die politische Arbeit als wertvoll bezeichnet, als eine Erfahrung, die das Selbstbewusstsein der Frauen stärkt. Selber mitentscheiden, politisieren ist die beste Art, sich für die Rechte der Frauen einzusetzen und eine bessere Vertretung von Frauen und Männern in allen Entscheidungsgremien zu erreichen. Eine Gemeinderätin führt an, dass Frauen sich nicht ans männliche Funktionieren anpassen sollen. Frauen haben ihre eigene Art zu politisieren und sollen diese auch nach der Wahl erhalten. Frauen haben eine menschlichere Vision einzubringen, sie können zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen.

Eine Anmerkung zum Schluss: Eine Gemeinderätin fand, es gebe kein Argument, Frauen für die politische Arbeit in der Gemeinde anzuwerben...

4. ERNEUERUNG DES MANDATS

Gut jede zweite befragte Gemeinderätin strebt im Dezember 2000 eine Erneuerung ihres Mandats an (52% - 26 Personen), 38% (19 Personen) stellen sich nicht mehr zur Wahl, während 10% (5 Personen) Ende August 2000 noch unentschlossen sind. 2 Antworten stehen aus.



Gründe, kein weiteres Mandat anzustreben, sind persönlicher (31.6% - 6 Personen), familiärer (15.8% - 3 Personen) und vor allem beruflicher Natur (52.6% - 10 Personen). Weitere Gründe sind: "wenig konkrete Handlungsmöglichkeiten", "24 Jahre sind genug", "verpolitisierte Atmosphäre", "Bremsklotz in der beruflichen Entwicklung", "notwendiger Turnus", "Ärger mit dem rechten Bürgerblock". Beruflichen Argumenten kommt besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist auch der deklarierte

Wille, politische Macht nicht zu monopolisieren und Rochaden zu unterstützen. Frauen wollen nicht Sesselkleberin sein, einige schlagen sogar eine beschränkte Mandatsdauer für alle Mandate vor.

Erfreulich auch die Feststellung, dass die Mehrheit der Mandatsträgerinnen ein weiteres Mandat anstrebt, und zwar aus folgenden Gründen:

- "die begonnene und noch nicht beendete Arbeit fortführen" (sehr oft zitiert), "Vergnügen", "weil es Jahre braucht, um effizient arbeiten zu können", "verbessern, was in vier Jahren geleistet worden ist", "für Frauen und Männer arbeiten", "Verantwortung wahrnehmen", "weil ich gerne mit Leuten arbeite", "noch mehr positive Erfahrungen machen", usw.

Die Gemeinderätinnen scheinen mit ihrem Amt weitgehend zufrieden zu sein. Sie wollen weiterhin als Gemeinderätin amtieren, insbesondere, um Projekte zu realisieren und die Lebensbedingungen in ihrer Gemeinde zu verbessern. Ihr Engagement ist geprägt vom Wunsch, die Zielsetzungen ihrer Gemeinde umzusetzen und die in den letzten Jahren begonnene Arbeit weiterzuführen.

H/ SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. FRAUEN IM POLITISCHEN LEBEN 1988-2000 - VERSUCH EINER GEGENÜBERSTELLUNG

Unter dem Titel *Frau und Politik im Wallis* veröffentlichte die Kantonale Kommission zum Studium der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Frau im Jahre 1988 einen ersten umfassenden Bericht über die Situation der Frauen im politischen Leben unseres Kantons. Es schien uns interessant, die Resultate der aktuellen Studie mit jenen von 1988 in Beziehung zu setzen. Wir danken Ines Mengis, die bereits 1988 als Mitglied der Studienkommission wesentlich an der Entstehung des Berichts mitgearbeitet hatte, für ihren Versuch der Gegenüberstellung.

1.1 Frauen und Politik im Wallis 1988 und 2000

Der Bericht *Frau und Politik im Wallis* vom Mai 1988 (im folgenden: Bericht I) und die Befragung der Gemeinderätinnen vom August 2000 (im folgenden: Bericht II) können nicht in den Einzelheiten miteinander verglichen werden, sondern nur in den Tendenzen, die aus den Antworten resultieren.

Der Fragekatalog ähnelt sich, ist aber nicht genau gleich - und vor allem ist die Auswertung verschieden. Der Bericht I spricht nicht genau von der Anzahl Befragten, es müssen an die 400 sein, wie viele Fragebogen tatsächlich beantwortet wurden, ist nicht angeführt. Man kann aber annehmen, dass die Antworten repräsentativ sind. Der Versuch einer Gegenüberstellung will dennoch gemacht werden.

Bericht I spricht von der Beteiligung der Walliser Frauen in allen politischen Ämtern (auch im Generalrat), Bericht II betrifft ausschliesslich die amtierenden Gemeinderätinnen. Darum richten wir uns im grundsätzlichen Vergleich aus Bericht I nach den Aussagen der politisch mandatierten Frauen generell, während sich Bericht II auf die Gemeinderätinnen bezieht, dreissig Jahre nach der Einführung des Eidgenössischen Wahl- und Stimmrechtes für Frauen.

In der Legislatur 1984 - 1988 zählte man im Wallis 53 Gemeinderätinnen, 87 Frauen hatten kandidiert (1972: 139 Kandidatinnen - 53 Gewählte). Das hierarchisch höchste Mandat für Frauen war das Amt der Vizepräsidentin. Frauen wurden eher in kleinen Gemeinden mit Majorzsystem gewählt. Dieses System hat weniger mit harten parteipolitischen Ausmarchungen zu kämpfen und in kleinen Gemeinden „rief“ man eher nach Frauen.

Im August 2000 ging der Fragebogen an alle 141 amtierenden Gemeinderätinnen. 52 der anonym gehaltenen Befragungen, also 36.88%, kamen ausgefüllt zurück. Auf diese stützen sich die folgenden Aussagen. Es finden sich Aussagen von 2 Präsidentinnen, 14 Vizepräsidentinnen und 35 Gemeinderätinnen.

Für 88.4% ist dieser Einsitz im Gemeinderat das erste, maximal das zweite Mandat. Frauen sind kurzzeitige Mandatsinhaberinnen, machen eher wieder Platz (oder leiden zu sehr an Doppel- und Mehrfachbelastung). 7.7% der Gewählten hatten vorher schon ein Mandat, drei im Grossrat, eine als Vizerichterin. Doppelmandate nehmen 13.5% der Gemeinderätinnen ein, drei Grossrätinnen, zwei Suppleantinnen und zwei Burgerrätinnen.

1.2 Persönliche Situation

Alter: Bericht I bezeichnet ein mittleres Alter von 35-40 Jahren; es findet sich ein hoher Prozentsatz an Frauen über 60 (17.3%), aber nur ein geringer an Frauen unter 25 Jahren (3.2%). Durchschnittlich haben die Befragten aus dem Bericht I 2-3 Kinder; die Hälfte bereits selbstständig.

Bericht II: Das Durchschnittsalter beträgt 46 Jahre, nur drei der Befragten waren älter als 55, eine von fünf Gewählten ist jünger als 40.

Familiensituation: Bericht I: Die Aufgabenteilung in der Familie praktiziert sich bei rund 50%, sie variiert bei diesen zwischen *regelmässig* (42.9%), *vereinzelt* (16.7%), *nur anfänglich* (2.6%) (Vorbehalten bleibt bei dieser Frage eine hohe Dunkelziffer, 37.8% jener Mandatsträgerinnen, die eine praktizierte Aufgabenteilung angaben, machten keine weiteren Angaben!).

Bericht II: 78% der Befragten haben Kinder, grösstenteils erwachsene, 3 haben Kleinkinder und 9 Schulkinder. Infolge Mangel an Einrichtungen wie Kinderhütendienst und Krippen ist es für junge Frauen schwierig, ein politisches Mandat zu übernehmen.

Die Frage nach der persönlichen Situation der Frau wird im Bericht I nicht gestellt.

Bericht II spricht von 76% der Befragten als verheirateten, 14% ledigen und 10% getrennt lebenden oder geschiedenen Frauen.

Erwerbstätigkeit: Bericht I: Zwei Drittel der Befragten üben ganz oder teilweise eine Erwerbstätigkeit aus, die wöchentliche berufliche Tätigkeit macht zwischen 10 (14 Personen) und 30 und mehr Stunden (42 Personen, weit mehr im Unterwallis als im Oberwallis) aus.

Bericht II: Viele Gemeinderätinnen sprechen von beruflicher Arbeit zwischen 25% und 75%, sehr variabel je nach beruflicher Tätigkeit. Im freiberuflichen Sektor findet man öfters auch Vollberufstätige. 42.3% (22 Personen) sind Hausfrauen und / oder Familienmütter. Aufgabenteilung mit Partner geben 59.3% an, 14.8% sind allein für die Kinderbetreuung verantwortlich, 25.9% beauftragen andere Personen.

Arbeitsteilung im häuslichen Bereich ist und bleibt wichtige Voraussetzung zur Förderung der Frauen in politischer und beruflicher Tätigkeit.

1.3 Zuweisung der politischen Arbeit in den Gemeindebehörden

Bericht I nennt keine Zahlen, aus den Fragebögen geht hervor, dass 63.8% der Befragten es negativ erfahren, gemäss festgefahrenen Schemas zugewiesen zu werden, d.h. vor allem in den sozialen Bereich (Soziales, Schule, Gesundheitswesen); aufgrund ihrer vielseitigen Interessen möchten sie das breite Spektrum politischer Arbeit kennenlernen und haben sich bei der Ämterzuweisung gegen Männerambition (Prestige) zu behaupten.

Bericht II stellt fest, dass Frauen praktisch in allen Bereichen eingesetzt werden, aber sehr stark in den traditionellen: Schule 29, Energie 1, Gesundheit 25, Planung 2, viel weniger zahlreich in den sogenannten männlichen Bereichen also. Man bedauert dies durchwegs, eine echte politische Mitarbeit und Frauenförderung schliesst diese traditionelle - fast ausschliessliche - Zuweisung der Bereiche von Kinder, Küche, Kirche an die Frauen aus.

Es zeigt sich eindeutig, dass die Mehrheit der Frauen von der Stellung, die man ihr zuweist, absolut nicht befriedigt ist; und sie weigert sich, wie obgenannt kanalisiert zu werden. Frauen haben vielseitige Veranlagung. Politik und Ökonomie müssen den Frauen ihre „Türen“ öffnen, um von ihrem Potenzial zu profitieren.

Aus den gelieferten Zahlen kann man herauslesen, dass bei den mandatierten Frauen bezüglich Ämterzuweisung eine deutliche Unzufriedenheit besteht. Sie werden sich vehement für eine Verbesserung der Situation einzusetzen haben!

Bericht I liefert diesbezüglich keine Zahlen, zu den Tendenzen siehe oben. Allerdings wird die Frage nach der persönlichen Bewertung der politischen Arbeit bei 71.2% der Mandatierten als positiv bewertet.

1.4 Doppel und Mehrfachbelastung und deren Konsequenzen

In dieser Frage bieten die beiden Berichte ähnliches Material und können daher gegenübergestellt werden. Die Frage überschneidet sich weitgehend mit dem Bereich Partnerschaft und Haushalt.

Bericht I: Aufgabenteilung unter Partnern und erwachsenen Kindern funktioniert bei 55.1% gegenüber 23.1% wo dies nicht praktiziert wird und die Mehrfachbelastung die Mandatsträgerinnen stark fordert. Regelmässige Hilfe erfahren 42.9%, vereinzelt 16.7%; dementsprechend erfahren diese Frauen ihre Verpflichtungen als zu stark (27.6%) oder erträglich (60.9%; ohne Angaben 11.5%).

Freizeit wird massgebend spärlicher und eigenste Interessen kommen meist zu kurz. Genügend Freizeit haben noch 71.12%, ungenügend 17.9%; die übrigen schweigen sich darüber aus.

Auch die soziale Tätigkeit, Freunde, Umfeld, Kontakte, scheint nicht allzusehr zu leiden. So erklären 68.6% genügend Zeit, 21.8% zuwenig Zeit dafür aufwenden zu können. Da sowohl der Partner 53.2% wie die Kinder 69% die politische Arbeit der Frau und Mutter befürworten, sind die Schuldgefühle dementsprechend nur bei 17.9% gegenüber 64.2% der Frauen vorhanden.

Bericht II: Auch in diesem Bericht geben nicht alle Befragten Antwort auf die Frage, wo der eigentliche Verzicht liegt. Im beruflichen Arbeitsbereich gibt es eine Verminderung zu 25%, sehr stark muss die sportliche Tätigkeit eingeschränkt werden, bis zu 100% bei jeder fünften Befragten, zu 75% bei 1/4 der Befragten; der Verzicht auf Vereinstätigkeit ist bei 1/3 total. Beim Verzicht auf Hobbies geben die Frauen 25-100% an; weit weniger Zeit für die Familie, Freunde haben die Befragten ganz unterschiedlich (zwischen 25%, 50% und 75%).

Im Vergleich zu 1988 scheint hier der Arbeitsdruck der Mandatsträgerinnen stark zugenommen zu haben. Politik fordert Opfer.

1.5 Einfluss des Umfelds und Motivation der Kandidatur

Einfluss des Umfelds: Bericht II: Im Umfeld der Gemeinderätinnen finden sich, im Gegensatz zur allgemeinen Meinung, wenig politisch Engagierte; bei 64.6% sind Eltern und Verwandte politisch nicht engagiert, gleiches gilt für die Partner bei 63.3%; nur in 7 Fällen, 13,5% haben die Partner ein politisches Mandat inne. Daraus kann, bei allem Interesse der Betroffenen, geschlossen werden, dass das Milieu nicht politisch „vergiftet“ ist.

Aufgrund der teils fehlenden Aussagen kann nur annahmsweise ausgesagt werden, inwieweit dieses Umfeld einen Einfluss auf die politische Tätigkeit der Befragten hat: Partner 34.4%, Freunde 14.7%, Frauenorganisation nur 10.5%, andere Organisationen 4.3%. Also haben auch nichtmandatierte Partner einen indirekten Einfluss auf die Ereignisse der Politik. Einzelnen werden auch direkte Einflüsse ehemaliger oder explizit geachteter Politiker angeführt. Der mindere Einfluss von Organisationen zeigt, dass der politische Auftrag vor allem als persönlicher angesehen und nicht im Auftrag einer Organisation oder Partei politisiert wird. Hier decken sich die Berichte I und II.

Motivation der Kandidatur: Hier findet sich in beiden Berichten Übereinstimmung: 90% der Befragten in Bericht I wollen zum Wohl der Gemeinschaft einen aktiven Beitrag leisten, in beiden Berichten manifestiert sich Interesse an Veränderung, am Gemeinwohl, an Weiterbildung, am Kennenlernen von neuen Gegebenheiten, politisches Interesse in der Familie, Motivation durch die Partei und nicht zuletzt auch das feministische Engagement, sich als Mandatierte für die Frauensache einzusetzen (bei 2 von 5 Befragten in Bericht II).

Wie oben erwähnt, fehlt es den meisten Frauen noch an der tatsächlichen Unterstützung und Absicherung ihrer Arbeit durch die Parteien und Organisationen, auch wenn die moralische durch das Familienumfeld und Arbeitskollegen gegeben ist. Tatsächliche Unterstützung bemängeln die einmal Gewählten im Bericht II von den Parteien (17.6%), den feministischen Organisationen (50%), der politischen Vertretung (36%), der Gemeindeinfrastruktur (5.6%).

Bezüglich gewünschter Unterstützung erklären sich die Befragten im Bericht II deutlich: Erstrangig die politische Partei und Gemeinderatskollegen, gefolgt von EinwohnerInnen der Gemeinde, der Gemeindeinfrastruktur, dann erst vom Partner und den Frauenorganisationen.

1.6 Schwierigkeiten und Befriedigung in der politischen Tätigkeit

Hier findet sich, mit anderen Vorzeichen, Übereinstimmung in beiden Befragungen. In Bericht I bewerten 71.2% der Frauen ihre Tätigkeit als positiv. Detaillierter im Bericht II: Positiv ist die Teilnahme am politischen Leben (78.8%), interessante neue Aufgaben (73%), Verantwortungsbewusstsein (63.4%), persönliche Fähigkeiten nutzen (50%), weiter der Gleichstellungsgedanke (40.3%), Einsatz für bessere Lebensqualität (25%), im Zentrum der Ereignisse stehen (17.3%).

Dieser Einsatzwille, selten von persönlichem Ehrgeiz angeregt, müsste von den Parteien und Organisationen verstärkt genutzt werden, damit künftig Frauen vermehrt ihre intellektuellen und emotionellen Kompetenzen in den Dienst der Gemeinschaft stellen können. Aus diesen Gründen müssten laut Aussagen in Bericht II alle interessierten Parteien, Organisationen, Gemeinden Frauenförderung nicht nur theoretisch protokollieren.

Frauen mit Mandat haben Frauen zu ermuntern und sie auf die vielen persönlichen Bereicherungen eines politischen Mandats hinzuweisen. Solches ist aber nur möglich, wenn die notwendigen praktischen Hilfen angeboten werden und vor allem wenn sich die gesellschaftlichen Veränderungen im Denken und in der Aktion endlich realisieren. Wie dies schon im Bericht I gefordert wurde und leider auch im Bericht II immer noch formuliert werden muss - dass nämlich der Gleichstellungsgedanke und die daraus resultierende Gleichwertung immer noch nicht alltäglich sind. Frauen bemängeln Solidarität unter ihresgleichen.

Immer noch leiden Frauen mit politischen Mandaten weit mehr als ihre männlichen Kollegen an Doppelbelastung und Mehrfachbelastung durch Familie, Beruf und politischem Mandat. An tatsächlicher Rücksichtnahme auf diese vielfältigen Verpflichtungen fehlt es im politischen Alltag noch sehr, um nur einige anzuführen: die Infrastruktur in der Verwaltung, Kinderhorte, Tagesschule, Entlastung durch den Arbeitgeber, angepasste Zeitpunkte von Sitzungen usw.

Voraussetzung zu solcher Veränderung ist der schon damals geforderte Umdenkprozess, der heute noch, 10 Jahre später, im Ansatz besteht, aber leider immer noch nicht volkstümlich geworden ist. Bis es soweit ist, bleiben Frauen schlussendlich diskriminiert, auch wenn man in den letzten 10 Jahren erfahren und sich daran gewöhnt hat, dass Frauen gute, sehr gute politische Arbeit leisten - und weiterhin leisten wollen.

2. BILANZ

Grundsätzlich erlaubt die Umfrage bei den Walliser Gemeinderätinnen eine positive Bilanz: Die Gemeinderätinnen fühlen sich mehrheitlich wohl in ihrem Amt, das ihnen die Möglichkeit bietet, mitzuarbeiten und mitzuentcheiden. Auf der anderen Seite ist auch die bei weitem ungenügende Teilhabe der Frauen am politischen Leben Teil der Bilanz – eine, die weit nüchterner ausfällt.

Sie macht vor allem eines deutlich: dass es unabdingbar ist, Frauenkandidaturen nicht nur anzuregen, sondern Kandidatinnen auch wirklich tatkräftig zu unterstützen. Zum einen im Vorfeld der Wahl, zum anderen aber auch nach erfolgter Wahl - damit die Mandatsträgerinnen ihr Amt bei guten Rahmenbedingungen ausüben können. Es darf nicht sein, dass Frauen ihr Engagement für die Öffentlichkeit mit dem weitgehenden Verzicht auf Familie und Freizeit bezahlen müssen.

Von Seiten der Parteien wird regelmässig der „Mangel an Kandidatinnen“ beklagt. Wollen die Parteien hier wirklich etwas ändern, sind konkrete Frauenförderungsmassnahmen unabdingbar - und zwar in allen Bereichen. Damit Frauen nominiert und gewählt werden, müssen sie von den Parteien frühzeitig angefragt, motiviert und aufgebaut werden. Dies bedingt auch die Realisierung günstigerer Rahmenbedingungen.

Frauen können sich nur dann vermehrt in der Politik und im öffentlichen Leben investieren, wenn die Parteien klar manifestieren, dass Frauen auf allen Entscheidungsebenen erwünscht sind und ihren zukünftigen Mandatsträgerinnen etwas bieten: gute Listenplätze, vorausgehend konkrete Unterstützungsmassnahmen wie die Integration in Arbeitsgruppen, die Ernennung als Kommissionspräsidentin oder als Vorstandsmitglied auf verschiedenen Ebenen. Eine Kandidatin, die von ihrer Partei wirklich unterstützt wird, hat bessere Chancen, gut gewählt zu werden. Sie wird später weitere Frauen für ein Engagement motivieren.

Frauen haben in den Parteien und in der Walliser Politik viel beizutragen! Damit sie dies auch wirklich tun können, brauchen sie eine gute Infrastruktur. Es ist nicht angebracht, dass die Mehrheit der Mandatsträgerinnen administrative Arbeit weitgehend selbst erledigen muss – ihre Amtskollegen müssen dies in der Regel auch nicht. Die Gemeinderätinnen manifestierten klar auch den Wunsch nach spezifischer Bildung; erfahrungsgemäss lehnen Frauen ein Amt oft ab, weil sie sich ungenügend informiert fühlen und zu wenig Selbstvertrauen haben. Mit gezielter Information und Ausbildung kann und muss diese Hemmschwelle abgebaut werden.

Aus der Umfrage geht hervor, dass Kandidatinnen anders gefunden werden wollen als Kandidaten. Frauen melden ihre Ansprüche nach wie vor seltener an, sie sind zurückhaltender und zögern öfter als Männer, ein politisches Amt anzunehmen. Vor allem aber sind Frauen seltener Teil des Parteimechanismus. Sie müssen vermehrt ausserhalb der Parteien, etwa in Vereinigungen gesucht werden. Die Parteien müssten sich vermehrt darum bemühen, das Interesse der Frauen zu wecken.

Einmal mehr: Frauen müssen frühzeitig als Kandidatinnen angesprochen und ermuntert werden, damit sie sich entsprechend vorbereiten können. Um Frauen direkt und wirksam zu unterstützen, wäre etwa das Modell des Mentoring denkbar.

Frauen und Männer auf allen Entscheidungsebenen - eine Frage der Gerechtigkeit und der Zukunft unserer Gesellschaft. Frauen mit ihren Erfahrungen, ihren Kompetenzen und ihren Sichtweisen haben im politischen Geschehen viel beizutragen. Die Gestaltung der Zukunft darf nicht länger unter Ausschluss eines grossen Teils der Bevölkerung geschehen.

Deshalb wünschen wir auch für unseren Kanton, für alle Walliserinnen und Walliser, dass Frauen in Zukunft vermehrt in die politischen Entscheidungsfindungen einbezogen werden.

V. AUSBLICK

1. VON FRANKREICH LERNEN

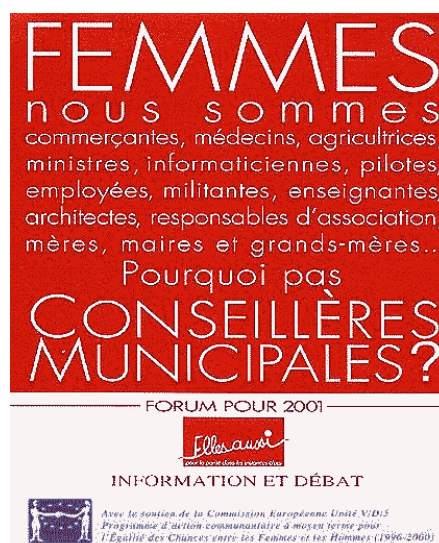
Im Zeitraum der vergangenen Grossratswahlen fanden auch in Frankreich Wahlen statt: die ersten sogenannten „paritätischen“ Wahlen auf Gemeindeebene.

Was die Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern betrifft, nimmt Frankreich im allgemeinen keine Spitzenposition ein. Der Anteil der Frauen am politischen Leben liegt allerdings höher als in unserem Kanton. Mit dem neuen Gesetz vom 6. Juni 2000 machte Frankreich einen grossen Schritt nach vorn: Das Gesetz verlangt Geschlechterparität auf den Wahllisten von Gemeinden mit mehr als 3'500 EinwohnerInnen.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage bestätigt die positive Aufnahme des neuen Gesetzes:

- 63% der Befragten sind der Meinung, dass mehr Frauen in der Politik die Möglichkeiten der lokalen Politik erweitern und ein besseres Funktionieren der Demokratie gewährleisten.
- 65% der Befragten möchten, dass 2001 eine Frau zur Bürgermeisterin ihres Ortes gewählt wird.

Unterstützt von diesen Aussagen forderten die Französinen eine bessere Frauenvertretung im politischen Leben - unter anderem die Vereinigung "Elles aussi" mit nebenstehendem Plakat.



Das neue Paritätsgesetz kam anlässlich der Wahlen auf Gemeindeebene vom vergangenen März (11. und 18.3.2001) erstmals zur Anwendung und erzeugte beachtliche Wirkung. In der letzten Periode betrug der prozentuale Anteil der Französinen im Gemeinderat 22%. Nach den Wahlen vom März 2001 stellen die Frauen - 47.5% der Gewählten in diesem Gremium. Besonders interessant ist dabei die Feststellung, dass die politischen Parteien die Einhaltung der geforderten Parität voll unterstützt haben. Dass am Abend des 18. März eine Frauenvertretung von 47.5% ermittelt werden konnte, zeigt, dass die Parteien sich nicht mit der Minimallösung begnügt, sondern sich nach Kräften für die Geschlechterparität eingesetzt haben.

Dies ist beachtlich, auch wenn die Zahl der Bürgermeisterinnen mit der Entwicklung im Gemeinderat nicht mithalten konnte. 44 Frauen stehen gemäss Einschätzung von Le Monde einer Gemeinde von mehr als 15'000 EinwohnerInnen vor. Vor den Wahlen waren es rund dreissig. Von 37 Städten mit mehr als 100'000 EinwohnerInnen werden neu vier von einer Frau geführt. Im weiteren amten viele Frauen als Adjunktin (adjointe). In Paris etwa haben 18 Frauen nebst 15 Männern dieses Amt inne, zur ersten Adjunktin wurde eine Frau ernannt.

Bemerkenswert ist auch die Steigerung des Frauenanteils bei den kantonalen Wahlen, die dem Paritätsgesetz nicht unterliegen. In den 1'932 Kantonen, die ihr Gremium erneuerten, hatten vorgängig 121 Generalrätinnen ihr Amt ausgeübt. Nach den Wahlen vom 18. März liegt die Zahl der Frauen für dieses Amt bei 189. Neu macht der prozentuale Anteil der Frauen in den *assemblées*

départementales 9.8% aus, im Vergleich zu 6.3% vor den Wahlen. Die Steigerung ist vergleichbar mit jener, die 1998 bei der Erneuerung der anderen Serie dieser Gremien festgestellt werden konnte: Damals stieg der Frauenanteil von 5.5% auf 8.3%.

Die Erfahrungen Frankreichs mit dem Paritätsgesetz sind zweifellos eine grundsätzliche Überlegung auch in unserem Land wert. In unseren Augen zeigen sie auf, dass die politische Welt, das politische Geschehen revolutioniert werden kann, wenn konkrete, adäquate und wirksame Massnahmen getroffen und mit Konsequenz angewandt werden.

2. ... UND DAS WALLIS ?

In ihrem Bericht zum Abschluss des Nationalfondsprojekts 35 (Frauen in Recht und Gesellschaft) zitiert Ballmer-Cao Head-König et al. 1996 mit der Feststellung, dass im Bereich der Gleichstellung nie etwas wirklich erreicht ist.

Dem ist (leider) nichts beizufügen. Die konstante Untervertretung der Frauen im politischen Leben, in den politischen Instanzen ist ein Beispiel von vielen, allerdings ein überdeutliches, da die vorliegende Analyse unter anderem einen Rückschritt der Zahl der Grossrätinnen beschreibt. Eine Bewegung in die falsche Richtung, der energisch entgegengetreten werden muss. Zwar haben die Schweizer Frauen ihr Stimm- und Wahlrecht später als die Frauen der meisten europäischen Länder erhalten. Dennoch wird es Zeit, dass sie im europäischen Bereich aufholen – und keine Rückschritte machen! Der aktuelle Vergleich mit Frankreich lässt die Teilhabe der Schweizer Frauen am politischen Leben in einem düsteren Licht erscheinen, von den nordischen Ländern ganz zu schweigen.

1971 haben die Schweizer Männer beschlossen, die politische Macht mit ihren Frauen, Müttern, Schwestern und Töchtern zu teilen. Sollen Frauen diese Teilhabe wirklich wahrnehmen können, muss die Entwicklung gezielt vorangetrieben werden. Abwarten heisst de facto, die Strategie der Machterhaltung, nicht jene des Teilens zu unterstützen.

Frauen haben einen anderen Zugang zu den politischen Instanzen als Männer; die heute nach wie vor vorgegebenen, männerorientierten Strukturen machen es ihnen nicht einfach. Die frauenspezifischen Hürden müssen endlich abgebaut werden. Es ist inakzeptabel, dass eine Frau an ihrem Arbeitsplatz schlechter bezahlt wird, weil sie eine Frau ist. Genau so inakzeptabel ist es, dass sie für ein politisches Mandat nicht gewählt wird, weil sie eine Frau ist. Alltägliches Szenario.

Wir laden die Parteien ein, die Anregungen aus diesem Bericht zu reflektieren und sich die Forderungen der Mandatsträgerinnen zu Herzen zu nehmen. Wir fordern sie auf, bei der konkreten Frauenförderung eine aktive Rolle zu übernehmen, Frauen zu motivieren, Frauen zu portieren, Frauen zu wählen, und Frauen auch nach ihrer Wahl tatkräftig zu unterstützen. Konkrete Vorschläge zeigt der Massnahmenkatalog für Parteien auf, der im Vorfeld der Nationalratswahlen 1999 vom Gleichstellungsbüro zusammengestellt worden ist. Er behält seine Gültigkeit.

Ohne konkrete und konsequente Förderung, ohne tatkräftige Unterstützung, ohne klares Engagement für die Gleichstellung bleiben Frauen von den politischen Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen. Die Umsetzung des Gleichstellungsgrundsatzes auch in unserem Kanton fordert die Mobilisierung der Parteien, der Wählerschaft, der Behörden, der Vereinigungen - und die Mobilisierung von Ihnen als Bürgerin und als Bürger!

VI. ANHANG

a) Liste der Parteien

Partei			Parti
Freisinnig-Demokratische Partei	FDP	PRD	Parti radical
Christlichdemokratische Volkspartei	CVP	PDC	Parti démocrate-chrétien
Sozialdemokratische Partei	SPS	PSS	Parti socialiste
Schweizerische Volkspartei	SVP	UDC	Union démocratique du centre
Liberale Partei	LPS	PLS	Parti libéral
Christlichsoziale Partei*	CSPO	PACS	Parti chrétien-social*
Eidgenössisch-Demokratische Union	EDU	UDF	Union démocratique fédérale

* Die PACS tritt im Jahr 2000 erstmals zu Grossratwahlen an.

b) Resultate der Gemeinderatswahlen

Gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte pro Gemeinde:

Oberwallis	Männer	Frauen	% Frauen
Bezirk Goms			
Ausserbinn	3	0	0.00%
Bellwald	4	1	20.00%
Binn	5	0	0.00%
Blitzingen	3	0	0.00%
Ernen	3	2	40.00%
Fiesch	4	1	20.00%
Fieschertal	4	1	20.00%
Geschinen	3	0	0.00%
Gluringen	5	0	0.00%
Grafschaft	5	0	0.00%
Lax	3	2	40.00%
Mühlebach	3	0	0.00%
Münster	5	0	0.00%
Niederwald	3	0	0.00%
Obergesteln	3	2	40.00%
Oberwald	5	0	0.00%
Reckingen	6	1	14.29%
Steinhaus	2	1	33.33%
Ulrichen	4	1	20.00%
Bezirk Östlich. Raron			
Betten	6	1	14.29%
Bister	3	0	0.00%
Bitsch	4	1	20.00%
Filet	3	2	40.00%
Goppisberg	4	1	20.00%
Greich	4	1	20.00%
Grensiols	3	2	40.00%
Martisberg	1	2	66.67%
Mörel	3	2	40.00%
Ried-Mörel	5	0	0.00%
Bezirk Brig			
Birgisch	4	1	20.00%
Brig-Glis	8	3	27.27%
Eggerberg	4	1	20.00%
Mund	5	0	0.00%
Naters	6	1	14.29%
Ried-Brig	5	0	0.00%
Simplon-Dorf	4	1	20.00%
Termen	5	0	0.00%
Zwischbergen	5	0	0.00%

Bezirk Visp			
Baltschieder	4	1	20.00%
Eisten	4	0	0.00%
Embd	4	1	20.00%
Grächen	5	0	0.00%
Lalden	4	1	20.00%
Randa	5	0	0.00%
Saas-Almagell	4	1	20.00%
Saas-Balen	5	0	0.00%
Saas-Fee	5	0	0.00%
Saas-Grund	5	0	0.00%
St.Niklaus	6	1	14.29%
Stalden	6	1	14.29%
Staldenried	3	2	40.00%
Täsch	5	0	0.00%
Törbel	5	0	0.00%
Visp	6	3	33.33%
Visperterminen	6	1	14.29%
Zeneggen	4	1	20.00%
Zermatt	6	1	14.29%
Bezirk Westlich Raron			
Ausserberg	7	0	0.00%
Blatten	4	1	20.00%
Bürchen	6	1	14.29%
Eischoll	5	0	0.00%
Ferden	5	0	0.00%
Hohtenn	5	0	0.00%
Kippel	7	0	0.00%
Niedergesteln	5	0	0.00%
Raron	5	2	28.57%
Steg	4	1	20.00%
Unterbäch	5	2	28.57%
Wiler	7	0	0.00%
Bezirk Leuk			
Agarn	5	0	0.00%
Albinen	4	1	20.00%
Bratsch	5	0	0.00%
Ergisch	5	0	0.00%
Erschmatt	4	1	20.00%
Gampel	7	0	0.00%
Guttet-Feschel	4	1	20.00%
Inden	3	0	0.00%
Leuk	8	1	11.11%
Leukerbad	4	1	20.00%
Oberems	5	0	0.00%
Salgesch	6	1	14.29%
Turtmann	4	1	20.00%
Unterems	4	1	20.00%
Varen	4	3	42.86%

Unterwallis	Männer	Frauen	% Frauen
Bezirk Siders			
Ayer	5	0	0.00%
Chalais	3	2	40.00%
Chandolin	4	1	20.00%
Chermignon	5	0	0.00%
Chippis	4	1	20.00%
Grimentz	4	1	20.00%
Grône	5	0	0.00%
Icogne	4	1	20.00%
Lens	5	0	0.00%
Miège	5	0	0.00%
Mollens	5	0	0.00%
Montana	4	1	20.00%
Randogne	4	1	20.00%
Sierre	6	3	33.33%
St-Jean	4	1	20.00%
St-Léonard	5	0	0.00%
St-Luc	5	0	0.00%
Venthône	5	0	0.00%
Veyras	5	0	0.00%
Vissoie	4	1	20.00%
Bezirk Hérens			
Les Agettes	4	1	20.00%
Ayent	5	2	28.57%
Evolène	8	3	27.27%
Hérévence	7	0	0.00%
Mase	4	1	20.00%
Nax	3	2	40.00%
St-Martin	7	0	0.00%
Vernamiège	4	1	20.00%
Vex	6	2	25.00%
Bezirk Sitten			
Arbaz	4	1	20.00%
Grimisuat	6	1	14.29%
Salins	3	2	40.00%
Savièse	11	0	0.00%
Sion	13	2	13.33%
Veysonnaz	5	0	0.00%
Bezirk Conthey			
Ardon	6	1	14.29%
Chamoson	4	1	20.00%
Conthey	8	1	11.11%
Nendaz	10	1	9.09%
Vétroz	4	1	20.00%

Bezirk Martinach			
Bovernier	4	1	20.00%
Charrat	3	2	40.00%
Fully	6	1	14.29%
Isérables	6	1	14.29%
Leytron	7	0	0.00%
Martigny	6	3	33.33%
Martigny-Combe	5	2	28.57%
Riddes	4	1	20.00%
Saillon	3	2	40.00%
Saxon	6	1	14.29%
Trient	4	1	20.00%
Bezirk Entremont			
Bagnes	9	2	18.18%
Bourg-St-Pierre	5	0	0.00%
Liddes	5	0	0.00%
Orsières	12	3	20.00%
Sembrancher	7	0	0.00%
Vollèges	7	0	0.00%
Bezirk St-Maurice			
Collonges	4	1	20.00%
Dorénaz	5	0	0.00%
Evionnaz	5	2	28.57%
Finhaut	5	0	0.00%
Massongex	6	1	14.29%
Mex	4	1	20.00%
Salvan	5	2	28.57%
St-Maurice	9	2	18.18%
Vernayaz	6	1	14.29%
Vérossaz	6	1	14.29%
Bezirk Monthey			
Champéry	7	0	0.00%
Collombey-Muraz	7	2	22.22%
Monthey	13	2	13.33%
Port-Valais	5	2	28.57%
St-Gingolph	5	2	28.57%
Troistorrens	6	3	33.33%
Val d'Illeiez	5	2	28.57%
Vionnaz	6	1	14.29%
Vouvry	6	3	33.33%

c) Fragebogen an die Walliser Gemeinderätinnen

Angaben zu Ihrer Person

Alter: Jahrgang: 19.....

Zivilstand und familiäre Situation

Zivilstand	Familiäre Situation
<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> alleinlebend
<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> mit Partner/Kind(ern) lebend
<input type="checkbox"/> getrennt/geschieden	<input type="checkbox"/> mit Eltern/Geschwistern lebend
<input type="checkbox"/> verwitwet	

Wie viele Kinder haben Sie?

- Keine
 Kind/er bis 6 Jahre
 von 7 bis 16 Jahre
 über 16 Jahre

Beruf/Pensum:

Beruf	Pensum	bis 25%	bis 50%	bis 75%	bis 100%
Angestellte/Beamte		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kader/Leitende Angestellte		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selbstständig/Freiberuf		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hausfrau/Mutter		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
derzeit ohne Beschäftigung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wo befindet sich die Gemeinde, in der Sie Ihr politisches Mandat ausüben?

Oberwallis	Bas-Valais
<input type="checkbox"/> Region Goms	<input type="checkbox"/> Region Sierre
<input type="checkbox"/> Region Brig-Aletsch	<input type="checkbox"/> Région Sion
<input type="checkbox"/> Region Visp/Westl. Raron	<input type="checkbox"/> Région Martigny
<input type="checkbox"/> Region Leuk	<input type="checkbox"/> ARMS Monthey-St.-Maurice

Politisches Mandat als:

- Gemeindepräsidentin
 Gemeinde-Vizepräsidentin
 Gemeinderätin

Erstmals im Gemeinderat: Seit: 19.....

Aktuelle Ressortverantwortlichkeit (mehrere Nennungen möglich); bei Präsidialamt Schwergewichtressorts angeben

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Verwaltung/Personal | <input type="checkbox"/> Bildung/Schulen |
| <input type="checkbox"/> Finanzen | <input type="checkbox"/> Kultur/Jugend/Sport |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaft | <input type="checkbox"/> Öffentliche Arbeiten |
| <input type="checkbox"/> Energie | <input type="checkbox"/> Bauamt |
| <input type="checkbox"/> Polizei | <input type="checkbox"/> Umwelt/Land/Forst |
| <input type="checkbox"/> Feuerwehr | <input type="checkbox"/> Planung |
| <input type="checkbox"/> Zivilschutz | <input type="checkbox"/> Liegenschaften |
| <input type="checkbox"/> Soziales/Gesundheit | |

In welchen Kommissionen, Vorständen, Ausschüssen, Arbeitsgruppen etc. sind Sie als Gemeinderätin delegiert?
--> freie Antwort

Welche Aktivitäten gingen Ihrem Gemeinmandat voraus bzw. üben Sie zur Zeit aus (mehrere Nennungen möglich)

	Vor Gemeinmandat	Politische Mandate aktuell
Grossrätin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Suppleantin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Burgerrätin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Richterin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vizerichterin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Parteifunktionen

	Vor Gemeindevandant	aktuell
Einfaches Parteimitglied	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Präsidentium der Lokalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vizepräsidentium der Lokalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges Vorstandsmitglied Lokalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Präsidentium der Kantonalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vizepräsidentium der Kantonalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges Vorstandsmitglied Kantonalpartei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mitgliedschaft in Frauenorganisationen oder –gruppen der Partei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere Parteifunktionen, nämlich _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sonstige Aktivitäten

	Vor Gemeindevandant	aktuell
Kommissionsarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorstandsarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Organisationskomitees	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialwerke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere, nämlich _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Gemeindevstruktur

Wie gross ist die Gemeinde, in der Sie Ihr politisches Mandat als Präsidentin, Vizepräsidentin oder Gemeinderätin ausüben?

- bis 500 Einwohnerinnen und Einwohner
- bis 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner
- bis 5'000 Einwohnerinnen und Einwohner
- bis 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner
- mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner

Welches Wahlsystem kommt in Ihrer Gemeinde zum Zuge?

- Majorz
- Proporz

Wie hoch ist bzw. wie hoch schätzen Sie die Frauenvertretung in den nachfolgenden Gremien Ihrer Gemeinde und wie beurteilen Sie persönlich diese Vertretung?

Gremium	Effektive Frauenvertretung in %	Persönliche Beurteilung			
		zu hoch	zu niedrig	Zufrieden	Begründung (stichwortartig)
Gemeinderat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Pfarrerrat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Kirchenrat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Burgerrat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Richteramt	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Kommissionen	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Vereinsvorstände	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Verbandsvorstände	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Stiftungsrat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Verwaltungsrat	_____ %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Was müsste Ihrer Meinung nach unternommen werden, um die Frauenvertretung in den erwähnten Gremien zu erhöhen? ? --> freie Antwort

Infrastruktur / Arbeitsweise

An wievielen Sitzungen/Besprechungen/Repräsentationstätigkeiten in Zusammenhang mit Ihrer Gemeindevarbeit nehmen Sie durchschnittlich pro Monat teil?

- [.....] Gemeinderatssitzungen
- [.....] Ressort/Kommissionen
- [.....] Vereine
- [.....] allgemeine Repräsentationstätigkeiten
- [.....].andere, nämlich.....

Wieviele Stunden verwenden Sie im Durchschnitt pro Monat zur Bewältigung Ihrer Mandatsaufgaben? Stunden pro Monat:

Falls Sie in einem Anstellungsverhältnis stehen: Wie und in welcher Höhe wird die Mandatsarbeit während der Arbeitszeit abgegolten?

- [Tg.] bezahlte Arbeitstage [Tg.] Überstunden in Tage
 [Tg.] unbezahlte Arbeitstage [Tg.] andere Abgeltung, nämlich
 [Tg.] Ferientage

Wie hoch ist die jährliche Entschädigung in Franken für Ihre Gemeindearbeit?

- [Fr.] Total
 aufgeteilt in: [Fr.] Mandatsentschädigung/Pauschale
 [Fr.] Sitzungsgelder Gemeinde
 [Fr.] Sitzungsgelder Kommissionen
 [Fr.] Spesen
 [Fr.] Repräsentationen
 [Fr.] Naturalien, Abonnemente..... (geschätzter Wert)
 [Fr.] andere Entschädigung, nämlich

Welche Infrastruktur nutzen Sie mehrheitlich zur Erledigung Ihrer Aufgaben?

- Gemeindeinfrastruktur (Büro, Kanzlei, Sekretariat....)
 Infrastruktur beim Arbeitgeber
 eigene Infrastruktur (Büro, PC, Fax, E-Mail....) zu Hause
 Parteiinfrastruktur (Büro, Sekretariat...)

Erledigen Sie Arbeiten wie z.B. Korrespondenz, Sitzungsprotokolle, Terminvereinbarungen usw. selber?

- ja teilweise
 nein Begründung: _____

Was würden Sie benötigen, um vermehrte Entlastung zu erhalten bzw. Ihre Mandatsarbeiten effizienter gestalten zu können (mehrere Nennungen möglich)?

- technische Nutzung der Gemeindeinfrastruktur (Büro, Arbeitsmittel wie PC, Fax...)
 Unterstützung / Sachbearbeitung durch Gemeindepersonal
 Effizientere Sitzungsführung
 Aus- und Weiterbildung in spezifischen Bereichen (Organisation, Rhetorik.....)
 Einführungskurse in Gemeindevandant
 andere, nämlich _____

In welchen Bereichen/Kreisen mussten Sie seit Mandatsantritt Ihr Engagement zurückstellen bzw. konnten Sie weniger Zeit investieren?

Bereich/Kreise	Reduktion	bis 25%	bis 50%	bis 75%	bis 100%
Beruf		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vereine		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sport		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hobbies		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Familie		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freundeskreis		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Politische Herkunft

Wird oder wurde in Ihrem Elternhaus aktiv politisiert?

- ja nein

Ist oder war Ihr Partner ebenfalls politisch tätig?

- ja nein

Wenn ja, in welcher Form?

	Ja	Nein
Ist oder war Mitglied einer Partei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bekleidet oder bekleidete ein politisches Amt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allg. politisch interessiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wann sind Sie das erste Mal einer Partei beigetreten?

- Jahr: _____ parteilos

Haben Sie Ihre Parteimitgliedschaft jemals gewechselt?

- Ja Nein

Wer hat Sie politisch am meisten geprägt?

[Gewichten Sie bitten die unten aufgeführten Merkmalen 5: meisten geprägt bis 1: nicht geprägt]

- ① ② ③ ④ ⑤ Eltern
- ① ② ③ ④ ⑤ Partner
- ① ② ③ ④ ⑤ Parteikolleginnen/Parteikollegen
- ① ② ③ ④ ⑤ Freundinnen/Freunde, Kolleginnen /Kollegen
- ① ② ③ ④ ⑤ Vertreterinnen von Frauenorganisationen oder -gruppen
- ① ② ③ ④ ⑤ Vertreter/innen von anderen Organisationen, Verbänden, Gewerkschaften
- ① ② ③ ④ ⑤ Arbeitgeberin/Arbeitgeber
- ① ② ③ ④ ⑤ andere, nämlich _____

Was hat Sie zur Kandidatur als Gemeinderätin bewogen? --> freie Antwort

Umfeld

Wie erleben Sie in Ihrer politischen Tätigkeit die Zusammenarbeit mit Frauen?

- ausgezeichnete Erfahrungen
- durchwegs positive Erfahrungen
- eher negative Erfahrungen
- vollkommen unzufrieden

Wer unterstützt Sie in erster Linie in Ihrer Tätigkeit für die Gemeinde und von wem wüssten Sie sich eine vermehrte Hilfestellung?

[Gewichten Sie bitte die links unten aufgeführten Personen/Instanzen hinsichtlich deren Unterstützungsleistung nach 5: grösste Unterstützung bis 1: keine Unterstützung. Kreuzen Sie anschliessend in der rechten Tabelle jene Personen/Instanzen an, von denen Sie sich mehr Unterstützung wünschen würden.]

Unterstützung erhalte ich von:	Zusätzliche Unterstützung wünsche ich mir von:
① ② ③ ④ ⑤ Partner	<input type="checkbox"/> Partner
① ② ③ ④ ⑤ Kinder	<input type="checkbox"/> Kinder
① ② ③ ④ ⑤ Bevölkerung	<input type="checkbox"/> Bevölkerung
① ② ③ ④ ⑤ Arbeitgeberin/Arbeitgeber	<input type="checkbox"/> Arbeitgeberin/Arbeitgeber
① ② ③ ④ ⑤ Ratskolleginnen/Ratskollegen	<input type="checkbox"/> Ratskolleginnen/Ratskollegen
① ② ③ ④ ⑤ Partei	<input type="checkbox"/> Partei
① ② ③ ④ ⑤ Parteikolleginnen/Parteikollegen	<input type="checkbox"/> Parteikolleginnen/Parteikollegen
① ② ③ ④ ⑤ Politische MandatsträgerInnen (Staatsrat, Grossrat.....)	<input type="checkbox"/> Politische MandatsträgerInnen (Staatsrat, Grossrat.....)
① ② ③ ④ ⑤ Gemeinderätinnen/Gemeinderäten anderer Gemeinden	<input type="checkbox"/> Gemeinderätinnen/Gemeinderäten anderer Gemeinden
① ② ③ ④ ⑤ Frauenspezifische Vereinigungen	<input type="checkbox"/> Frauenspezifische Vereinigungen
① ② ③ ④ ⑤ Gemeindeinfrastruktur (Sekretariat, Personal....)	<input type="checkbox"/> Gemeindeinfrastruktur (Sekretariat, Personal....)
① ② ③ ④ ⑤ Freundeskreis	<input type="checkbox"/> Freundeskreis
① ② ③ ④ ⑤ Netzwerke	<input type="checkbox"/> Netzwerke

Welche Personen/Instanzen müssten Ihrer Meinung nach den Neueinsteigerinnen in den Gemeinderat vermehrt zur Seite stehen (mehrere Nennungen möglich).

- Partner
- Kinder
- Bevölkerung
- Arbeitgeberin/Arbeitgeber
- Ratskolleginnen/Ratskollegen
- Partei
- Parteikolleginnen/Parteikollegen
- Politische MandatsträgerInnen (Staatsrat, Grossrat...)
- Gemeinderätinnen/Gemeinderäte anderer Gemeinden
- Frauenspezifische Vereinigungen
- Gemeindeinfrastruktur (Sekretariat, Personal....)
- Freundeskreis
- Netzwerke

Werden Sie Ihrer Meinung nach von männlichen Kollegen akzeptiert?

- ja
- nein
- teilweise

Fühlen Sie sich in Ihrem Ressort ernst genommen

- ja
- nein
- teilweise

Einen weiteren Ausbau von Netzwerken wünschen Sie sich auf welcher Ebene (mehrere Nennungen möglich)?

- Netzwerke innerhalb der Partei
- überparteiliche Netzwerke
- frauenspezifische Netzwerke
- themenbezogene Netzwerke
- gemeindeübergreifende Netzwerke
- andere, nämlich: _____

Falls Sie Kinder haben, wer betreut die Kinder grösstenteils (nur eine Nennung möglich)?

- Partner und ich gemeinsam
- ich grösstenteils allein
- Partner grösstenteils allein
- anderes Familienmitglied
- Freundes-/Bekanntenkreis
- bezahlte Kinderbetreuung (Krippe, Tagesmutter...)
- andere, nämlich: _____

Fragen zur politischen Tätigkeit

Besteht für Ihr Gemeinderessort eine langfristige Strategie, eine klar definierte Zielsetzung über mehrere Amtsperioden hinweg?

- ja nein teilweise

Deckt sich diese Strategie/Zielsetzung mit Ihren persönlichen Vorstellungen für dieses Ressort?

- ja nein teilweise

Können Sie Ihre Aktivitäten auch wirklich nach dieser Strategie, diesen Zielsetzungen richten?

- ja nein teilweise

Können frauen- und familienspezifische Anliegen eingebracht werden?

- ja nein teilweise

Entspricht Ihr Aufgabengebiet auf Gemeindeebene Ihren persönlichen Wünschen und Vorstellungen?

- ja nein teilweise

Wieso lassen sich Ihrer Meinung nach Frauen schwerer als Männer für politische Tätigkeiten motivieren? [Gewichten Sie bitte aus die unten aufgeführten Merkmalen 5: trifft am ehesten zu bis 1: trifft gar nicht zu]

- ① ② ③ ④ ⑤ Politik gilt nach wie vor als reine Männerangelegenheit
- ① ② ③ ④ ⑤ geschichtlich bedingt
- ① ② ③ ④ ⑤ fehlende Unterstützung der Frauen untereinander
- ① ② ③ ④ ⑤ mangelndes politisches Interesse der Frauen
- ① ② ③ ④ ⑤ mangelndes Vertrauen in eigene Person
- ① ② ③ ④ ⑤ negative Erfahrungen / Scheitern führender Schweizer Politikerinnen
- ① ② ③ ④ ⑤ fehlende Zeit aufgrund von Familienverpflichtungen
- ① ② ③ ④ ⑤ Förderung des Mannes innerhalb der Familie hat Vorrang
- ① ② ③ ④ ⑤ fehlende oder mangelnde Aus- und Weiterbildung der Frau
- ① ② ③ ④ ⑤ andere, nämlich

Haben Sie bezüglich Ihrer politischen Arbeit Vorbilder?

- weibliche Vorbilder sowohl weibliche wie auch männliche Vorbilder
- männliche Vorbilder keine Vorbilder

Werden Sie privat von Leuten angesprochen, die ein Anliegen an Sie als Gemeinderätin haben?

- kommt häufig vor kommt eher selten vor

Verwenden Leute eher den Amtsweg über die Gemeinde, um ein Anliegen bei Ihnen zu platzieren?

- kommt häufig vor kommt eher selten vor

Erfolgen Telefonate vor wichtigen Entscheidungen, um Sie zu beeinflussen?

- kommt häufig vor kommt eher selten vor

Persönliche Empfindungen

Wird in Ihrer Tätigkeit als Gemeinderätin Rücksicht auf die vielfältigen Familienaufgaben genommen?

	Ja	Nein
Sitzungszeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wochenendveranstaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Repräsentationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schulferien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere, nämlich: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Sie sich an Ihre Wahl zur Gemeinderätin erinnern, welche Bedeutung hatten die nachfolgenden Faktoren für Ihre Wahl?

Wahlfaktoren	Sehr gross	Eher gross	Eher klein	Sehr klein	Nicht vorhanden
Gutes politisches Beziehungsnetz					
Unterstützung durch Frauengruppen oder -organisationen					
Frauenbonus bei der Bevölkerung					
Langjährige Parteiarbeit					
Unterstützung durch die Partei					
Im Beruf erworbene Kompetenzen					
Durch Beruf geschaffenes informelles Beziehungsnetz					
Unterstützung durch den Arbeitgeber/Berufsorganisationen					
Öffentliche Bekanntheit Ihrer Person					
Prestige und Bekanntheit des Partners					
Mitarbeit in kulturellen, gemeinnützigen Organisationen					
Unterstützung durch privates Umfeld					
Verankerung in der politischen Gemeinde					
Bemerkungen:					

Was macht Ihnen am meisten Freude in Ihrer Tätigkeit als Gemeinderätin (mehrere Nennungen möglich)?

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Aktive Gestaltung der Gemeinde | <input type="checkbox"/> im Zentrum des Geschehens stehen |
| <input type="checkbox"/> Verantwortung übernehmen | <input type="checkbox"/> Gleichstellungsanliegen der Frauen durchsetzen |
| <input type="checkbox"/> Gleichgesinnte treffen | <input type="checkbox"/> interessante, vielfältige Aufgabe |
| <input type="checkbox"/> eigene politische Vorstellungen verwirklichen | <input type="checkbox"/> Rahmenbedingungen für eine gute Wohnqualität und ein gutes Arbeitsumfeld zu schaffen |
| <input type="checkbox"/> Beziehungsnetze aufbauen und pflegen | <input type="checkbox"/> auf dem laufenden sein |
| <input type="checkbox"/> intellektuelle Herausforderung/Fähigkeiten anwenden | <input type="checkbox"/> andere, nämlich _____ |

Was bereitet Ihnen die grössten Schwierigkeiten in Ihrer Tätigkeit als Gemeinderätin (mehrere Nennungen möglich)?

- Kontakte/Netzwerke aufbauen
- Kontakte/Netzwerke pflegen
- Zusammenarbeit innerhalb des Gemeinderates
- Gerede, Gerüchte über Gemeinderat und seine Beschlüsse
- fehlender Wille des Gesamtrates, die Gemeinde nach neuzeitlichen Führungskriterien zu organisieren
- Exponiert, Kritik ausgesetzt sein
- kaum positive Rückmeldungen
- zuwenig Wertschätzung der geleisteten Arbeit
- nicht sachlich, sondern politisch motivierte Entscheidungen
- mangelndes Interesse der Bevölkerung
- andere, nämlich: _____

Mit welchen Argumenten würden Sie bei Frauen für die politische Arbeit in der Gemeinde werben? --> freie Antwort

Stellen Sie sich für die kommende Wahlperiode wiederum der Gemeinde zur Verfügung?

- ja nein noch unentschieden

Wenn nein, können Sie uns bitte Ihre Gründe für diesen Entscheid nennen?

- persönliche Gründe
- familiäre Gründe
- berufliche Gründe
- andere, nämlich _____

Wenn ja, können Sie uns bitte Ihre Gründe für diesen Entscheid nennen? --> freie Antwort

d) Massnahmenkatalog für die Parteien

Parteispitze	Sie signalisiert klar, dass sie eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen nicht nur wünscht, sondern konsequent realisiert.
Parteibasis	Weibliche Parteimitglieder sind heute vielfach eine verschwindend kleine Minderheit. Gezielte Werbung kann Frauen zum Beitritt bewegen.
Grundsatzpapiere und Parteiprogramme	Papiere, welche die grundsätzliche Richtung der Partei definieren, Parteistrukturen und interne Regelungen festhalten sind sowohl formal als auch inhaltlich konsequent so auszugestalten, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung respektiert wird. Die Parteien achten darauf, auch implizite Diskriminierungen auszuschliessen und das Prinzip der Gleichberechtigung auf der Basis einer aktiven und partnerschaftlichen Teilhabe von Frauen und Männern unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensentwürfe umzusetzen.
Grundsatzdiskussion	Eine gründliche Diskussion innerhalb der Partei und auf allen Ebenen ist notwendig, damit die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann als wichtig erkannt und auch von den Männern mitgetragen wird. Ziel dieser intensiven Auseinandersetzung ist die Verabschiedung konkreter Massnahmen.
Frauengerechte Regelung des politischen Alltags	Familienverträgliche Sitzungszeiten, Kinderhütendienst bei Grossanlässen, eine geschlechtergerechte Sprache, die Frauen nicht mitmeint, sondern anspricht, teamorientierte Arbeitsformen ohne Hierarchie und Formalismus, die Möglichkeit des Job-Sharings (bsp. Co-Präsidium), all dies erleichtert Frauen (und Männern) das politische Leben.
Frauenaspekte und Gleichstellungsfragen	Bei jeder Thematik, die eine Partei angeht, sind Frauenfragen und Gleichstellungsfragen systematisch ins Blickfeld zu rücken. Dies gilt besonders auch bei der Programmarbeit: Frauen sollten daran paritätisch mitwirken.
Massnahmenkatalog	Jeder Frauenförderungsbeschluss muss umsetzungsorientiert sein: Wie werden aus Worten Taten? Zum Massnahmenkatalog gehören auf jeden Fall eine Bestandesaufnahme, eine ausformulierte Zielsetzung, konkrete Massnahmen sowie Mechanismen der Kontrolle und der langfristigen Anpassung.
Stelle für Frauenfragen	Die Umsetzung einer politischen Daueraufgabe erfordert kontinuierliche und bezahlte Arbeit - in diesem Fall einer Frauenbeauftragten. Die Frauenbeauftragte soll und kann nicht alles selber machen, sie kann aber eine Anlaufstelle bieten und die Koordination sicherstellen, ein Kontaktnetz aufbauen und als internes Gewissen funktionieren. Frauenstrukturen innerhalb der Parteien haben folgende Zielsetzungen und Funktionen: <ul style="list-style-type: none"> ○ sie ermöglichen, Frauen gezielt anzusprechen, ○ sie bieten Raum für Erfahrungsaustausch und für die Auseinandersetzung mit Problemen und Konflikten im Zusammenhang mit der Parteiarbeit, ○ sie ermöglichen eine breite Palette frauenspezifischer Weiterbildung - damit sich potentielle Kandidatinnen für Wahlen auf lokaler, kantonaler und schweizerischer Ebene fit fühlen, ○ sie dienen der Netzbildung für Kandidatinnen und Mandatsträgerinnen.
Kommission für Gleichstellungsfragen	Eine solche Kommission setzt sich zwingend aus Frauen und Männern zusammen und darf nicht isolierte Angelegenheit der Frauengruppen einer Partei sein.
Standortbestimmung	Periodische Studien oder Fragebogenaktionen erschliessen nicht nur Frauenerfahrungen und Problemfelder, sie zwingen auch zur Stellungnahme.
Personalpolitik	Soll die Männerdominanz abgebaut werden, sind Zurücktretende konsequent durch Frauen zu ersetzen. Mit mehr Frauen in Amt und Würden nimmt auch das Reservoir qualifizierter Frauen stetig zu. Frauen an wichtiger Stelle ziehen zudem andere Frauen nach.
Frauen als Parteimitglieder	Durch ihre Mitgliedschaft bei einer Partei legen Frauen den personellen Grundstock für eine bessere Frauenvertretung in der politischen Arena. Frauen müssen erkennen, dass sie in der Partei nicht nur als Organisatorinnen von gesellschaftlichen Anlässen und Basaren oder als Protokollführerinnen willkommen sind, sondern als gleichgestellte und ernst genommene Funktionsträgerinnen und Mitgestalterinnen der Politik. Parteien können den Anspruch der Frauen auf Vertretung und auf Förderung im politischen Leben mittels besonderer Massnahmen unterstützen.

Konkrete Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ○ Mitgliederwerbung direkt an Frauen richten; ○ Kontakte zwischen neuen Mitgliedern und Prominenten der Partei schaffen; ○ Frauengruppen, Frauenarbeitskreise in der Partei schaffen; ○ Gleichstellungsthemen zu Themen der Partei machen; ○ Gleichstellungsaspekte in der Parteiarbeit thematisieren; ○ Zielquoten für die Vertretung der Frauen in Gremien und auf Wahllisten festlegen; ○ Frauen an wichtige Stellen der Partei wählen; ○ Frauen für Ämter vorschlagen, die via Partei besetzt werden (Kommissionen, Gerichte usw.).
Frauen als Kandidatinnen	<p>Es gibt schon heute Frauen, die wollen in der Politik ein Wort mitreden, die wollen für Ämter kandidieren, die wollen sich wählen lassen, sie haben das nötige Selbstvertrauen und auch die Lust an der Auseinandersetzung.</p> <p>Für viele Frauen ist es aber immer noch nicht selbstverständlich, für ein Amt zu kandidieren und schon gar nicht für ein Amt auf kantonaler Ebene. Frauen müssen deshalb direkt angesprochen und ermuntert werden.</p> <p>Sind Frauen schliesslich für eine Kandidatur bereit, geht es um die Nomination.</p> <p>Bei Parlamentswahlen ist die einfachste und sicherste Methode, den Frauen eine Mindestanzahl von Plätzen zu reservieren und sie auf gute Listenplätze zu setzen.</p> <p>Im Wahlkampf dürfen Frauen nicht allein gelassen werden.</p> <p>Es ist wichtig, dass Frauen im Wahlkampf begleitet werden - von einer kritischen, anregenden und ermutigenden Gruppe von Supporterinnen und Supportern.</p> <p>Im Sinn einer ernstgemeinten Wahlkampfunterstützung soll die Partei einen eigentlichen Frauenwahlkampf ermöglichen, den sie finanziell und moralisch unterstützt.</p>
Konkrete Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ○ Frauen werden frühzeitig aufgefordert, zu kandidieren; Frauen werden als Kandidatinnen vorgeschlagen; ○ Auf den Wahllisten müssen Frauenquoten erfüllt sein; ○ Frauen erhalten privilegierte Listenplätze (z.B. bisherige Frauen, bisherige Männer, neue Frauen, neue Männer / Frauen generell zuerst / Frauen werden kumuliert); ○ Frauen werden Möglichkeit und Budget angeboten, einen eigenen Wahlkampf zu führen (z.B. in einem Frauenwahlausschuss, in welchem Strategien entwickelt und Themen erarbeitet werden); ○ Kandidaturen von Frauen werden sichtbar unterstützt; ○ Frauen und Männer unterstützen die Kandidatinnen im Wahlkampf (Kinderhütendienst, Begleitung zu Wahlabenden usw.); ○ Gleichstellungspolitik und Frauenförderung werden zu Wahlkampfthemen; ○ Erstkandidierende werden in spezieller Sach- und Mediens Schulung auf öffentliche Auftritte vorbereitet; ○ An öffentliche Auftritte und Mediengespräche werden gleich viele Frauen wie Männer geschickt.
Frauen als Wählerinnen	<p>Wählerinnen werden am glaubwürdigsten angesprochen, wenn den schönen Worten vor den Wahlen die Taten nach den Wahlen folgen.</p> <p>Als konkrete Massnahme ist die Aufforderung an die Parteien am Platz, auch zwischen den Wahlen, bei der Tagespolitik glaubwürdig und überzeugend die Situation der Frauen in der Gesellschaft zu berücksichtigen und Frauen innerhalb und ausserhalb ihrer Partei sichtbar zu fördern.</p>

Quellen: Auf die Plätze - Frauen - los! Bern, Kantonale Frauenkommission, Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern, 1993. 30.S. / Frauen ins Parlament! Bern, Eidg. Kommission für Frauenfragen, 1994. 51 S.
 Plan d'action pour remédier aux déséquilibres actuels dans la participation des hommes et des femmes à la vie politique, adopté par le Conseil interparlementaire. Genève, Union interparlementaire, 1994. 34 p.
 Politische Frauenförderung konkret: Empfehlungen und Massnahmen / Zusammenstellung: Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann. Dezember 98.